

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abozinsatzpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich. Druckerlohn monatlich 20 Pf. Durch die Post bezogen vierjährig. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn. M. 6.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme 22. Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Gedächtnis: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zulassung werden die 6 geplante Heftzelle mit 80 Bl. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Bereinigung 25 Pf. Unterrate aufzehn bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 88.

Dresden, Mittwoch den 17. April 1912.

23. Jahrg.

Die Aufnahme der Wehrvorlagen.

Keine bürgerliche Partei verhält sich gegen die Wehrvorlagen grundsätzlich ablehnend. Selbst das Berl. Tageblatt, das heute wohl den äußersten linken Flügel der bürgerlichen Opposition vertritt, stellt sich auf den Standpunkt, daß das „was zum Wohl und zur Sicherheit des Vaterlandes nötig ist“, bewilligt werde müsse, natürlich nur nach der wirtschaftlichen „gewissenhaften Prüfung“. Über die grundständische Bereitswilligkeit der bürgerlichen Parteien, etwas und sogar recht viel zu bewilligen, bedeutet noch keineswegs ihre Einigung auf die vorliegenden Regierungsentwürfe. In den nächsten Tagen will der Reichstag wieder einmal eine seiner berühmten bürgerlichen Einigungskonferenzen abhalten, doch bedarf es keiner besonderen Prophezeiung, um vorauszusehen, daß dort nicht alles nach den Wünschen des Hertha und Meisters gehen wird.

Auf der Rechten des Reichstags diskutiert man den Plan, die drei Wehrvorlagen, die ja von der Deckungsvorlage formal getrennt erscheinen, ohne Debatte anzunehmen. Auf die gefällige Mitwirkung der Sozialdemokratie wird bei dieser großen patriotischen Bantomime natürlich nicht gerechnet; vielmehr will man die sozialdemokratischen Redner ihre Monolog halten lassen, um dann mit Hurra und gefälligem Bajonetts zur Abstimmung zu schreiten. Man geht kaum fehl mit der Annahme, daß hinter diesem schönen Plan die Regierung steht, doch daß er wirklich ausgeführt wird, ist wenig wahrscheinlich. Wenigstens bei der Fortschrittspartei scheint nicht die Absicht zu bestehen, debattlos alles zu bewilligen. Was aber das Zentrum betrifft, so hat es mit keiner alten Zart, sich die Befürworter stellweise abhandeln und der Regierung dabei zu helfen, fühlbar zu lassen, zu gute Erfahrungen gemacht, als daß es ohne Rot so leicht von ihr abgenommen könnte.

Außerdem wird man trotz der formellen Trennung der Wehrvorlage von der Deckungsvorlage geschäftsmäßig so verfahren müssen, daß über beide zusammen eine Generaldebatte geführt wird. Wo es sich aber um die Frage des Brannweinabgabes handelt, da hört die patriotische Einigkeit bekanntlich ohnehin auf. Nebenbei ist die Deckungsvorlage der Regierung so gestaltet, daß beim besten Willen keine Partei zu ihr schweigen kann. Und so wird es sich nicht verhindern lassen, daß der Gesamtkomplex der Vorlagen zu ausgiebiger parlamentarischer Erörterung gelangt.

Da die bürgerlichen Parteien die Notwendigkeit neuer Rüstungen prinzipiell nicht in Abrede stellen, richtet sich ihre Kritik, zunächst in der Breite, fast ausschließlich gegen die Deckungsvorlage, die ja auch wirklich wie zur Zielscheibe aller Angriffe geschaffen erscheint. Schon das Wort „Deckung“ klingt in diesem Zusammenhang wie ein Hohn auf den Siegriff, den man sonst mit ihm zu verbinden pflegt. Im Siegriff sieht man mittlerer Clowns, auf deren riesigem glatten Schädel in irgend einer verlorenen Ecke ein winziges Späces Käppchen als „Kopfbedeckung“ prangt. Ganz ähnlich hat die Kunst unserer Regierenden den Kalos der Wehrvorlagen mit dem Villenmüsli ihrer Deckungsvorlage ausgestattet. Mehr als 650 Millionen fordern jene Vorlagen in den nächsten fünf Jahren, weniger als 180 Millionen werden aus dem teilweisen Fortfall der Brannweinabgabe für den gleichen Zeitraum erwartet. 180 Millionen braucht man allein im Jahre 1913, 117 Millionen im Jahre 1914. Vorgelesene „Deckung“ 96 Millionen. Der Rest ist Hoffnung auf Überschüsse und die Aussicht auf neue Verbrauchs- und Verlehrsteuern.

Allerdings, mit neuen Vorlagen im Stil von 1909 wagt man nicht zu kommen, man wagt auch nicht, sie in Aussicht zu stellen. Man redetvielmehr, wie es in der Denkschrift heißt, mit der Möglichkeit, „die Ermäßigung einzelner Steuern ganz oder zum Teil für einige Jahre hinauszuschieben“.

„Was heißt das?“ fragt empört die forschrittlische Volkszeitung. Und sie antwortet:

Das heißt ganz einfach, dann wird die Ermäßigung der Zudersteuer, die nach dem Gesetz vom 15. Juli 1909 am 1. April 1914 einzutreten soll, nicht eintreten, und der Bußgeld von 100 Pros. zur Brannweinabgabe, der nach dem Gesetz vom 14. Februar 1911 am 1. Juli 1914 wegfallen soll, wird nicht wegfallen. In der Denkschrift wird bereits der etwaige Aufschub der Zudersteuer bis 1917 auf 142, bei der Brannweinabgabe auf 76,5 Millionen Wert berechnet. Auf sie wird der unersättliche Ristus seine Hand legen, zugunsten des Hertha und der Flotte. Und wer trägt dann die Kosten dieser Wehrvorlagen? Etwa vorzugsweise die bestehenden, die wohlhabenden, die reichen Schichten? Mit nichts, ganz vorzugsweise wieder die ärmeren Klassen der Bevölkerung und der Verlehr in Grundstücken.

Aber auch die Rechte äußert sich zu den Finanzkünsten der Regierung keineswegs allgemein zustimmend. So schreibt die agrarische Deutsche Volkszeitung:

Schon heute glauben wir mit aller Schärfe darauf hinzuweisen zu können, daß es verbitternd wirken könnte, wenn die bereits angefochtene und gesetzlich festgelegte Herausziehung des Zudersteuers wieder hinausgeschoben werden sollte.

Dem Agrarblatt handelt es sich dabei freilich nicht um die Interessen der Verbraucher, sondern vielmehr um die der Zuderzuliebenden und verarbeitenden Landwirtschaftsgüter. Diese hoffen, aus der Vermehrung des Konsums nach der Ermäßigung der Zudersteuer Vorteil zu ziehen und außerdem

einen Teil der durch den Steuererlass freiwerdenden Summen in ihre Tasche stecken zu können. Aus ähnlichen Gründen wendet sich die Deutsche Volkszeitung auch sehr entschieden gegen die geplante Reform der Brannweinabgabe, die sie „verblassend, überschreibend und verstimmt“ findet. Sie spricht von einer „schweren Schädigung der Landwirtschaft“, von einem „schweren Schlag“, einer „starken Unbilligkeit“ und schließt mit dem Hinweis auf „andere ergiebige Steuerquellen, die erschlossen werden können und müssen“. Diese Andeutungen

dürften genügen, um den Hansabund, von dem man übrigens schon lange nichts mehr gehört hat, neu zu bringen. So deutet alles darauf hin, daß sich die bewilligungsfreudigen Patrioten auch diesmal wieder bei der Frage, wer nun den Spag bezahlen soll, einander heftig in die Haare geraten werden.

Die politische Vision der neuen Vorlagen stellt sich somit für den Anfang so: Eine verworrene Situation und eine Regierung ohne Autorität.

Eine Ozean-Katastrophe.

Die Geschichte der Schiffsunfälle ist um eine Katastrophe bereichert worden, wie sie die Welt bis heute noch nicht erlebt hat: Der riesige Ozeantrieb, das gigantisch Passagierschiff der Welt, der Dampfer „Titanic“ der englischen White-Star-Linie ist Sonntag Nacht mit einem schwimmenden Eisberg zusammengetroffen und mit dem weitauft größten Teil seiner nach Tausenden zahlenden Insassen gesunken. Schon am Montag meldete der Telegraph den Zusammenstoß. Allein die beteiligte Gesellschaft verschwieg, sei es aus Absicht, sei es aus Mangel an Information, daß eigentlich, daß von den 2800 Menschen, die der schwimmende Riesenpaß beherbergte, zwei Drittel mit dem sinkenden Schiffsrumpf in die Tiefe hinabgezogen wurden. Die Neuerster Vertretung der White-Star-Linie verklonte vielmehr triumphierend: Alle Passagiere sind gerettet. Am Dienstag jedoch mußte die Katastrophe in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit dargegeben werden. Noch ist man im Unklaren darüber, wie groß die Zahl der Opfer ist, die der Ozean missamt dem Wunderschiff verschlungen. Allein daß es sich mindestens um 1200–1300 Leute handelt, kann nicht länger bestritten werden.

Die Tragödie ist um so erschütternder, als sämliche Passagiere in der frohen Zuversicht die Reise angekreuzt hatten, daß ihnen an Bord eines solchen Riesenrumpfs, das unter enormen Kosten und mit allen Schikanen der modernen Technik erbaut und mit dem erstaunlichen Luxus ausgestattet worden war, nichts geschehen könne. Man war davon überzeugt, daß das schwimmende Wunder, das mit einem Aufwand von 82 Millionen erbaut worden war, um den größten Konkurrenz-Gesellschaften den Sieg abzugehn, nach menschlicher Berechnung allen Elementargewalten gewachsen sein werde. War doch nicht nur für den Komfort der Passagiere, vornehmlich natürlich der ersten und zweiten Klasse, das Menschendurchgangsgetriebe getan, sondern war doch auch das Schottensystem derartig ausgebaut, daß nach den Berechnungen wenigstens ein einziger Hebeldruck genügte, um sämliche Abteilungen des Schiffes wasserichtig voneinander abzuschließen. Es ist anzunehmen, daß der Zusammenstoß mit dem Eisberg dem Schiffsrumpf so ungeheure Verlegungen beigebracht und den ganzen Organismus derartig erschüttert hat, daß alle technischen Vorkehrungen dieser elementaren Katastrophe gegenüber versagten.

Die Gefahr, die der Schiffahrt zu gewissen Jahreszeiten durch in Bewegung geratene Eisfelder und abgeschrägte polare Gletscherteile drohen, die mit der Meeresströmung von Norden ihren Weg nach dem Süden nehmen, ist nur zu bekannt. Diese Gefahr ist um so größer, als die schwimmenden Eisberge und Eisfelder nur zum kleinen Teile aus dem Wasser hervorragen und mit dem Wissenschafter über die Wasseroberfläche emporragenden Massigkeit unterhalb des Wasserspiegels dem Auge verborgen bleiben. Im Nebel und zur Nachtzeit werden diese tödlichen Feinde der Schiffahrt bei forcierter Fahrt selbst bei den stärksten Scheinwerfern erst so spät entdeckt, daß sich die Gefahr des furchtbaren Zusammenstoßes nicht mehr vermeiden läßt.

Die White-Star-Gesellschaft und der Kapitän des gesunkenen Schiffes dürfen insoweit an der entsetzlichen Katastrophe nicht unschuldig sein, als die Titanic ihre Fahrt unternommen hatte, um den Geschwindigkeitsrekord der Ozeanüberquerung unter allen Umständen zu brechen. nämlich die nördliche Linie genommen haben. Bei einer solchen Route aber mußte es in der jeweiligen Jahreszeit damit rechnen, auf Eisfelder und Eisberge zu stoßen, selbst wenn deren Vorhandensein nicht berechnet, wie anzunehmen, durch andere Schiffe gemeldet worden wäre. Aber das Geschäftszweck der Gesellschaft überzeugt wieder einmal alle Mülltisch auf die Passagiere, trotzdem sich in diesem Hause der Titanic auch zahlreiche Milliardenreiche untertraut hatten, trotzdem allein an Diamantentrichat das gesunkene Schiff einen Wert von mehr als 100 Millionen geführt haben soll.

Wenn die Technik sich lediglich dem Sicherheitsbedürfnis anpassen und weniger nach dem kapitalistischen Profitbedürfnis streben wollte, würden Fahrzeuge geschaffen werden können, die auch einer solchen Katastrophe gewachsen wären. Die Titanic aber und ihre untergegangenen Passagiere sind die Opfer der kapitalistischen Konkurrenz- und Rerofsucht geworden.

868 Gerettete — 1254 Tote!

Neuport, 18. April. Die letzten Berechnungen ergeben 1254 Tote. Der Untergang der Titanic erfolgte 50 Kilometer von Schanze der Kollision entfernt. Die White-Star-Linie erklärt offiziell, sie habe sichere Nachricht von der Olympia erhalten, daß die Zahl der der Titanic Geretteten 868 beträgt, mit denen die Carpathia am Donnerstag nachmittag in Neuport eintreffen soll.

Der Umstand, daß über die Katastrophe, die sich Sonntag abend ereignete, gefernzt den ganzen Tag über die widersprüchsvollen Meliorungen eintraten, erklärt sich zum Teil daraus, daß alle nach der Unfallstelle laufenden Dampfer, die zum Teil mit Marconialapparaten, zum Teil mit Telefunken-System ausgerüstet sind, durcheinander telegraphierten, so daß ein sichtbarer Wirrwarr entstand und die Nachrichten nur bruchstückweise von der auf Cap Race gelegenen Marconi-Hauptstation aufgenommen werden konnten. Die Unsicherheit und der Wirrwarr wurden noch erhöht dadurch, daß die White-Star-Linie zuerst den sehr bedauerlichen Versuch machte, die Öffentlichkeit über den wahren Umfang der Katastrophe zu täuschen. Der Vizepräsident des Schiffbaustraats, Franklin, weigerte sich stundenlang, den genauen Inhalt der bei ihm eingelaufenen Telegramme zu veröffentlichen.

Aus Halifax wird gemeldet: Die Dampfer California Virginia und Varian fuhren nach Überlebenden. Gerüchte verlauten, daß der Varian sowohl wie die Virginia einige wenige Schiffbrüchige aufnahmen, doch steht noch die Bestätigung. Bis die Titanic unterging, wurden viele Rettungsboote umgeschlagen. Man hofft, heute nachmittag mit der Varian eine drahtlose Verbindung herzustellen.

Eine drahtlose Meldung aus Camperdown in Neuschottland besagt: Sofort nach dem Zusammenstoß wurden die Reisenden von der Titanic, die nur halbdreieckig, in die Boote gebracht. Die Eisfelder waren so dicht, daß die Boote nicht hindurch bringen konnten und infolgedessen weit voneinander getrennt die ganze Nacht hindurch in der bitteren Kälte umhertrieben. Die Boote waren hilflos. Zweihundert und viele Boote durch die aufgewühlten Wellen beim Untergange der Titanic mit in die Tiefe gezogen worden.

Die Geretteten.

Renford, 18. April. Die bisher erschienene unvollständige Liste der Geretteten enthält u. a. die Namen der Herren Bruce Ismay, des Präsidenten der Grand Trunk Railway Charles Hays mit Frau und Tochter, der Damen Astor, Widener und der Gräfin Rothes. Unter den Geretteten mit nicht englischen Namen befindet sich der Tennisspieler A. H. Dr. Caroline Blyth, Dr. Henry Fraenkel, Frau E. F. Fraenkel, Frau Ida Hippod, Frau Margaret Fröhlicher, Frau Samuel Goldenburg und Ella Goldenburg, Frau Hogeborn, Frau Ida Hippod, Frau Siegfried Lindstrom, Fräulein Manette Vanhart, Frau M. Rothchild, Frau Ebba Rosenbaum, Oberst Simonius, Emma Seghers, Frau Pauline Schabert, Herr und Frau Spedding, die Herren Max Siedel, Adolph und Salomon, Herr und Frau Stengel, Herr Adolf Saalfield, Herr Emil Zawisza mit Frau und Tochter und Frau Devillek, Anna Hamelaine und Sohn, Frau Jacobsohn, Fräulein Vera Lehmann, Frau Elisabeth Wellingher mit Kind, Fräulein Rose Bush.

Boston, 18. April. Die Liste der geretteten Passagiere der Titanic enthält noch folgende, möglicherweise deutsche Namen: Frau Maijile Weisse und Fräulein Susanne Webber, ferner die Passagiere 2. Klasse Baron Drachsted, Anna Abelson, Ida Doling, Else Doling und Emilie Rugg.

London, 18. April. Meldungen aus Boston berichten, daß der Dampfer Carpathia mit 868 Überlebenden der Titanic nach Neuport unterwegs ist. Das Telegramm läßt jedoch, was die übrigen Passagiere und die Besatzung betrifft, die ernstesten Befürchtungen aufkommen. Ein Wibb-Telegramm berichtet aus Montreal, daß 670 Passagiere und 200 Mann der Besatzung gerettet worden sind. Eine Telegramm aus Cap Race (Neufundland) gibt eine erste Liste von 60 Passagieren der Titanic bekannt. Unter ihnen befindet sich auch der Direktor der White-Star-Linie Ismay. Ferner wird mitgeteilt, daß sich unter den Überlebenden auch der Millionär Astor befindet. Auch der Direktor der Schweizerischen Handelsgesellschaft in Neuport, Stahelin, sowie der Direktor der Schweizerischen Handelsbank in Neuport Simonius sind gerettet worden. Man vermutet, daß sich an Bord der Virginia noch weitere Überlebende der österreichischen Katastrophe befinden. Der Untergang der Titanic erfolgte vier Stunden nach der Kollision mit dem Eisberg. Im legeren Stande wird berichtet, daß der Dampfer Virginia, der andauernd an der Unfallstelle kreuzte, mehrere Boote, die mit Passagieren der Titanic besetzt waren, aufgenommen hat. Die Stelle, an der der Untergang des Riesendampfers erfolgte, weist eine Reihe

von 2500 Meter auf. Wie es heißt, hat auch der Kapitän Smith des gesunkenen Dampfers seinen Tod in den Wellen gefunden.

London, 16. April. Der Vertreter der Marconi-Gesellschaft berichtet, daß an Bord der Titanic die neuesten Apparate aufgestellt waren, die dem Schiffe gehörten, unter normalen Umständen auf 300 Meilen eine drahtlose Verbindung herzustellen. Die effektive Reichweite betrug sogar 500 Meilen. Ferner sind die drahtlosen Verbindungen bei Nacht bekanntlich leichter herzustellen als am Tage. Den letzten Berichten zufolge befanden sich an Bord der Titanic mit Einschluß der in Überdourg hinzugekommenen Passagiere und 90 Passagiere einer Klasse, 305 zweiter, 800 dritter Klasse und 90 Mann Besatzung. Ferner hatte die Titanic 318 Postäste an Bord.

Das Vermögen von 20 der wohlhabendsten Passagiere von der Titanic wird, wie die höchsten Plätze berichten, auf nicht weniger als drei Millionen Mark geschätzt. Der Vicepresident der White Star Line, Franklin, erklärt, daß von 825 Passagieren 1. Klasse der Titanic 202 und von 285 Passagieren 2. Klasse 114 zu den Gesetzten zählen.

Die Suche eingestellt.

St. John's (Neufundland), 16. April. Die Hoffnung, daß noch andere Passagiere als die an Bord der Carpathia befindlichen am Leben sind, ist ausgegangen worden. Sämtliche Dampfer, die die Unglücksstelle freigaben, haben die Suche eingestellt.

Galtig, 16. April. Der Dampfer Parisian sollte aus seiner Fahrt viel Eis, konnte aber auf den treibenden Schiffstrümmern, die eine große Fläche bedecken, keine Überlebende mehr entdecken. Selbst wenn sich noch Personen auf den Schiffstrümmern befinden haben, dürften sie ertragen sein, ehe ihnen Hilfe gebracht werden kann. Die Parisian wird morgen hier eintreffen. Das Adelschiff Minia berichtete heute nachmittag drahtlos, daß es eine große Menge von Schiffstrümmern, aber keine Boote der Titanic oder deren Trümmer gesehen habe. Diese Nachricht verstärkt die Vorwürfe, daß die bei Kap Race ankerte, als die Titanic zuerst um Hilfe rief, nach einer Überlebenden aufgenommen habe. Nach anderen Nachrichten sind zwei weitere Dampfer, die Carmania und der französische Postdampfer Niagara aus Havre in eifriger Beschaffung von Eisbergen erdrückt zu werden. Der Eisberg, dem sie entgegengestanden, hatte eine Länge von 100 Meilen. Nur mit unerhörten Anstrengungen gelang es den beiden Schiffen, der gefährlichen Nähe der gefrorenen Umgänge zu entkommen und den nächstgelegenen Hafen von Gandy aus anzulaufen.

Die letzten Augenblicke vor dem Untergange.

London, 16. April. In den letzten Augenblicken vor dem Untergang der Titanic spielen sich Bergbewegungen Szenen ab. Viele Rettungsboote, deren Ruder zerbrochen waren und die nicht weit genug von dem in die fast 3000 Meter tiefe See sinkenden Schiffstohol abraketen konnten, wurden durch den gewaltigen Strudel mit hinab in die schauerliche Tiefe gezogen. Unter den auf der Meerestiefe auftauchenden überlebenden Reisenden entspannen sich gewaltsame Kämpfe um herumstürmende Schiffstrümmer und Planken.

Wenige Augenblicke nach dem Untergang war alles still. Der große Kapitän Smith und die anderen Offiziere blieben bis zuletzt an Bord und fielen mit ihrem Schiff in den Fluten versunken.

Auch der Marconi-Telegraphist Philipp ist ein Opfer treuerster Pflichterfüllung geworden. Bis zum letzten Moment hatte er am Apparate aus. Die letzten Nachrichten waren jedoch fast unverständlich. Anhineinend war das Schiff schon zu tief unter Wasser, so daß die Sender nicht mehr richtig funktionierten.

Mordbretterei.

London, 16. April. Wenn man alle die recht mangelhaften drablosen Berichte der Olympic, Virginia, Carpathia und Aquitania nedeneinander hält, muß man zu dem Schluß kommen, daß überhaupt kein anderes Schiff die Unglücksfälle erreicht hatte, als die Titanic um 2 Uhr 20 Minuten gestern morgen sank. Das Menschenleid führt offensichtlich mit dem Ausmaß aller seiner Schäfte in die Racht hinein, obwohl es dem Kapitän Smith nicht unbekannt sein könnte, daß er ein kommendes Eisfeld von 75 Meilen Länge und fast ebenso großer Breite zu durchqueren hatte. Er sollte mit der Jungfernreise der Titanic alle bisherigen Rekorde brechen. Deshalb wurde also selbst die Bahn der Eisbergschwelle mit rosender Furcht durchquert. Zu der in London vorliegenden Passagierliste der Titanic befinden sich Namen wie Werner, Deutsch, Singer, Wolf, aber ohne Vornamen. Unter den zwischendepassagieren sollen sich etwa 20 Deutsche und Österreicher befinden.

Die Südpolarforscher Sir Ernest Shackleton und andere sogenannte Sachverständige werden heute von den Blättern als Zeugen hafte angeführt, daß von Eisbergen kaum ein Schiel oberhalb der Meeresoberfläche zu finden ist, womit natürlich beabsichtigt ist, ein etwasiges Verschulden des Kapitäns der Titanic an dem Unglück zu hemmen. Ferner wird behauptet, daß die Titanic auf die Eisbergschwelle in einer See trug, wo sich solche um diese Jahreszeit selten zu zeigen pflegten. Indes haben, wie bereits gemeldet, andere Schiffe ganz kurz Zeit vorher den Kurs des schwimmenden Eisfeldes in drablosen Dreiecken, die sicher auch von der Titanic aufgesunken waren, nach Europa und Amerika gemeldet. Daß Kreuzer erklärten, daß, wenn die Titanic die Fahrt mit derselben Geschwindigkeit wie bis zum Augenblick des Zusammenstoßes, das nach Aufschub beobachtet hätte, sie die beste Leistung der Olympic geschlagen haben würde. Daß er nichts von der Nähe des schwimmenden Eisfeldes gewußt habe, können den Abkömmlingen, denn schon die Temperatur könne darüber keinen Zweifel gelassen haben.

Tschafische Mängel.

London, 16. April. Man ist hier der Ansicht, daß die Schottenbürgung der Titanic nicht richtig funktionierte haben kann, auch scheint nach den vorliegenden Berichten das Rostmachen der Rettungsboote nicht mit der erforderlichen Schnelligkeit erzielt worden zu sein. Es wird behauptet, daß die Zahl der Rettungsboote nicht genügt hat.

Die Aufnahme der Katastrophe.

New York, 16. April. Die Meldung vom Untergang der Titanic hat in New York ungeheure Belebung und Aufregung verursacht. In großen Mergen schaut sich das Publikum vor den Redaktionen der Zeitungen, um die letzten Nachrichten über die Katastrophe zu erfahren. Aus fast allen Teilen des Landes finden sich Verbündete und Angehörige der Reisenden ein, um näheres über das Schicksal ihrer Averwandten zu vernehmen. Die Belebung im Publikum ist um so größer, als man aus den getrennt veröffentlichten Meldungen entnehmen mußte, daß alle Passagiere gerettet worden wären. Der Umschlag nach der anfänglichen Beurteilung und den optimistischen Hoffnungen ist jetzt um so erschütternder.

London, 16. April. Das Eintreffen der Nachrichten von der großen Zahl der Opfer der Titanic hat eine unbeschreibliche Belebung hervorgerufen, die um so größer ist, als die Leiter der White Star Line auf das bestimmtste versichert hatten, die Titanic könne nicht untergehen, da ihre Räume vollkommen wasserfest seien. Beißiglich der Belebung wird noch berichtet, daß bis jetzt noch 20 Proz. Prämien Gegenversicherungen angenommen worden sind. Der Dampfer ist insgesamt für 1 Million Pfund Sterling verlustiert. Eine besondere Klammer des Vertrages bestimmt, daß die Unternehmer der Versicherungspolizei nur für Schaden aufzukommen haben, der die Summe von 150 000 Pfund Sterling übersteigt. Über den Umfang der Eisberge an der nordamerikanischen Küste berichtet der Kapitän der

Empereur of Britain, daß er niemals Eisberge von so ungeheuren Umfang begegnet sei. Am vergangenen Dienstag hat er ein Eisfeld von etwa 100 Meilen Ausdehnung beobachtet, das das Schiff zwang, einen südlicheren Kurs zu nehmen. Er war vorher durch den Dampfer Virginia mittels drahtloser Telegraphie von dem Vorhandensein der Eisberge benachrichtigt worden.

Deutsches Reich.

Eisenbahnhilfen im Reichstag.

Nach vierzehnzigjähriger Österreich nahm der Reichstag heute seine Arbeiten wieder auf. Der Begrüßung der Abgeordneten durch den Präsidenten folgte die Trauerbotschaft von dem entzückten König der "Titanic".

Die Staatsberatung wurde beim Reichseisenbahnamt fortgesetzt, nachdem der Rat der Verwaltung der Reichseisenbahnen einstweilen verschoben worden war. Genieße Wiederaufnahme als Erster das Wort, um in gut dokumentierter Weise und mit schönen Argumenten die Unnötigkeit des Reichseisenbahnamtes anzutreten, das allerdings ungeheuer viel tun konnte. Solange diese Wissenskraft nicht entstellt wird — das zeigte unser Redner an den hessischen Erfahrungen —, wird die Wahrung der alleinpreußischen Interessen die Schaffung einer Betriebsmittelgemeinschaft verzögern, wenn nicht verhindern.

Sogar der Präsident des Reichseisenbahnamtes mußte zugeben, daß seine Arbeit noch außen wenig in die Erziehung tritt. Um so wichtiger und verdienter ist er erscheint ihm sein geheimnisvolles Tun, wenngleich er so ungefähr alle wertvollen Anregungen aus dem Hause als un durchführbar ablehnt. So vor allem die reichsgepflegliche Regelung der Dienst- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals, die von einer sozialdemokratischen und einer nationalliberalen Resolution gefordert wird und von allen Rednern aus dem Hause unterstützt wurde. Der Regierungsvorsteher schüttet sich mit dem Einwand zu helfen, daß die Unfälle meist in die ersten Stunden der Dienstzeit fallen!

Die Aufhebung der Liebesgabe.

Der Generalvorstand des Verbandes Deutscher Spiritus- und Spirituosen-Interessenten, der 36 Einzelvereine der Spiritus verarbeitenden Industrien aller Gegenden Deutschlands in sich vereinigt, trat in der Handelskammer zu Berlin zu einer Sitzung zusammen, um zu der Regierungsvorlage wegen der Aufhebung des Kontingents Stellung zu nehmen. Nach mehrstündigter Beratung wurde von den 40 anwesenden Vertretern einstimmig ein Beschluss gefaßt, nach welchem die Einführung eines staatlichen Spiritusmonopols als eine andauernde und nicht wieder gutzumachende Schädigung der Spiritusbrennerei verurteilt wird. Alle Kraft müßte eingesetzt werden, um sowohl die Gefahr eines Spiritusmonopols als auch jeden gesetzlichen Eingriff in die Brau- und Weinbelebung abzuwenden. Beharrte die Regierung auf ihrem Vorschlag, daß Kontingent abzuschaffen, so müßte gefordert werden, daß zugleich mit der Aufhebung des Kontingents die gesetzlichen Bestimmungen über den Durchschnittsbrand und den Verlängerungswang beseitigt werden, die erst durch das Gesetz vom Jahre 1909 neu geschaffen worden sind.

Vom Verein der Destillateure für Dresden und Umgegend wird und geschrieben:

Eine erhebliche Veränderung des Brennspiritus dürfte die nächste Folge der Aufhebung der "Liebesgabe" sein. Zwecklos wird das Brennereigewerbe bei seiner starken Organisation den Verlust des Kontingents durch eine Erhöhung des Alkoholpreises für die Brenner um 15 M. ausgleichen. Sämtliche in Normalabreihen etwa 42 M. wie der Brenner alle läufig 47 M. erhalten. Das Reich gewährt für Brennspiritus eine Prämie von 18 M., sehr man diese Prämie vom Preise ab, so ergibt sich für Brennspiritus ein Einheitspreis von 39 M. Normal beträgt der Grosz-Verkaufspreis der Spirituszentrale für Brennspiritus 20 M., der Einheitspreis 20 M. pro Liter. Kostet ihr selbst nachher der denaturierte Spiritus 20 M., so würde er nicht unter 18 M. im Detailhandel verkaufen werden können. Sicher hat der Brauwarenmarkt einen Teil dazu beigetragen, den Preis für Brennspiritus niedrig zu halten, wenn aber der Spiritusmarkt von neuem um 15 M. bereichert wird, so ist es nicht mehr möglich, ihm auch noch einen weiteren Zuschuß zur Riedeitung des Preises für Brennspiritus auszuverlegen.

Der Vorschlag des Herrn Reichsstaatssekretärs, das Kontingent aufzuheben, läuft also, bei Blick beobachten, darauf hinaus, Weder darf des kleinen Mannes und des kleinen Haushaltes ganz erheblich zu verlieren. Gegen diese Art von Finanzpolitik auf das Konkurrenz zu protestieren sollte Aufgabe aller politischen Parteien sein!

Hierdurch wird nur bestätigt, was wir wiederholt ausgeschafft haben, daß der durch die Aufhebung der Liebesgaben den Spiritusbrennern entstehende Verlust auf die Konsumanten abgewälzt werden wird. Natürlich müssen wir trotzdem selbstverständlich dafür eintreten, daß die Liebesgaben bestätigt werden. Aber es muß gleichzeitig dafür gesorgt werden, daß der Monopolherrschaft der Spirituszentrale ein Ende gemacht wird.

Die Kritik der neuen bayerischen Regierung im Reichsrat.

Großes Aufsehen erregte ein Zwischenfall in der Dienstagsitzung des Reichsrats, der ersten bayrischen Kammer. Graf Toerring, ein Anhänger des Hauses Wittelsbach, griff mit schneidender Ironie das Ministerium Hertling an. Er beschimpfte sowohl den Jesuitenerlass wie eine soeben ergangene Verordnung des neuen Reichsministers, in der die Bestimmungen über die Qualifikation für die Zulassung zum Beamten verdüstert werden. Es wird in dieser gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband gerichteten Verordnung unter anderem bestimmt: Jedes Bedenken besteht, ob das Verhalten des Qualifizierten vereinbar ist mit der durch den Dienststand übernommenen Verpflichtung zur Königstreue und Probation der Staatsverfassung, so ist dies unter Anführung der näheren Anhaltspunkte anzugeben.

"Auch er begrüßt," so spottete Graf Toerring, "die Figur des neuen Ministers des Innern; aber nur, weil sie so wunderbarlich in das Gesamtbild dieses Ministeriums passt. Die neue Regierung zu begrüßen habe man nur deswegen Anlaß, weil sie den ersten Schritt zum parlamentarischen System bedeute. Ein altertümliches Österreich hat uns die Regierung gekennzeichnet mit dem Jesuitenerlass; er könnte die Notwendigkeit zu einem solchen Vorgehen absolut nicht einsehen. Was die sozialpolitische Stellung des Staates anbelangt, so ist es bisher von Bayern Brauch gewesen, die Arbeiterorganisationen, solange sie auf gelegentlichem Boden stehen, nach gleichen Rechtsgrundlagen zu behandeln. Das Zentrum hat den vorigen Reichsminister nur deshalb angegriffen, weil er sich nicht

bazu herab, den Süddeutschen Eisenbahnerverband zu unterdrücken und damit der christlichen Organisation beizutreten. Wenn die jetzige Regierung sich dem Zentrum weiter fügt, dann wird es zu äußerst schweren Konflikten kommen."

Auf solche Töne, die im Reichsrat bisher nicht gehört worden sind, antwortete der Minister des Innern, Freiherr v. Soden, nichts anderes, als daß sowohl der Jesuitenerlass als auch der neue Erlass des Verkehrsministers eine Notwendigkeit gewesen seien. Über den Jesuitenerlass werde sich auch zu gleicher Zeit in der zweiten Kammer Herr v. Hertling selbst äußern. Letztlich aber hat Herr v. Hertling in der zweiten Kammer darüber geschwiegen.

Umwelt in der Bevölkerung.

Der Hof wird geschrieben: "Wie eine Nachrichtenstelle von militärischer Seite erläutert, sind der Armeeverwaltung vor einigen Tagen von privater Seite 60 000 M. zur Anstellung von Verladen mit sogenannten Redergesäulen zur Verfügung gestellt worden. Dieser scheinbar unbedeutende Tatbestand kommt eine ganz hervorragende Bedeutung zu; heißt doch das Gelände dieser Verläufe nicht mehr und nicht weniger als eine gänzliche Umgestaltung der gesamten Kriegsführung, da bei dem Gelände die Kriegsverluste, die sonst das Heer mit lautem Knall dem Feind zurückt, hier durch völlig geräuschlose Feuerkraft erzeugt wird. Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß mit dem 'Redergeschäule' bereits auf 2000 Meter erfolgreich geschossen ist."

Die Oberversicherungssämler.

Die neu zu errichtenden Oberversicherungssämler sollen nach einer zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Bundesregierung erfolgten Vereinbarung am 1. Juli d. J. organisiert werden.

Der Reichsminister gibt im Reichsangehörigen bekannt, daß der Bundeinstellung über die Haushaltsschäden, die von der Versicherungssämlerfrage ist es insbesondere die ausgeschlagende, die ausgebildet den Bunden und Hinterbliebenenversicherung 18 M.

2. Diese Festlegung gilt bis zum 1. Januar 1915.

Sozial offizielle Dementis.

Die Norddeutsche Zeitung vom Dienstag abend schreibt: "Aufwärtige Pläne brauchen ähnlich Auszüge aus einem Theaterstück, als dessen Verfasser oder Mitarbeiter der Kaiser bezeichnet wurde. Nach der dieser Geschichte mit ihrem Verlauf handelt es sich um eine Eule."

Weiter bestätigt das Regierungsschloß:

„In einem Artikel, einmal in der Zeitung vom 6. April, daß anderem in der Frankfurter Zeitung vom 18. April die Behauptung aufgestellt, daß das Reichsmarinamt in einem „hoch offiziösen historischen Aussay“ der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 1. Oktober 1911 die eigenen Verdienste und insbesondere die des Großadmirals von Tirpitz um die Propagierung des Flottengedankens „in das wahre Licht gestellt“ und „geführt“ habe.

Dagegenüber halten wir uns verdächtig, festzustellen, daß der in Frage stehende Artikel weder im Reichsmarinamt verfaßt noch von dort angeregt, noch vor Drucklegung irgend einer Stelle der Marinbehörde vorgelegen hat.“

So wie die Redaktion des Kämpfers während der Kämpferzeitung die „gottgewollte Unabhängigkeit“ an den Nagel gehängt?

Sozialdemokratischer Wahlsieg.

Berlin, 17. April. Bei den Stadtvorsteherwahlen in Berlin haben die Sozialdemokraten gegen 6 Mandate gewonnen, während die alte bürgerliche Fraktion und die Kommunal-Fortschrittsler je 3 Sitze verloren.

Kleine politische Nachrichten. Wie die Krautwurstzeitung berichtet, sind von den Familien der wegen Spionage verurteilten englischen Offiziere French und Forsch Adenauer zu den Kaiser gerichtet worden. Den Weinen ist nach Anhörung des zuständigen Stellvertreters eine abschlägige Antwort ertheilt worden. — Aus der Kirche ausgetreten sind, wie das Komitee „Konfessionell“ berichtet, in Hamburg mehr als 20 Vollzulieger unter Führung des Kämpfers Gustav Höft.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Demission.

Budapest, 16. April. Graf Károlyi begab sich heute nach Wien, um dem Kaiser seine Demission zu unterbreiten, die diesen aufgenommen werden durfte. Im parlamentarischen Kreis ist man der festen Überzeugung, daß nunmehr Lukacs mit der Staatsbildung betraut werden wird.

Der Beschluss des Kabinets Abban, dem Kaiser die Demission zu unterbreiten, erfolgte, weil das Kabinett einen glatten Verlauf der Delegationen nicht verbürgen kann und nicht die nötigen Mittel in der Hand hat, um den Obstruktionen Herr zu werden. Die Delegationen werden vertragt werden, bis die Ministerfrist beendet ist.

Schweiz.

Neue Wahlerfolge.

Zürich, 16. April. Daß es sich bei den letzten Stimmensammlungen im Kanton Zürich nicht um Schein- oder Zufallsfolge handelt, geht aus zwei weiteren Nationalratswahlen hervor. Im Kanton Zürich, wo sonst die Freisinnigen immer gleich gestoßen waren, erhielt ihr Kandidat, der noch gar als "Neutraler" überwältigten Stimmen zu fangen versucht hatte, nur 4228 Stimmen, während der Sozialdemokrat Müller 8228, d. h. die doppelte Zahl der Stimmen von der Wahl im Herbst, aufbrachte. Da auch ein katholischer Kandidat 1140 Stimmen aufbrachte, müssen die Freisinnigen ihren Sieg in der Stichwahl verloren haben. Gegen Müller gingen es in Zürich 12 000. Dort war Müller mit 8704 Stimmen, der höchste Stimmenzahl geworden, was die Gegner auch als "Bußoldssieg" dinstellten. Bei der jüngsten Wahl im selben Kanton brachte es nur Genossen Graeber gar 8824 Stimmen, während die Freisinnigen mit 6258 und der Liberalen (Konservative) mit 4151 folgten. Auch hier ist Stärke wohlbekannt.

Es geht allerwegen vorwärts. Wenn diese Bewegung anhaltet, so wie sie ist, noch der Neuorganisation der Partei und bei der treiflichen Arbeit der Nationalratsfraktion, nicht zu zweifeln ist, kann darf man von der nächsten Gewässerneuerung selbst ohne Kreuzer mindestens eine Verdopplung der jetzt 16 Mann starken Flotte erwarten. (—)

Spanien.

Ein Ex-Minister gegen die Kolonialpolitik. Madrid, 16. April. In der Zeitung "El Imparcial" veröffentlichte ein ehemaliger Minister Gasset eine Reihe Artikel gegen die koloniale Überherrschaftspolitik der Regierung, die gegen die Spanier unter Führung des General Prim, der 1898 die Aufgabe des damals eroberten Gebietes von Melilla mit Ausnahme der Stadt Melilla erledigte, unter Berücksichtigung auf der General Prim-Tour gefördert hatte, verlangt er den Verlauf der spanischen Einflusszone in Melilla mit Ausnahme der Küstenstreifen, die unbedingt nötig seien, um (in Melilla) die Verteidigung der Landes zu sichern. Die Zeitungen beschäftigen sich eingehend mit diesen

Artikel. Die konservativen und ministeriellen sind natürlich empört, während die republikanische Presse die Veröffentlichungen Gathen begrüßt. — Uebrigens berichtet die Zeitung Panam, die *transazionale* Regierung habe die leichten Vorschläge Spaniens als völlig unannehmbar bezeichnet und erklärt, daß ohne gegenseitige Zugeständnisse überhaupt keine ausführliche Verhandlung möglich sei. (—)

China.

Die Finanzkrise.

Geislingen, 16. April. Die Antwort der chinesischen Regierung auf den Protest der Mächte gegen die englisch-belgische Kriege besagt, die Regierung könne von dem belgischen Syndikat keine weiteren Geldmittel mehr bekommen. Sie bittet die internationale Finanzgruppe um Beistand und stellt fest, daß es, wie Langhans erklärt, auf beiden Seiten Zugeständnisse gegeben habe.

Die irische Homerule.

London, 15. April.

In dem Bewußtsein, in die abschließenden Phasen ihres Ziels einzutreten, gleichzeitig aber auch ihre Aussage zu vollenden, macht sich die liberale Regierung an den dritten Versuch, die irische Frage zu lösen. Die innere Geschichte Großbritanniens in den letzten dreißig Jahren ist aufs Innigste mit dieser Frage verbunden, und viele Erscheinungen auf dem Gebiete der rein englischen, aber auch der kolonialen Politik sind nur im Hinblick auf diese Frage verständlich. Für die liberale Partei ist die Homerulefrage eine Quelle der inneren Verzweigung und politischen Demütigung gewesen. Auf der andern Seite wurde sie aber auch die Quelle ihrer größten Stärke, denn den Widerfolgen der Liberalen in der Homerulefrage ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß sie sich zu einer sozial-fortschrittlichen Partei entwickelten. Erstens dadurch, daß die ausgesprochen reaktionären Elemente ihr mit Chamberlain und den Rücken führten, und zweitens dadurch, daß ihre langen Bemühungen in der Wüste der Opposition die Konservativen zur normalen Regierungs-Partei, die Liberalen aber zur normalen Opposition machten, und damit bei den Leidern das Hervortreten der entschiedener freiheitlich und demokratisch gefühlten Elemente begünstigten. Seit 1906, dem Zeitpunkt, wo das politische Erwachen der englischen Arbeiterschaft deutlich zu werden begann, hat sich das Verhältnis zwar behauptet umgedreht, aber noch heute bliden die meisten gut konserватiven Bürger auf die fortwährende Herrschaft der liberalen Regierung wie auf eine Usurpation.

Für das unglaubliche, mißhandelte Irland ist die Selbstverwaltung eine Lebensfrage. Jahrhundertlang hat es geblieben als ein Opferland, das den englischen Räuberinnen hingeworfen wurde, um sie für die Abgabe der politischen Herrschaft zu kaufen an die Bourgeoisie zu entzündigen und wenn das englische Juniperium auch heute noch weit mehr wirkliche Macht besitzt als seine Klassengenossen in andern vollständig demokratischen Staaten, so hat es das in erster Linie seiner irischen Domäne zu danken. Kein Wunder, daß es mit der Verweisung eines Raubtiers seine Freude verteidigt. Was das Überhaupt der englischen Aristokratie am formalem Anteile und gesellschaftlichem Einfluß, das bietet ihr Irland in realer wirtschaftlicher und politischer Macht.

Alein die realen Tatsachen, um die es sich handelt, werden bei dem Kampfe um die Vorlage in England eine sehr geringe Rolle spielen. Hier wird ein Parteikampf par excellence mit all seinem Zug und Drang, hohen Phrasen und wütenden Schimpftreibern tobten. Die Konservativen haben auf die Homerulebill gehofft und gelauert, denn sie begann die etwas übergläubische Erwartung, daß diese Frage wie früher so auch jetzt die Liberalen zu Falle bringen wird. Diese Hoffnung ist zweifellos übertrieben, denn seit den Zeiten Gladstones hat sich vieles geändert, sowohl in England wie in Irland. Das englische Volk ist zu sehr mit dringenden eigenen Problemen beschäftigt, um sich künftlich in patriotische Auseinandersetzungen jagen zu lassen. Und in Irland hat sich die Entwicklung trotz der Gewaltspolitik der herrschenden Juniperuppe nicht dauernd aufzuhalten lassen: Im Süden haben die durch die Vandalschlüsse geführten bewirkten Bauernparzellierungen bessere Zustände geschaffen, im nördlichen Ulster, der Heimat der jungerlichen Orangisten, breitet sich die Industrie immer mehr aus. Eine billige, leistungsfähige Verwaltung, wie sie das jetzige System nicht bieten kann, wird mehr und mehr zum Interesse aller Klassen, der herrschenden ebenso wie der betroffenen. Aber trotzdem treten die Liberalen mit nichts weniger als Begeisterung in den Kampf. Erstens flüchten sie als verbrannte Kinder doch noch das alte Feuer und zweitens wissen sie, daß eine Lösung der Homerulefrage einem der härtesten Pfleißer abgängt, auf denen ihre politische Herrschaft heute ruht.

Die 80 irischen Stimmen im Unterhaus, die heute die Homerulebill ergangen haben, bilden die Grundlage der liberalen Regierung, und sie sind es, die eine Wiederkehr des konservativen Herrschafst nahezu unmöglich machen. Verschwinden diese ganz oder zum großen Teil aus dem Unterhaus, dann wird die Lage der Liberalen eine wenig bedeutsame, ja dann muß es überhaupt sehr bald zu einer völlig neuen Orientierung der ganzen englischen Parteipolitik kommen.

Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß alle künstlichen Belebungserfolge nicht vermögen haben, mehr als ein schwaches Echo der früheren historischen Kämpfe zu erzeugen. Die Liberalen wiederholen Gladstonesche Freiheitsphrasen und die Orangisten reden von bewusstem Widerstand und provisorischer Regierung, aber sie werden beide nicht ernst genommen. Die Erledigung der Homerulefrage wird als ein notwendiges Säkularisiertes Gesellschaftsproblem betrachtet, das mehr patriotische Verteilungen, noch auch große Elstane rechtfertigt.

Die Bill selber ist auch keine große Heldenleistung. Sie

gibt den Freien das mindeste, womit sie sich abfinden können, und verwendet die allergrößte Sorgfalt darauf, um in Ulster so wenig Anstoß wie nur möglich zu erregen. Der Gaeltic American, das Organ der amerikanischen Homeruler, kennzeichnet sie wohl am treffendsten mit den Worten: "Ein Friede, voll von Kompromissen und Widersprüchen, ohne logische Folge und ohne leichten Grundhah als den des Wichterlauns gegenüber dem irischen Volke." Die Selbstverwaltungsrechte, die Irland erhält, sind recht mager, die Befreiung des englischen Parlaments und der englischen Regierung lassen sehr wenig davon übrig. Dazu kommt noch, daß wichtige Angelegenheiten, wie die Kontrolle und die Einführung von Steuern, die Landstrümpfe, vorläufig auch die Alterspensionen, die Sozialversicherung und die Polizei, dem Reich vorbehalten werden, während die Rechte des irischen Parlaments in Polstragen sehr beschränkt sein werden. Die schärfste Kritik hat die Bestimmung herausgefordert, daß der irische Senat vollständig von der Regierung (außer von der Reichsregierung, später von der irischen) ernannt werden soll.

für das irische Unterhaus, das 184 Mitglieder zählen soll, bleibt das gegenwärtige Parlamentswahlrecht in Geltung. Die irische Vertretung im englischen Unterhaus wird auf 42 Abgeordnete beschränkt; ein Kompromiß zwischen der Beibehaltung der jetzigen Zahl irischer Vertreter und ihrer vollständigen Ausschaltung. Einen entscheidenden Einfluß auf die englische Politik könnten 42 irische Abgeordnete nicht mehr ausüben.

Die großen Mängel der Vorlage werden jedoch allseitig sehr milde beurteilt, weil deren Bedeutung gegenüber der Wichtigkeit der Erledigung der Frage verhältnis. Für Großbritannien ist es besonders wichtig, daß die irische Frage, die in mehr als der Hälfte britischer Wahlkreise ein störendes Element bildet und die Arbeiter entzweit und schwächt, endlich verschwindet.

In erster Sitzung angenommen.

London, 16. April. Nach erregter Debatte wurde die erste Sitzung der Homerule-Vill im Unterhaus unter großer Beifallsbekundung der Nationalisten und Liberalen mit 350 gegen 268 Stimmen angenommen. Die Kundgebungen erneuerten sich, als Premierminister Asquith die Vill formell einbrachte.

Die Methyldialkoholaffäre in Berlin vor Gericht.

Hg. Berlin, 16. April 1912.

Die Bekämpfung wurde in der heutigen Verhandlung, obwohl es an Plädoyers zwischen Gericht und Verteidigung auch nicht schlecht, immerhin um ein gutes Stück gefordert. — Der als Prozeß bezeichnete Kriminalvorsitzender Strelow hat, auf der Suche nach Methyldialkohol, die Adresse Baistrov gefunden und diesen aufgesucht. Baistrov hat ihm zugegeben, für Scharmach bestellt zu haben, jedoch sofort hinzugefügt, daß er nichts davon wußte, daß Scharmach Methyldialkohol lieferte. — Eine Reihe von Berichten und Krankenschwestern befunden über die von den Polizisten erhaltenen Angaben. Die Polizisten haben fast ausnahmslos gesagt, daß sie Schaps, und zwar meistens aus der Schankwirtschaft von Moabit gekommen waren. Über dasselbe Beweissthema werden etwa zwölf Minuten verbraucht, worauf der Verteidiger die endgültige Entlastung aller Zeugen anträgt. Da Widerpruch seitens der Verteidigung erfolgt, können sie aber nur bis zum 20. April beurteilt werden. — Als nun der Staatsanwalt die Verleugnung einer Reihe Mittel über Methyldialkohol aus der von Scharmach abnommene Präsentierung brachte, verlangt die Verteidigung, daß über diesen Antrag nicht eher entschlossen wird, bevor nicht über längst gestellte Anträge der Verteidigung Beschuß gesetzt ist. Außerdem liegt die Verteidigung darüber, daß ihre mündlichen Anträge so gut wie ignoriert werden und beantragt deshalb, daß auch der Staatsanwalt diesen Antrag schriftlich einreichen soll. — Das Gericht beschließt über den Antrag des Staatsanwalts erst zu entscheiden, wenn das Material den Verteidigen zugänglich gemacht ist. — Recht lebhaft gehalten sich die Vernehmungen des von der Verteidigung geladenen Jugendlichen Pöschl, der als Sachverständiger und Zeuge bereitstellt wird. Er ist der Erfinder des Taschenfeuerzeugs, in denen Methyldialkohol verwendet wird. Er hat dabei festgestellt, daß Methyldialkohol durch Einwirkung der Luft sich leicht in Ammonium und Formaldehyd zerlegt. Er hat auch, ohne Schaden zu nehmen, einen Methyldialkohol getrunken. — Weißgerber Kriener: Reichsanhalt Weißgerber hat hier vorgezogen, Sie wollten hier Experimente mit Methyldialkohol anstellen und selbst Methyldialkohol trinken. — Scharmerkündiger: Zu dem Experiment braucht ich eine möglichst dicke Flasche. Ich habe Methyldialkohol mit Wasser gemischt und auf einem Teller geöffnet. Dabei habe ich eine leichte Verdunstung festgestellt. Es entstünde höchstens eine Auseinandersetzung zwischen diesem Sachverständigen und dem Sachverständigen Dr. Bauroth. Der letztere behauptet, die Verdunstung rührte nicht von der Luft, sondern von dem in den Taschenfeuerzeugen verwendeten Platinchwämmechen her. Pöschl soll es den sachverständigen Chemikern überlassen, ob das, was ich da habe, wirklich Formaldehyd und Ammoniumsäure ist. — Der Verteidiger nehmmt Pöschl gegen diese Angreife in Schutz, und Dr. Bauroth erklärt schließlich, daß die Wahrnehmungen eines einzelnen Menschen für die Wissenschaft keine Beweiskraft besitzen. Auch das bestehende Gesetz, welches Dr. Söderer bei den Obduktionen an seiner Hand verfaßt hat, und worauf die Verteidigung in diesem Fassungsmoment sofort hinweist, erklärt Dr. Bauroth für subtile Aufklärung.

Am Schluß der Sitzung kam es noch zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den beiden Angeklagten Scharmach und Baistrov. Scharmach behauptet, daß die über Methyldialkohol zu vernichten, von Baistrov stammte. Baistrov bestreitet das, auf das entschieden und erklärt, daß er das Wort Methyldialkohol von Scharmach niemals gehört habe, sondern daß Scharmach nur von billigem Sprit gesprochen habe, der er aus einer gehörnierten Quelle bezogen haben wollte. Scharmach hingegen erklärt, daß Baistrov nicht nur gemischten Sprit bekommen, sondern mehrmals ausschließlich reinen Methyldialkohol verlangt habe. Die Verhandlung wird hierauf auf morgen (Mittwoch) verlängert.

Neues aus aller Welt.

Die Bekämpfung auf oberösterreichischen Werken.

Bredau, 16. April. Im vorigen Jahre waren, wie bereits berichtet, mehrere Beamte vom oberösterreichischen Gruben und Werken wegen Bestechung oder Betrugs zum Teil entlassen, zum Teil in Untersuchungshaft genommen. Fast alle Industriellen sind später und der Untersuchungshaft wieder entlassen worden. In Haft befindet sich nur noch der Hauptangestellte Kaufmann Henckel aus Kittowitz und sein Lagerhalter Grot. Gestern hat, wie der Oberösterreichische Kurier meldet, die Ämter insofern eine außergewöhnliche Wendung genommen, als auf Veranlassung des Kaufmanns Henckel gegen die Siedlungsbehörde eine Untersuchung wegen Verdachung von Siedlungsbeamten eingeleitet worden sein soll. Vernehmungen in dieser Sache hätten bereits beim Amtsgericht Königswusterhausen stattgefunden.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

78. Sitzung vom 17. April, vor 11^{1/2} Uhr
Zur Regierungssitzung: v. Seidenberg.
Auf der Tagesordnung sieben zunächst

Eisenbahn-Petitionen.

Abg. Althäfe (nati.) erichtet namens der Finanz-Deputation Bericht über die Petitionen des Stadtrates und der Stadtverordneten zu Limbach und Genossen um Errichtung einer Eisenbahn von Limbach über Waldenburg nach Göhren, des Stadtrates zu Meerane um Bau einer Eisenbahn Limbach-Waldenburg-Lettow-Meerane-Göhren-Mitschau, des Stadtrates und des Stadtverordneten-Kollegiums zu Senften und Genossen um Errichtung einer Bahn von Limbach nach Senften und einer Verbindungsstrecke bei Langenleuba-Oberhain nebst Anschluß. — Petitionen. Die Finanz-Deputation beantragt, die Petition der Königl. Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen in dem Sinne, daß Förderungen angezeigt werden, wie zweckmäßig und den vorhandenen Bedürfnissen entsprechend eine Weiterführung der Bahn Limbach-Oberhain bis zur Muldentalsbahn erreicht werden kann. — Demgemäß wird beschlossen.

Es folgt die Petition des Stadtrates zu Dippoldiswalde und Genossen um Errichtung eines Central-Grenzbahnhofs in Moldau auf sächsischem Gebiete und Anschluß desselben an die

Orte Schmöleberg, Kronenstein und Altenberg-Geising durch Eisenbahnen. Hier beantragt die Deputation, die Petition, soweit die Errichtung der Sieden-Schmöleberg-Rehfeld beziehungsweise Moldau und Geising-Altenberg in Frage kommen, der Staatsregierung zur Erwögung zu überweisen, weitergehende Wünsche und die hierzu eingerichtete Petition des Stadtgemeinderats zu Geising aber auf sich berufen zu lassen.

Abg. Bötzig (toni.) behauptet, daß sein Bezirk so ungünstig in Bezug auf die Verkehrsverhältnisse gestellt sei als die Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde. Eine Verbindung der drei in Frage kommenden Schmalspurbahnen ist dringend wünschenswert.

Abg. Gößner (nat.) freut sich, daß die Staatsregierung bereit ist, die Petition zur Erwögung entgegenzunehmen. Das obere Erzbistum sei bisher wenig freundlich behandelt worden. Die Erwögungen sollen deshalb nicht allzu lange Zeit in Anpruch nehmen. Darauf wird der Antrag der Deputation einstimmig angenommen.

Die Petition des Gemeinderats zu Schweppig und Genossen um Errichtung einer vollspurigen Eisenbahn von Schweppig nach Maßgräbchen wird nach unentschließbarer Debatte der Staatsregierung zur Erwögung überweisen.

Als letzter Punkt steht auf der Tagesordnung der Bericht der 4. Abteilung über die

Prüfung der Wahl des Abg. Schmidt (Sog.)

im 14. ländlichen Wahlkreis.

Abg. Merlet (lib.) erklart Bericht namens der Abteilung, deren Mehrheit beantragt, die Wahl für gültig zu erklären. Der springende Punkt in der ganzen Angelegenheit ist der, ob Wählerlisten Urkundenbetrüger haben. Die Abteilung hat die bedeutendsten Staatsrechtslehrer gehört, Geschichtsleute usw., berücksichtigt, die die fristige Frage bejaht und sich damit auf den Standpunkt der früheren Meinung gestellt haben, die sich ingewissen in die Rechtheit verwandelt hat. Nach Ansicht der Abteilung gilt die Wählerliste, wenn innerhalb der Einheitswurst gegen ihre Richtigkeit Einwendungen nicht erhoben werden, für den Landtag als abgeschlossen.

Abg. Dr. Roth (Königl. Pol. lib.) schließt sich als Mitberichterstatter den Ausführungen des Berichterstatters an.

Abg. Dr. Söpke (nat.) kann sich dem Standpunkt der Mehrheit nicht anschließen und macht juristische Bedenken geltend. Die Rechtsgrundlagen gingen sehr und trügen nicht den Kern der Sache. Er werde gegen das Datum der Abteilung stimmen.

Nach einer kurzen Erwiderung des Berichterstatters wird der Antrag der Abteilung gegen 4 Stimmen zum Beschuß erhoben. Die Wahl ist also für gültig erklärt.

Nächste Sitzung: Freitag vormittag 11^{1/2} Uhr. Tagesordnung: Staatskapitel und der Antrag Rangier betreffend die Überwachung und Unterstützung der Jugendorganisationen.

Dresdner Polizeibericht vom 17. April.

Vor einigen Tagen sind von unbekannter Seite vor einem Neubau in bießiger Johannisstadt ohne Bekanntung ungefähr 400 Dachziegel abgeladen worden. Es liegt jedenfalls Verwirrung vor und wie der Eigentümer erklart, sich mit dem Kunden der Königlichen Polizeidirektion, Schiebagasse, in Verbindung zu legen.

Wetterbericht von der Wetterstation an der Carolabrücke.

Vom 17. April, mittags 12 Uhr.

Barometer 760. Schön Wetter.
Thermometer +12° R.
Thermometerograph: Min. +6. Max. +10.
Höhenmeter 67°.
Wasserstand -80 cm.

Prognose der Königlichen Landeswetterwarte
für den 18. April:
Keine Witterungsänderung.

Letzte Telegramme.

Brüder Ablehnung der Einigungsvorhandlungen im sächsischen Bergarbeiterstreit.

Dresden, 12. April. (Privatelegramm.) Der sächsische Minister des Innern, Graf v. Bismarck-Schönhausen, hatte heute morgen in Begleitung einer Anzahl Kommissare eine Aussprache mit den Bergwerksbesitzern und dem Zugauer und Zwickauer Revier herbeigeführt. Nach einer eingehenden Aussprache wurden jedoch alle Einigungsvorschläge von den Bergwerksbesitzern abgelehnt.

Die Titanic Katastrophe.

London, 17. April. Die Daily News melden aus New York: Nach heutiger Schätzung betrug die Vermögenswerte der Titanic 370 Millionen. Danach werden von den Passagieren nur 578 gerettet sehn. Der Postminister in New York erklärt, daß mit der Titanic 7 Millionen Briefe gesunken seien. Unter den Vermühten befindet sich auch der bekannte Schriftsteller Stead.

New York, 17. April. Die Carpathia mit den Überlebenden der Titanic ist gestern in draklose Verbindung mit Sable-Island gekommen. Nach Mitteilung der Beamten der White Star Line sind die Einzelheiten der Katastrophe dort zu erwarten. Die neuesten Angaben der Blätter bestätigen im wesentlichen die früheren Meldungen.

Funf Offiziere gerettet.

New York, 17. April. Nach einer Meldung aus Rio Nunez hat der Kapitän der Olympia ein drahtloses Telegramm gefunden, in dem bestätigt wird, daß nur an Bord der Carpathia sich Überlebende der Titanic befinden. Der zweite, dritte, vierte und fünfte Offizier und der zweite Marconi-Telegraphist seien die einzigen geretteten Offiziere.

Ein Grenzwischenfall.

Gambinnen, 17. April. Gestern nachmittag wurde der Königliche Grenzkommissar Böckeler, der in Görlitzhausen stationiert ist, auf dem Grenzbahnhof Böckeler, als er, um die Gräfin Dohna über die Grenze zu begleiten, russischen Boden betrat, verhaftet und sofort nach Wina geschafft. Die südböhmen Stellen haben sofort die notwendigen Schritte unternommen.

Großherz.

Gräfenberg, 17. April. Seit heute sechs 1/2 Uhr sieht die Schlesische Tuchfabrik, A.-G., selten Kommerzienrat Hößler'sche Fabrik, in Görlitz, wie das Gräfenberger Tuchblatt meldet, ist bereits das ganze Tuchblatt vernichtet. Das Blatt hat auf die Spinnerei übergegriffen, die Fabrik beschäftigt ca. 500 bis 600 Arbeiter.

Borbetor-Baußand.

Paris, 17. April. Im Bezirk (Dep. Heroult) veranstaltete ausländische Handelsleute gestern lärmende Straßenversammlungen. Truppen werden bereit gehalten, da man erste Auseinandersetzungen befürchtet.

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 88.

Dresden, Mittwoch den 17. April 1912.

23. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Plauener Polizeiattacken im Landtag.

In der zweiten Sitzung des Landtags wurde gestern unter anderem auch über die sozialdemokratische Interpellation wegen der Polizeiattacken gegen das Streikpostenstaben in Plauen beraten. Die empörenden Vorgänge haben wir mehrfach geschildert. Die übereitige Polizei dabei vorging, zeigte sich im März, als Genosse Landtagsabgeordneter Minister von der Straße weg ohne weiteres verhaftet wurde, als er sich über die Zustände dort orientieren wollte. Dieser Genosse, der so die Leute auch die Begründung der Interpellation überwunden hatte, schubte eingehend die polizeilichen Vorstöße gegen die Streikposten an Einzelheiten und betonte dabei besonders, daß der Strafverfahren in seiner Weise durch das Streikpostenstaben in Plauen nicht nur zur Ordnung gerufen werden, es müsse eine gründliche Untersuchung über die Ausbreitung der Schuhmannschaft angeordnet werden.

Der Minister des Innern in Böhmen gab eine längere Erklärung ab, die sich ganz im Sinne der bereits erlassenen Entscheidung und seiner Begründung hielt. Er bemühte sich zwar, dabei eine zurückhaltende Stellung einzunehmen, aber diese scheinbare Objektivität war schließlich von dem letzten Bewußtsein getragen: Wir haben gar nicht nötig, und besonders im Unfug zu führen, die Plauener Polizei macht ihre Sache ja ganz vorzüglich. Für die Oberschicht aber hatte der Minister einige Redensarten, die im wesentlichen besagten: Es wünsche, daß die Polizeibehörden das Koalitionsrecht der Arbeiter ebenso wie das der Arbeitgeber beobachten und sich jedes einleitigen Eingreifens in Lohnimpfen enthalten. Er werde daher auch jedes Besuch der Arbeitgeber, einschließlich für sie eingetreten, ablehnen. Die Polizei hatte aber die Ordnung aufrechtzuhalten, dazu gründe aber auch, daß Arbeitswillige vor Verdrängungen bewahrt würden. Es müsse daher auch gegen Streikposten vorgegangen werden, die Arbeitswillige beschützen. Das aber sei in Plauen der Fall gewesen. Und da versuchte der Minister, eine größere Anzahl Behauptungen dafür vorzubringen, die zeigen sollen, daß einzelne Streikposten Ausbeutungen gegen Streitende begangen hätten. Der Minister hatte gewiß den besten Willen, den streitenden Arbeitern als „Sünden“ vorzuhalten, er wußte aber trotz des wochenlangen Streits nur eine einzige Tätschlichkeit und dazu noch eine solche harmloser Art zu berichten. Um übrigen zeigten seine „Fälle“ nur, daß die Streitenden den Streikbrechern mehrfach fristlos die Wahlheit gezeigt hatten. Selbst wenn man die „Fälle“, die der Minister vorbrachte, als bare Münze geltend lassen wollte, würde man keinerlei Erfahrung für das Vor-gehen der Plauener Polizei darin finden. Denn als Ausdrückungen kann man die Bemerkungen kaum in einem Falle ansehen, selbst wenn man die einleitende Polizeibrille zu Hilfe nimmt. Über den Minister will ja darüber auch gar nicht befinden. Das sei nicht Sache des Ministeriums. Nur die allgemeine Unwillingkeit der Polizei sei von ihm zu prüfen. Ob diese genügend von den Schultheißen bedacht werde, sei Sache der Polizeidirektion selbst. Das ist ein sehr bequemer Standpunkt, den aber die Regierung nur so lange einnimmt, als es ihr paßt. Über gerade die Anwendung der Polizeidirektion war höchst bedenklicher Art. Sie ist geeignet, das Recht des Streikpostenstabs zu vernichten. Dennoch erklärte der Minister, keine Veranlassung zu haben, dagegen einzuschreiten. Die Unternehmer in Plauen haben alle Veranlassung, mit dem Minister aufzutreten zu sein.

Im Reichsverbandsstile lamentierte der Abg. Ritschke von den Nationalliberalen über das Streikpostenstaben der Arbeiter. Er hält das für zwecklos, möchte es zwar nicht ganz verbieten, aber doch so eingefäustigt wissen, daß es für die Arbeiter zwecklos würde. Der Abg. Opitz sang das Lied der Regierung. Er hängt sich ein objektives Männchen um und verlautete in mehr theoretischer Weise, die Polizeiverantwortlichkeit über das Koalitionsrecht der Arbeiter zu stellen, das er angeblich nicht antasten, aber doch auch so begrenzen will, daß den Unternehmern dadurch keine Schwierigkeiten gemacht werden können. Die Polizeiwirtschaft in Plauen charakterisierte noch in drastischen Ausführungen der Genosse Müller. Die übrige Debatte verlor sich in abseits liegende Fälle und Einzelheiten. Zum Schlus stand der Nationalliberale Ritschke noch Gelegenheit, seine Scharfmacherspucklein anzubringen.

Aus der Finanzdeputation.

Die erste Sitzung der Deputation nach den Osterferien wurde durch eine lange Debatte über die Frage ausgestattet, ob auch künftig der Schuldirektor Schulbericht und unter Umständen Schulprämie sein oder ob sich seine Befugnis auf gewisse Verwaltungsbürokratie beschränken und dafür ein größeres, auf demokratische Grundlage gestelltes Bestimmungsrecht der Leitung einer Schule über deren inneren Betrieb eintreten soll. Die Konservativen traten wie immer für die Regierungsvorlage ein, die die Schuldirektorenverantwortlichkeit aufzuerheben will und die auch von den Regierungskommissionen mit heftigem Beifall verfolgt wurde. Darauf mag man die immerhin große Tragweite der Frage ermessen. Es handelte sich darum, ob auch fernerhin direktorialer Formalismus und Bürokratismus das Revier führen und der Schule die „Individualität aufdrücken“ oder ob die ganze Summe der in einem Lehrerkollegium vorhandenen Kräfte der Schule Leben und Entwicklung geben, auch ob ein der praktischen Lehrbetriebe stehender Kollege als erster unter gleichen das Wollen der Gemeinsamkeit zusammenfassend betätigten soll. Die einzige Partei, die dabei nicht geschlossen auftrat, waren die Nationalliberalen. Zwei stimmten mit den Konservativen, und da zugleich zwei Gegner der Regierung anwesend waren, ergab sich in dem entscheidenden Punkte Stimmengleichheit, die sich bei der vorgetragenen Wiederholung der Abstimmung sicher in einer Mehrheit für die neuen Vorschläge, die vom Bericht erlaubter ausgehen, verwandeln wird. Einhellig wurde zunächst die Bestimmung angenommen, daß ein Direktor bei

sich Lehren angestellen ist, ebenso die, daß die Lehrerversammlung durch die Lehrer und Lehrerinnen einer Schule gebildet wird und daß an ihr die Hilfslehrer und Lehrerinnen mit beratender Stimme teilnehmen. Die folgende Frage war, ob dem Direktor außer der Leitung der Schule auch die Aufsichtnahme des gesamten oder nur des höheren Schulbetriebes gestehen soll. Hier standen die Stimmen acht zu acht, ebenso bei der folgenden Frage, ob der Direktor die Lehrer ganz allgemein oder nur die Hilfslehrer unterstellt und überwachen soll. Über beide Punkte findet die wiederholte Abstimmung statt. Daß der Direktor die Lehrerversammlung leitet, wurde mit 10 gegen 6 Stimmen beschlossen. Bei der Frage aber, ob die Lehrerversammlung in den Angelegenheiten des inneren Schulbetriebs nicht, wie die Vorlage nach dem bisherigen Zustand will, nur beraten oder ob sie auch das Recht, zu beschließen, haben soll, wurde die Beratung abgebrochen.

Vereinfachungen im Landtagssbetriebe.

Die Rechenschaftsdeputation der zweiten Kammer hat folgenden Antrag eingebracht, der besagt, die Kammer solle in eine Beratung der Frage eintreten, ob in die Durchführung von Befreiungen und Vereinfachungen in der Geschäftsführung der zweiten Kammer einzutreten und hierzu eine aus zehn Mitgliedern bestehende außerordentliche Deputation einzulegen sei.

Dem Antrage ist eine von dem Abg. Kleinbemmel herührende schriftliche Begründung mit auf den Weg gegeben worden. Darin wird bezeichnet, daß die jegliche Geldabstülpung eine richtige sei, und dann fortgesetzt: „Es dürfte zweckmäßig sein, nämlich nicht bloß 5, sondern 6 ständige Deputationen zu bestellen, und zwar:

1. Reichsdeputationen und

2. Finanzdeputationen und

3. Gesetzgebungsdeputationen.

Die zweite Kammer zählt jetzt 81 Mitglieder; es könnten also jeder Deputation 14 bis 15 Mitglieder zugewiesen werden. Die Haushaltswichtigkeit bietet die Verteilung der Geschäfte auf die drei Finanzdeputationen.

Bei den Gesetzgebungsdeputationen wird die Verteilung der einzelnen Dekrete nicht allzu schwierig sein. Was die drei Finanzdeputationen anlangt, so müßte zunächst davon ausgegangen werden, daß der Staatshaushalt auf die neue Finanzperiode und der Rechenschaftsbericht über eine frühere Staatsperiode wohl am besten gemeinsam behandelt werden. Wer als Berichterstatter ein Kapitel des Staatshaushalts der fünfjährigen Staatsperiode bearbeitet, muß sich nicht nur das betreffende Kapitel des Staats, sondern auch dasjenige des Rechenschaftsberichts ansehen und darüberin die Vergleiche anstellen. Nein wird aber diese Arbeit gewissermaßen doppelt geleistet. Einmal für den Staat und zum andern für den Rechenschaftsbericht. Die Folge davon ist, je ein besonderer Bericht der Finanzdeputation A und der Rechenschaftsdeputation sowie die zweimalige Behandlung desselben Kapitels sowohl in den Deputationen als auch im Plenum. Nun mag es ja wünschenswert sein, daß der Staatshaushalt möglichst von einer Stelle aus geprüft werde, aber so unbedingt erforderlich ist dies nicht. Der Staat und der Rechenschaftsbericht zerfallen in 12 Hauptabteilungen mit 118 einzelnen Kapiteln. Es muß möglich sein und ist möglich, den Staat und den Rechenschaftsbericht in drei Teile zu zerlegen und jeder der drei Finanzdeputationen einen Teil zu übertragen.

Der Anfang ist ja bereits gemacht, denn der Finanzdeputation B wurde bisher schon der außerordentlichen Stafette übertragen, die dieser vielmehr fast ausnahmslos und früher vorgeworfene Eisenbahnlücken befreit. Der Finanzdeputation B muß aber auch das Kapitel 18 des ordentlichen Staats und des Rechenschaftsberichts mit übertragen werden, dann liegt die Segregation der sämtlichen Fragen des sachlichen Staatshaushaltswesens nur einer Deputation ob, und das kann nur zweckmäßig sein.“

Es werden sodann Vorschläge für die eventuelle Teilung der verbleibenden Staat auf zwei Finanzdeputationen gemacht. Danach soll die neue Finanzdeputation (heute Rechenschaftsdeputation) das Justizministerium, das Ministerium des Innern, das Kultusministerium und das Ministerium des Auswärtigen erhalten, die seitherne Finanzdeputation A die übrigen Kapitel. Es soll jedoch jede Finanzdeputation gleichzeitig auch die betreffenden Kapitel des Rechenschaftsberichts mit erledigen.

Ferner wird vorgeschlagen, das Verlesen der Petitionen wegfallen zu lassen. Schließlich soll in der Erledigung der Petitionen eine Vereinfachung eintreten. So sollen dann alle wiederholten eingegangenen Petitionen privater Natur, die auf sich beruhen bleiben sollen, lediglich durch Anzeige an die Kammer für das Plenum erledigt werden. Doch wird überall weiter ausgeführt: „Die eben geschilderte Behandlung würde allerdings nicht anzuwenden sein bei den Positionen, die erstmalig vorliegen, ferner in Eisenbahnlücken, zu Belegvorlagen und in allen öffentlichen Angelegenheiten, auch wenn sie wiederholt vorliegen. Die neue Behandlung würde also nur zugetreten bei wiederholten Petitionen von Privatpersonen im Privatinteresse, die das erstmalig auf sich beruhen bleiben“ und zu denen keine neuen Fällen oder Gewölle beigebracht werden.“

Das für die Erledigung von Petitionen vorgeschlagene Verfahren kann man für unbedeutlich erachten. Viel Zeit wird aber damit nicht gewonnen werden. Denn schon jetzt werden die wiederholten eingegangenen Petitionen privater Natur immer recht rasch im Plenum erlebt. Auch das Verlesen der Registande nimmt nur an wenigen Tagen eine nennenswerte Zeit in Anspruch. Die andern Verteilung der Arbeiten auf die Deputationen würde gewiß zweckmäßig sein. Doch würde sich der Anteil herabsetzen, doch sich die Beratungen im Plenum etwas überlängern würden. Lediglich wird der jetzige Landtag kaum noch die Zeit finden, die Freizeit zu haben. Er ist ja mit gesetzgeberischen Arbeiten überlastet wie keiner zuvor. Und jetzt ist noch so viel verändert, daß es ein Rätsel ist, wann auch nur der größte Teil des Rechenschafts an Arbeit noch benötigt werden soll.

Das Gesetz über die Verwendung von Leichen für die Wissenschaft

Ist von der ersten Deputation der ersten Kammer durchberaten worden. Aus dem schriftlichen Bericht ist zu erschließen, daß mehrere Änderungen vorgenommen worden sind. In § 1 wurde außer den Angehörigen auch „anderen dem Verstorbenen nahestehenden Personen“ das Verfügungsberecht über die aufgefundenen Leichen eingeräumt. Die Ablieferung der Leiche soll gemäß der Vorlage nach 48 Stunden, die Verwendung zu wissenschaftlichen Zwecken jedoch erst nach 72 Stunden erfolgen; bis dahin soll die Bestattung übernommen werden können. — Dem § 2, der die Ausnahmeverhältnisse vom Ablieferungszwang enthält, wurde ein Zusatz gegeben, wonach es nicht als „besonderer Grund“ gelten soll, daß die Bestattung aus privaten Mitteln gesichert ist. — Der § 5, der grundsätzlich einen ausnahmslosen Selbstzwingung für die Leichen aller in öffentlichen Kranken-, Pflege-, Straf-, Korrektions- und Internatsanstalten verordneten einführt, wurde abgelehnt.

Die freiliegende Interpellation wegen des Falles Dr. Roth hat folgenden Wortlaut: „Ist die Entscheidung des Kreis-

hauptmanns zu Bauzen, durch welche der Wahl des Landtagsabgeordneten Dr. Roth zum Oberbürgermeister von Bautzen die Bestätigung verliegt wird, im Einvernehmen mit der königlichen Staatsregierung ergangen? Wenn nicht, billigt die Regierung die Nichtbestätigung Dr. Roths?“

Die Ergebnisse der Arbeitslosenzählung in Sachsen.

Offensichtlich infolge des sozialdemokratischen Antrags im letzten Landtag, Maßregeln wegen der Arbeitslosigkeit einzuleiten, hat die Regierung Erhebungen über die Arbeitslosigkeit im Lande veranlaßt. Über die Ergebnisse dieser Zählungen wird jetzt in einer Schrift Bericht erzielt, die das Statistische Landesamt verfaßt und dem Landtag zugesandt ist. Daraus ergibt sich, daß die Zählungen am 12. Oktober in den Jahren 1910 und 1911 vorgenommen worden sind. Zur Zählung wurden die Haushalte für die Einschätzung zu konzentrieren benutzt, die eine Spalte dafür enthielt. Über die Art der Ermittlung wird in dem Bericht noch folgendes mitgeteilt: „In die für den Beruf bestimmte Spalte der Haushalte hat jeder Arbeitnehmer den Namen, den Stand und den Wohnort seines Arbeitgebers einzutragen. Wer im Zeitpunkt der Steueraufnahme außer Arbeit ist, bemerkt dies entweder ausdrücklich oder er unterläßt die Eintragung eines Arbeitgebers. Arbeitslose Personen sind also daran erkennbar, daß zwar der Beruf, Alter usw. eingetragen, ein Arbeitgeber aber in der Berufsspalte nicht namhaft gemacht ist, oder es finden sich Angaben wie „außer Stellung“, „ohne Arbeit“, „arbeitslos“. Durch die Eintragung oder unterlassen Eingetragung in die erwähnte Spalte sind die arbeitslosen Personen festgestellt. Deren Namen wurden dann auf eine Zählkarte mit bestimmten Fragen übertragen und diese den Gemeindebehörden zugestellt, die sie auf Grund von Rückfragen bei den arbeitslosen Personen zu beantworten hatten. Die so ausgefüllten Karten sind dem Statistischen Landesamt wieder zugesandt und dort geprüft und verarbeitet worden.“

Ob diese Art der Zählung zweckmäßig ist, soll hier untersucht bleiben. Im übrigen wollen wir uns heute darauf befragen, die summarischen Angaben über die Arbeitslosenzählung in den zwei Jahren anzuführen. Daraus ergibt sich folgendes: 1910 waren 12440 Personen arbeitslos, davon gehörten 2877 dem weiblichen und 9563 dem männlichen Geschlecht an. 1911 wurden 12509 arbeitslose Personen ermittelt, davon waren 3101 weibliche und 9408 männliche. Von den aufgeführten arbeitslosen Personen waren 1910 infolge von Streiks und Aussperrungen 722 und 1911 1647 außer Arbeit. Eindeutlich der Streikenden und Aussperrten entstehen auf 1000 Einwohner 1910 2,6 und 1911 ebenfalls 2,6 Arbeitslose, auf 1000 männliche Einwohner entstehen 1910 4,1 und 1911 4,0 Arbeitslose, und 1000 weibliche Einwohner 1910 1,2 und 1911 ebenfalls 1,2. In einer Karta Tabellen sind die Arbeitslosen sodann nach Beruf und Alter sowie Dauer und der Ursache der Arbeitslosigkeit gegliedert.

Berden. Das Ministerium des Innern hat im Einverständnis mit dem Finanzministerium der Sächsischen Elektricitätsversorgungsgesellschaft, A.G., in Überlegung die Erlaubnis zur Anstellung geheimer Vorarbeiter für eine elektrische Straßenbahn von der Landesgrenze bei Fraureuth über Berden nach Krimmischau gegeben. Heute gestand Roth auch ein, dieser Tage an großen Wollschuppen der Plauener Baumwollspinnerei von Thüringen angesiedelt zu haben. Ferner hat Roth im vorigen Sommer während der Dürre den Waldbrand im Klosterforst bei Ostritz beseitigt, angelegt. Der durch seine sivile Handlungswelt angeregte Gerichtshof bringt über eine halbe Million Mark Rott als Schadens der Voruntersuchung wird Roth in das Bayreuther Landgerichtsgericht gebracht. — Einzelne aufgefundene wurden der 69-jährige Rentenempfänger Karl Röder aus Spremberg. Er starb in der Nacht von Sonntag zu Montag in einem Baggergraben und kam darin um. Früher stand man seine Leiche. — Auf dem Posthofdam in Leipzig wurden einem jungen Mann 5000 M., die er aufgezahlt erhalten hatte, gestohlen. Er wurde jedenfalls von mehreren Leuten in ein Gebäude gebracht, wobei ihm die 5000 M. aus einer Portefeuille entzogen wurden. Die Täter sind noch nicht ermittelt. — Im Krambuden der Krambudenstraße bei Borna wurde in der Nacht zum Sonntag der Arbeitshof von einem unbekannten Räuberwagen gegen die Stiedemannmauerung derart gequetscht, daß er auf der Stelle tot war.

Stadt-Chronik.

Geschichte des Gastwirts.

Noch den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs hat der Schulthei Roth und Haberlängigkeit der Voruntersuchung wird Roth in das Bayreuther Landgerichtsgericht gebracht. — Einzelne aufgefundene wurden der 69-jährige Rentenempfänger Karl Röder aus Spremberg. Er starb in der Nacht von Sonntag zu Montag in einem Baggergraben und kam darin um. Früher stand man seine Leiche. — Auf dem Posthofdam in Leipzig wurden einem jungen Mann 5000 M., die er aufgezahlt erhalten hatte, gestohlen. Er wurde jedenfalls von mehreren Leuten in ein Gebäude gebracht, wobei ihm die 5000 M. aus einer Portefeuille entzogen wurden. Die Täter sind noch nicht ermittelt. — Im Krambuden der Krambudenstraße bei Borna wurde in der Nacht zum Sonntag der Arbeitshof von einem unbekannten Räuberwagen gegen die Stiedemannmauerung derart gequetscht, daß er auf der Stelle tot war.

se aber abgeflöhlt wieder. Er traf wieder einen Schluß, ließ die Blätter dann liegen und bestätigte. Schon unterwegs wurde ihm über, zu Hause stellten sich Gebrechen und andere Krankheitserkrankungen ein. Der Kläger stellte fest, daß der Mann Schwefelather getrunken hatte. Wegen der Arzneifolgen erhob dieser Schadenerhöhung gegen den Wirt. Das Landgericht verneinte überhaupt den Rauschzusammenhang zwischen dem Genüß der Getränke und der Erkrankung des Klägers und wies die Klage ab. Das Oberlandesgericht stellte fest, daß die Erkrankung des Klägers auf den Genuß des angeblichen Sauerbrunnens zurückzuführen ist. Unmittelbar wies es aber den Kläger mit seinen Ansprüchen ab, indem es erklärte, daß er ein Verhältnis des Verlagens nicht nachgewiesen habe. Es sei nicht genau festgestellt, welche Gültigkeit sich in der Blätter beobachten habe. Von dem Nachweis eines Verhältnisses des Verlagens werde der Kläger nur dann frei, wenn er den Nachweis erbringe, daß ein ordnungsmäßiger Zustand vorgelegen hat, der tatsächlich verlebtsgeschäftlich war. Das Oberlandesgericht verneint, daß der Kläger einen solchen Nachweis erbracht habe. — Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision des Klägers führt aus, daß der Nachweis des Verhältnisses des Gastrwirts für den Gast jetzt erfordert sei und daß es fraglich sei, ob nicht aus dem Vertragshierarchismus ohne weiteres ein Verhältnis anzunehmen sei, wenn jemand in einer Gastwirtschaft ein giftiges Getränk als Erfrischungsgetränk erhalten. Denn der Gastrwirt könne bald nach dem Genüß die Spuren seines Verhältnisses vermeiden. Außerdem liegt aber die Verletzung eines Schutzgeistes, des Wettbewerbsgeistes, vor und somit ein Recht gegen § 823 B.G.B. — Das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichts aufgehoben und die Sache zur weiteren Verhandlung und Entscheidung an einen anderen Senat des Oberlandesgerichts zurückverweisen.

Die Rekrutierung von Studierenden.

Die Besteuerung von Einkommensvermögen.
Ein interessanter Steuerprozeß beschäftigte das Oberverwaltungsgericht. Die Allgemeine deutsche Kreditanstalt Leipzig, A.-G., unterhält in Dresden eine Zweigniederlassung und ist wegen des hierigen Gewerbebetriebes zur Gemeinde-Einkommensteuer herangezogen worden. Nach dem Dresdner Steuerregulativ erfolgt die Einschätzung nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre. Paragraph 11 bestimmt, daß, wenn sich ein Gewerbebetrieb nicht bloß auf den Gemeindebezirk Dresden erstreckt, sondern auch noch auf andere Gemeinden, in Dresden nur ein verhältnismäßiger Teil des Einkommens aus dem Betriebe zur Einkommensteuer herangezogen wird. Ferner wird in dem Urteilsgegenstand gezeigt, daß, wenn sich Sitz und Leitung des Gesamtbetriebes in Dresden befinden, in der Regel ein Zehntel des Gesamteincomings aus dem Gewerbebetrieb vorab hier in Anspruch zu nehmen ist (Präzipualquote). Und Paragraph 15, Absatz 1, lautet: Mit dem Rechte des Vermögenserwerbs ausgestattete Personenvereine, welche Überschüsse als Pfennigzinsen oder Dividende unter die Mitglieder und sonstige Bezugsberechtigte verteilen, sind ohne Rücksicht auf die Fortbauer der regelmäßigen Erwerbstätigkeit zurzeit der Veranlagung beitagspflichtig hinsichtlich der Beträge, die zur Verteilung an die Mitglieder, an Genussscheininhaber und sonst am Reingewinn Beteiligte, sowie zur Tilgung der Schulden oder des Grundkapitals, zur Verbesserung oder Geschäftserweiterung, sowie Bildung von Fonds aller Art Verwendung finden. Unter Beachtung dieser Bestimmungen ist die Firma für das Jahr 1910 nach einem steuerpflichtigen Einkommen von 666 594 M. in Klasse 402 zur Gemeindeeinkommensteuer in Dresden eingeschätzt worden. Eine hiergegen eingewendete Reklamation wurde vom Stadtrat zurückgewiesen, da eine nochmalige genaue Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens zu dem Ergebnis führte, daß das Einkommen der Reklamantin tatsächlich noch höher war, als man angenommen hatte. Das Oberverwaltungsgericht, das sich nun mit der Sache besessen mußte, hatte seinerzeit beschlossen, die Entscheidung auszusagen und sie den Parteien schriftlich anzustellen. Bevor es jedoch hierzu kam, zeigte die Klägerin, die sich in der Zwischenzeit wohl davon überzeugt hatte, daß sie bei der Veranlagung noch sehr gut gefahren ist, dem Senat an, daß sie ihr Rechtsmittel zurückziehe.

Ein Blick hinter die Kulissenwände

Am 12. Januar, dem Haupttage der diesjährigen Reichstagswahl verfügte sich der 39jährige aus Schlesien stammende Schuhmacher J. in das Wahllokal des 7. Bezirks auf der Bistoriustraße, um für seinen in Haft befindlichen Kollegen H. zu wählen. Das glückte ihm auch an diesem Tage. Nur sich selbst hatte er seiner Wahlpflicht schon in einem anderen Wahlbezirk genugt. Dasselbe verludte J. auch am Stichwahltinge. Diesmal wählte aber der Wahlvorstand besser auf, oder es war bekannt geworden, daß sich der im dortigen Wahlbezirk wohnende H. in Haft befindet. Das Vorhaben J.s wurde vereitelt. Neben die Motive seiner Handlungsweise gab er an, daß die Wahldlepper aller Augenblide zur Frau seines Freundes gekommen seien und die habe sich geniert, den Leuten zu sagen, daß ihr Mann in Haft ist. Einwas Strafbar sei er sich nicht bewußt gewesen, er habe sich nichts dabei gedacht. Das Gericht verurteilte J. nach § 108,2 des R.-St.-G. zu 2 Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß dieses Vergehen nicht ganz mild beurteilt werden dürfe. Der Angeklagte sei vielfach vorbestraft, habe auch seine Handlungsweise am Stichwahltag zu wiederholen versucht. Laut des angezogenen Paragraphen sei eine Bestrafung bis zu 2 Jahren Gefängnis möglich. Die Redensart des Angeklagten, er habe sich nichts dabei gedacht, sei Unstimm.

Hilfuntfernen.

Strukturamen.
Zur Förderung des Stillens gewährt die Stadt Dresden an stillende eheliche und uneheliche Mütter Geldbelohnungen, sogenannte Stillprämien. Diese Prämien sind keine Armenunterstützung, sondern sollen ein Ansporn für die Mütter sein, die Mutterpflicht des Selbststillens so lange als möglich zu erfüllen und die Vorteile des Selbststillens für Mutter und Kind kennen zu lernen. Die Prämien werden in der Regel mit je 15 M. nach drei und fünf Monaten Stillzeit vorzugsweise an erstmalig Stillende gegeben. Nur teilweises Stillen schließt die Gewährung nicht aus. Voraussetzung für die Bewilligung der Prämie ist außer der bestimmten Stilldauer, daß die Mutter die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt und während der Stillzeit und bei Beantragung der Prämie in Dresden wohnt, daß nach der wirtschaftlichen Lage der Mutter die Gewährung einer Stillprämie angezeigt erscheint, daß das gestillte Kind noch am Leben ist. Die Einkommensgrenze der Empfänger der Stillprämien ist auf 1100 M. beim Vorhandensein bis zu zwei unverheirateten Kindern und auf 1250 M. beim Vorhandensein von mehr als zwei unverheirateten Kindern festgesetzt.

worben. Der Antrag auf Stillprämien ist beim Fürsorgeamt, Sandhausstraße 7, 2. Geschöß, Zimmer 29 zu stellen. Er hat die wahrheitsgemäße Versicherung zu enthalten, daß die Antragstellerin zum ersten Male stillt. Als Nachweis über die Stilltätigkeit ist das Zeugnis eines städtischen Bleibkinderarztes oder eines Arztes des städtischen Säuglingsheims beizubringen. Außerdem sind der Einwohnermeldechein, die Geburtsurkunde des Kindes und der letzte Steuerzettel vorzulegen. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Stillprämien besteht nicht. Die einer Ehefrau gewährte Prämie ist als Ihr Sozialbelügut anzusehen. In besonderen Fällen kann die Gewährung der Prämie in Rauatalen erfolgen. Ausnahmen von den Bestimmungen bleiben der Entschließung des Fürsorgeamtes vorbehalten; insbesondere kann es in besonderen Fällen auch bei einem höheren Einkommen oder wiederholter Stillenden eine Prämie bewilligen.

Belohnungen des Arbeitsmarkts

Belämpfung der Schwindsucht.

Amtlich wird erneut auf folgende Bestimmungen hingewiesen. Jeder in Tribotankenställen, in Waffen-, Arment- und Siechenhäusern, sowie in Gast- und Logierhäusern, Herbergen, Schlafstellen, Internaten und Pensionaten vor kommende Erfranzungshall an Lungen- oder Rehkopfschwindsucht ist von dem behandelnden Arzte, wenn aber ein Arzt nicht zugezogen ist, von dem Haushaltungs- beziehentlich Anstaltsvorstande binnen 3 Tagen nach erlangter Kenntnis schriftlich bei den Wohlfahrtspolizeipräsidenten anzugeben. Wohnungnen, in denen Personen an Lungen- oder Rehkopfschwindsucht gestorben oder die von Personen, welche an solchen Krankheiten leiden, verlassen worden sind, müssen sans ihrem Inhalte einer Desinfektion unterworfen werden. Diese Desinfektion wird unter Aufsicht des Wohlfahrtspolizeiamtes von der Öffentlichen Zentrale für Desinfektion, Fabrikstr. 6 (Telephon-Str. 3475) ausgeführt. Art und Umfang der Desinfektion bestimmt der Stadtbezirksarzt. Hausbesitzer haben in ihren Häusern das Ausspülen auf Treppen und Fluren zu verbieten, entsprechende Bestimmungen in die Hausordnungen aufzunehmen, deutlich sichtbare Hinweise darauf an den Wänden der Treppenhäuser und Fluren anzubringen und in möglichst ausgiebiger Weise mit Wasser gefüllte Spüläpfel auf den Treppen und in den Fluren aufzustellen. Ebenso werden die Inhaber von Gast- und Schankwirtschaften sowie öffentlichen Sälen erachtet, das Gleiche zu tun. Weiter ist das Ausspülen auf Fußwegen und Kinderpielplätzen zu unterlassen. Einzelne Exemplare des vom Amtsgerichtlichen Gesundheitsamt herausgegebenen Tuberkulosemerkblattes, das dazu bestimmt ist, die Kenntnis von den Verbreitungswegen und von den gegen diese verderblichste aller Völkskrankheiten anzuwendenden Schutzmaßregeln den weitesten Kreisen zugänglich zu machen, werden in der Rathauswache und in den Bezirkswachen unentgeltlich an biesige Einwohner verabreicht. Die beiden Fürsorgestellen für Lungentranke (Dresden-Altfriedrich im Karolathaus, Eingang am Laubberg, und Dresden-Neustadt Kaiser-Wilhelm-Platz 1) geben unentgeltlich Spülfläschchen nebst den gut Unschädlichmachung des Auswurfs erforderlichen desinfizierenden Mittigkeiten ab. Der Inhalt der Spülfläschchen ist in die Körte zu entleeren.

Sitzung der Stadtverordneten am 18. April, abends 7 Uhr. Aus der Tagesordnung heben wir u. a. hervor: Anschluß des Italienischen Dorfchens und des Basteischlößchens an das staatliche Fernheizwerk; Bewilligung der auf die Hütchude an der Blumenstraße entfallenden, seinerzeit vorschriftsweise aus dem Betriebsvermögen bestrittenen Anliegerbeiträge zu den Kosten der Beleuchtung und Herstellung der Blumenstraße zu Lasten des Stammvermögens; Abschluß des Rates, betreffend das Gesuch des Bezirksvereins für die Vorstadt Streblen um Errichtung einer Bürgerhalle dafelbst; Verwendung des Schulhauses kleine Plauensche Gasse zu einem öffentlichen Spielplatz; Einrichtung einer Kronenpflegschule beim Stadtsrankenhause Johannstadt; Bewilligung einer Beihilfe von 1500 M. an den IV. Internationalen Kongreß für Kunstuunterricht, Zeichnen und angewandte Kunst zur Beschaffung von Wochräumen im Ausstellungsgroßstilfe; Beschaffung einer elektrischen Straßenmajdmaschine und einer Ladestation sowie eines Automobilspriegwagens nebst Güßtentilen; Anschaffung von Elektrizitätszählern; Haushaltspläne für die hierigen evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden; Errichtung von Berufsklassen in 15 städtischen Volksschulen, in denen im Sinne der Arbeitschule unterrichtet werden soll. — Hierauf

Unfälle. In bewußtlosem Zustande aufgefunden wurde am Montag nachmittag der 15 Jahre alte Barbierlehrling Walter F. in einem Barbierladen an der Romanzenz Straße. Es lag Rauchvergilbung vor. Der junge Mann wurde im Unfallwagen nach dem Krankenhaus Friedrichstadt gebracht. — Am Montag nachmittag wurde auf dem Leichenwege der drei Jahre alte Sohn eines aus der Mopstochstraße wohnhaften Lehrers von einem Brotwagen übersfahren und im Gesicht und am rechten Fußgelenk erheblich verletzt. Der Kutscher trug an dem Unglück nicht die Schuld. — Von einem Straßenbahnwagen der Linie 7 fiel in der Nacht zum Dienstag in Altona der Straßenbahnschaffner Anton Dembny. Er hatte beim Anbremsen einer elektrischen Glühlampe einen elektrischen Schlag und dabei innere Verletzungen erlitten, so daß er nach dem Krankenhouse befördert werden mußte.

Bergifstet. Durch Feuchtigkeitsbergiftet wurde im Hause Reichenbachstraße 69 der Niemypnergehilfe Emil Schneider aus Neuburg aufgesunden. Er wurde im Unfallwagen nach dem Krankenhaus gebracht und verstarb noch während des Transportes.

c, festgestellt.

Aus der Umgebung.

Obergörbitz. Am 13. April fand im Gasthof Reichschmied, Obergörbitz, eine öffentliche Gemeinderatsitzung statt. Unter Mitteilungen wurde u. a. bekanntgegeben, daß der Hauseigentümer Kritischa die ihm von der Gemeinde wegen seitligestellter Bezeichnung zugestellte Rechnung über 253,93 M. mit einem Begleitschreiben an die Gemeinde zurückgegeben habe aus dem hervorgeht, daß Kritischa die Fortsetzung der Gemeindemitgliedschaft nicht anerkennt. Aus dem Schulvorstand schieden ordnungsgemäß drei Mitglieder aus, die zum Tell eine Wiederwahl ablehnten. Gewählt wurden die Herren Raupach mit 11, Heinrich mit 10 und Rieke mit 7 Stimmen. Beschlossen wurde, dann

fundene Einwohnerversammlung zur Verlesung. In der Ze.
botte polemisierte Herr Richter gegen die Verschmelzung der
Gemeinden und stellte Behauptungen auf, die, wie ihm von
unseren Vertretern entgegengehalten wurde, jeder Grundlage
und jedes Beweises entdeekten. Es wurde, um den Herren
Gelegenheit zu geben, nachzuweisen zu können, was ihrer Me-
nung nach gegen die Verschmelzung spricht, von unserer Seite
der Antrag gestellt, vor der endgültigen Abstimmung dieser
Resolution die Angelegenheit dem Finanz- und Verfassungs-
ausschuss zur Prüfung zu überweisen. Gegen diesen Antrag
wendete sich wiederum Herr Richter. Der Antrag wurde dann
mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt. (Das recht sonderbare Ver-
halten mancher Vertreter werden wir in einer dazu eigens
einberufenen Versammlung den Einwohnern mitteilen. D. B.)
Weiter wurde noch der Umbau der Kapelle genehmigt
und beschlossen, einen hiesigen Grundbesitzer nochmals aufzu-
fordern, seine Straße sofort in Ordnung zu bringen, da diese
in dem jetzigen Zustande eine Gefährdung des Passanten und
Anwohner bedeute.

Lollewitz. Der Kutschere Oßwald Riem, beschäftigt beim Gärtnereibesitzer Hauber, war am Sonntag früh mit seinem Gesicht, schwer mit Bäumen und Sträuchern beladen, von Schweizermühle weggeschafft und sollte am Kochmühlweg in Lollewitz eintreffen. In Mügeln, unweit des Rathauses, saßte Riem von dem jirsta zwei Meier hohen Kutscherbord herab und der Wagen ging über ihn hinweg. Schwererleg: blieb er liegen, während die Pferde führerlos weiterfuhren und erst durch einen nachgesandten Boten in Sicherheit gebracht wurden. Der Kutscher wurde aufgehoben und nach der Polizeiwache in Mügeln gebracht, wo ein herbeigerufener Arzt die erste Hilfe erzielte und die Ueberführung nach dem Johanniter-Krankenhausje Dohna-Heidenau anordnete. Dem Schwerverletzen war der rechte Unterschenkel total vermalet, auch sollen einige innere Verletzungen zu konstatieren gewesen

Leuben. Wegen Reinigung der Geschäftsräume bleibt das Gemeindeamt und das Standesamt Montag und Dienstag den 22. und 23. April für den gewöhnlichen Verkehr geschlossen. Dringende Geschäfte werden an beiden Tagen in der Zeit von 11 bis 12 Uhr vormittags erledigt. Das Standesamt ist zu derselben Zeit nur für Anmeldung von Totgeburten und Sterbefällen geöffnet.

Vorgetragen und überarbeitet geworden.

Bannwitz. Nach jahrelangem Kampfe unserer Genossen im hiesigen Gemeinderat ist es endlich gelungen, den Antrag die Gemeinderatsitzungen öffentlich abzuhalten, zur Annahme zu bringen. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde der Antrag erneut von unseren Genossen gestellt und schließlich mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. Bedenkt man, daß im vorigen Jahr nur 4 Stimmen für den Antrag zu haben waren, so ist zu konstatieren, daß ein ganz wesentlicher Um- schwung in der Meinung des Gemeinderats eingetreten ist. Die übrigen Punkte der reichhaltigen Tagesordnung wurden verhältnismäßig glatt erledigt. Der Beitritt zum Verein Heimathaus wurde abgelehnt, da der Jahresbeitrag von 20 M. zu hoch erschien, wenn auch nicht verkannt wurde, daß die Bemühungen dieses Vereins gute sind. Abgelehnt wurde auch der Beitritt zum Verein Krüppelhilfsorge Deutschlands, da bereits für den Verein Krüppelhilfe jährlich 10 M. leistungsfähige Unterstützung gegeben wird. Genosse Thomas gab noch Aufklärung über die unvermeidliche Erhöhung des Wasserzinses und sprach den Wunsch aus, daß diese Erhöhung nicht etwa zu einer allgemeinen Mietzinssteigerung führt. Jeder Einwohner muß sich bereit erklären, dem Verhältnis entsprechend

Laubegast. In der letzten öffentlichen Gemeinderatssitzung teilte der Vorsitzende mit, daß durch ministerielle Verordnung die Sparklasseneinlagen für einen Spater 5000 R. nicht überschreiten dürfen. Gegen die Stimmen unserer Ge- nossen wurden, einem Wunsche des Ministeriums entsprechend, 60 R. für Abänderung der Schuhmannsuniformen bewilligt. In der Angelegenheit der Errichtung eines Kunsteinbetriebs sollen nochmals Erhebungen angestellt werden. Es lag dazu der Einspruch einiger Hausbesitzer vor, die durch die Genehmigung eine Belästigung ihrer besseren, steuerpflichtigeren Mieter erblickten. Merkwürdigweise hatten diese Leute gar keine Ahnung von einem Kunsteinbetrieb, wie in der Sitzung festgestellt wurde. Aber die Hausbesitzerrepräsentationsinteressen geben den Herren über ihre Mittelhandsfreundlichkeit. Einige Haushaltsangehörige wurden ebenfalls erledigt.

Potschappel. Dienstag abend gegen 8 Uhr raste an der Ecke Baumeroder und Tharandter Straße ein Postautomobil der Firma Gebrüder Braun, Plauen, mit großem Krach gegen einen von Dresden kommenden Straßenbahnwagen. Der letztere wurde stark beschädigt. Personen fanden nicht zu Schaden. Die Polizei ermittelte.

Wabernau. In seiner letzten Sitzung beschloß der Stadtmünderat, an Herrn Paul Grohmann die an sein Grundstück grenzende Parzelle für den Preis von 1100 M. zu verkaufen. Weiter lag die Zeichnung für das dritte von der Stadt zu bauende Wohnhaus vor. In dasselbe wird die Städtische Hochschule mit eingebaut und sollen zum Wettbewerb 4—5 Baumeister herangezogen werden. In Wasserleitungssachen teilte der Vorstige mit, daß nunmehr die um erweiterungen von der Amthauptmannschaft Dippoldiswalde genährt würden. Die Firma Voit-Dresden bei einem Schluß auf Zulassung von Hohenlohe-Zinkdröhren für Wasserleitungen von sachmännischer Seite wurden aber Bedenken geäußert und das Kollegium beschloß, in der Angelegenheit eine abwartende Stellung einzunehmen. Eine längere Ausprache ist seit einem halben Jahre im biesigen Bezirk ange stellt, bei aber in dieser Zeit so wenig Geburten, daß es unmöglich ist, von dem Einkommen zu leben. Das wurde auch von allen Seiten anerkannt und es soll ihrer Röndigung mit Genehmigung des Bezirksarztes entzogen werden. Wegen Anstellung einer anderen Hebammie soll der Bürgermeister mit dem Bezirksarzt in Verhandlung treten. Ueber den bestallten Erloß des Ministeriums in Sparkassenlachen, der die Erhöhung der Einlagen von 3000 auf 5000 M. bestimmt, wurde ein Nachtrag zur Sportkassenordnung beschlossen. Weiter beschloß der Gemeinderat noch, die freiwillige sowie die Pflichtversicherung bei dem Gemeindeversicherungsverband zu doppelter

Dippoldiswalde. In der letzten Stadtverordnetenversammlung vom 12. April nahm das Kollegium Kenntnis von einem Schreiben des akademischen Rates zu Dresden wegen Aufstellung eines Bierbrunnens auf dem Matzplatz. Zur Bearbeitung eines Projektes siehe die Wissenschafts- und Erziehungs-

hat der Rat einen Vertrag mit Herrn Ingenieur Franke-Dresden abgeschlossen. Projektiert ist, das Wasser dem langen Grunde bei Nipsdorf zu entnehmen, wozu jedoch die Genehmigung noch aussteht. Das Kollegium tritt schließlich dem Vertrag gegen 2 Stimmen bei. Der Antrag auf Vermehrung des Handarbeitsunterrichts an der Bürgerschule rief eine längere Debatte hervor. Der Schulausschuss schlug vor, den Handarbeitsunterricht, der wöchentlich 2 Stunden beträgt, für die Mittelklassen um eine halbe Stunde zu kürzen. Die Veranlassung dazu ist, kurz gesagt, Geldmangel. Durd, die erhöhte Mädchenzahl ist eine Vermehrung der Unterrichtsstunden notwendig. Dadurch würde aber die Grenze erreicht, wo die Handarbeitslehrerin fest angestellt werden muss. Hieraus entstehen aber Mehrausgaben, die im Haushaltplan nicht vorgesehen sind und bei der scharfen Anspannung desselben auch nicht gemacht werden können. Deshalb ist man auf obigen Ausweg verfallen. Nicht mit Unrecht wurde gesagt, daß die in dieser Weise erfolgte Erledigung die Schaffensfreude herabmildern müsse. Nächstes Jahr soll dieser Zustand beendet werden. Das dem Kollegium schon einmal vorgelegene Wasserzisternhgesuch wird nun in der vom Rote vorgeschlagenen Weise genehmigt. Einem Gesuch des Herrn Baumeister Fritsch um läufige Überlassung eines städtischen Flurstücks stimmte man insoweit zu, als jegi von diesem Flurstück nur die Hälfte abgetrennt wird und für den anderen Teil diesem Herrn das Vorlaufrecht auf drei Jahre zusteht. Der letzte Punkt der Tagesordnung, Abrechnung über den Schulbau, rief ebenfalls eine längere Debatte hervor. Die endgültige Abrechnung lag vor und wiesi eine Mehrforderung des Bauausführenden von circa 5000 bis 6000 M. auf. Begründet wurde dies mit den im Plan nicht vorgesehenen Umbauten und Mehrarbeiten. Da aber von dem die Oberaufsicht über den Schulbau führenden Baurat ein gegenteiliges Gutachten vorlag, ersuchte das Kollegium den Rat, mit Herrn Ritsche nochmals zu verhandeln. Hierauf geheime Sitzung.

Reichenberg. Am Montag abend ist in der Nähe der hiesigen Bleigießerei an einem aus Kötzschenbroda stammenden Dienstmädchen ein Sittlichkeitsattentat verübt worden. Das junge Mädchen hatte den Unbekannten nach dem Wege nach Bahnsdorf gefragt, worauf der Mann mit Absicht einen falschen Weg einschlug, um sein Verbrechen ausführen zu können. Er ist ungefähr 35 Jahre alt, mittelgroß, hat blaßes Gesicht und dunkelblonden Schnurrbart. Bekleidet war er mit blauem Anzug, dunkelgrauem Liebeszweier und kleinem grünfarbigem Hut. Man vermutet, daß der Täter aus hiesiger Bevölkerung stammt.

Gerichtszeitung.

Digitized by srujanika@gmail.com

Der falsche Geschäftsführer. Kaufmann Wilhelm Franz Kettlitz aus Schönhausen, der die Aufsagebank besaß, war früher Bürsche und hat ein äußerst gewandtes Auftreten. Auf Grund der in dieser Stellung erlangten Geschäftserfahrung verübte er seine Beträgerreien. Er reiste in allen Landen umher, besuchte in den Städten die Spediteure und Kaufleute und bei denen er sich als Geschäftsführer irgend eines bekannten Büros vorstellte. Weiter teilte er mit, daß das von ihm vertretene Unternehmen in nächster Zeit in bieger Stadt eintreffen würde und solch Verträge ab über zu leisende Fuhren oder über Lieferungen von Stroh, Heu und Rüttel. Nachdem er seinen Opfern auf diese Weise ein schönes Geschäft in Aussicht gezeigt hatte, bemerkte es plötzlich, daß er „gerade kein Geld bei sich hatte“, aber doch etwas bezahlen müsse. In Aussicht auf den wissenden schönen Verdienstreden ihm dann auch die besuchten Geschäftleute das gewünschte Darlehen vor. So hat er in bieger Gegend in den ersten Tage des August vorigen Jahres in fünf Fällen 10 bis 50 M., im ganzen 290 M. erhalten. Am 8. August wurde er in Weihen verhaftet. M. ist am 2. März vom Landgericht Halle wegen der ganz gleichen Schwindelaktion zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das hiesige Landgericht hob dieses Urteil auf und erkannte auf eine Gesamtstrafe von 2 Jahren 6 Monaten 3 Wochen, 900 M. Strafe oder weiteren 120 Tagen Juchthaus und 3 Jahre Ehrenstrafverlust. M. wird noch von mehreren Gerichten behaftet. Urteilnahme derselben Beiträgerreien verlangt.

urteilung derselben Beitrügereten verlangt.
In einem hiesigen Zahlungsbüro war der 38jährige Ern.
Otto Reigner als Buchhalter beschäftigt. In der Zeit von
Anfang April bis Ende Juli hat er daselbst mindestens 40 Anglä-
und Lieberzieher gestohlen und von seiner Frau bei hiesigen Banken
leihen vergeben lassen. In demselben Geschäft war auch der
40jährige Kaufmann Oskar Siegendorf als Buchhalter eingestellt.
Reigner kam mit seinem Gehalte nicht aus und hatte vor der ihm
anvertrauten Geschäftsstelle gegen 500 M. unterschlagen. Ende
Juli glaubte sich A. entdeckt, verlor seine Stellung und begab sich
nach Berlin. Zur gleichen Zeit fiel es dem die hiesigen Staatsanwaltschaften
revidierenden Kriminalbeamten auf, daß die Frau M. so viel neu
Kleidungsstücke verpfändete. Die M. ist eine vielfach mit Gefängnis-
und Justizhaus verwechselte Person und steht unter polizeilicher Be-
obachtung. Da A. um diese Zeit Dresden verlassen hatte, gab
Reigner an, er habe die Angläe und Lieberzieher für A. ver-
kauft, versehen lassen. Das hatte zur Folge, daß A. in Berlin wegen
Diebstahls resp. Unterschlagung verhaftet wurde. Auf der An-
klagebank mußten nun das R.che Ehepaar und A. Platz nehmen.
In der Voruntersuchung hatte A. bezüglich der Diebstähle stets seine
Unschuld beteuert und behauptet, nie dem M. den Auftrag zum Ver-
kaufen von Waren gegeben zu haben. Dasselbe tat er auch in der
Hauptverhandlung. Bezüglich der Unterschlagung von circa 500 M.
war er von vornherein geständig. M. gestand erst in der Haupt-
verhandlung, daß er A. blöder falsch angeklagt hatte und nach
bezüglich der Diebstähle unter Jureiden seiner Frau die Schuld an-
nahm. Die Frau war wegen gewerbsmäßiger Heilerei angeklagt. Sie
befruchtet vom Strafbaren Erwerb der von ihr vergebenen Gegenstände
Kenntnis gehabt zu haben. Als sie aber das Gegenteil auf Grund
ihres Aussagen nachgewiesen wurde, fiel sie in Krämpfe, und die
Verhandlung mußte unterbrochen werden. Das Urteil lautete: M.
wegen Diebstahls auf 8 Monate Gefängnis und 3 Jahr
Gehrenrechtsverlust. Die gleiche Strafe erhielt Frau M. wegen ei-
scher Heilerei. A. erhielt 6 Monate Gefängnis und 2 Jahr
Gehrenrechtsverlust wegen Unterschlagung. Bei ihm wurden 6 Wochen
auf die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet.

—**सामाजिक विद्या**—

Hungerlähne als Ursache der Kriminalität. Wegen Viebstahl
hatte sich der 19 Jahre alte Schreiber Emil Ernst Horn
verantworten. Sein ehemaliger Lehrer nimmt an der Verhandlung
als Zeuge teil. Der Angeklagte hat ursprünglich in einem riesigen
Hotel Küchen gekannt und ist in der Leute einmal gestutzt. Als
ausgeleert hatte, war er als Küchen in der Schweiz und in Frankreich
in Stellung. In der Schweiz wurde er durch einen weiten Streifzug
abermaß erheblich verletzt und konnte infolgedessen seinen Beruf nicht
mehr ausüben. Er wurde Schreiber und fand hier bei der Bahn
oder u. Kirchen gegen ganze 30 M. Monatsgehalt Stellen.
Davon mietete er seine Wohnung und seinen gesamten Lebensunterhalt
bestreiten. Es ront dann klar, doch er mit diesem Sohn nicht auskommen
konnte. Die versprochene Gehaltsaufzersetzung blieb auch aus. W
er einmal an dem Palte des Proletarien etwas zu tun hatte und da
wollt essen fand, entwendete er daraus einen kleinen hundertmarkigen
Der Verlust wurde sofort entdeckt, der Schein kam aber nicht zur Sicht,
denn d. hatte ihn im Blauenfutter versteckt. Einen Teil des Geldes
versteckte er für sich, den gehörten Teil aber verschwendete und verlor

er. Die Firma hat von dem Gelde nichts wieder gegeben. Außerdem hat der Angeklagte einige Suppenkübel und eine Flasche Mundwasser entwendet. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß den Angeklagten zu dem Diebstahl veranlaßt, erkannte das Gericht auf 2 Monate 1 Tag Gefängnis, wovon 2 Wochen als nachlädt gelten.

Gesetz wird Unforn Der Kaufmann Eduard Kost ist prinzipsieller Impfgegner, und da er eine zahlreiche Familie hat, mußte er schon Tausende für Strafen und Gerichtskosten bezahlen. Jedes Jahr erhält er eine neue Aufforderung, seine Kinder impfen zu lassen, und da ihm keine Überzeugung verbietet, diesen Aufforderungen Folge zu leisten, droht es jedesmal Strafverfügungen. Auch jetzt erhält er wieder vier Strafverfügungen über je 50 M. (die Höchststrafe), eine solche über 40 M. und eine über 20 M. Da er wegen dieser Kinder schon bestraft ist, beantragte er richtliche Entscheidung. Er stützt sich auf den Rechtsgrundbegriff, daß man wegen ein und derselben Handlung nicht zweimal bestraft werden kann. Verschiedene Oberlandesgerichte haben auch in diesem Sinne entschieden. Das sächsische Oberlandesgericht steht aber auf einem anderen Standpunkt. Das Schöffengericht ermäßigte die Gefamnistrafe nur auf 220 M. (von 260 M.), indem es die vier auf je 50 M. lautenden Verfügungen auf je 40 M. herabsetzte.

Denkmalische fallen der 1896 in Stuttgart geborene Baufmann

Pensionsdiebe sollen der 1888 in Stuttgart gesetzte Raubmord Gustav Richard Ihle und der 1893 in Frankreich geborene Maurice Francois Chiffion sein. Beide befanden sich in Untersuchungshaft, weil sie am 28. Februar gemeinschaftlich in der Fremdenpension Thieme in mehreren unverschlossenen Zimmern Diebstahl verübt haben sollen. Weiter wird vollendet und verschuerter Betrug darin erblickt, daß sie zahlreiche Personen um Darlehen angingen und diese vorstohlendelten, sie wollten nach Belgien und dort den französischen Raum aufsuchen. Da Chiffion die deutsche Sprache nicht mächtig ist, wohnt Professor Geyer der Verhandlung als Dolmetscher bei. Die Angeklagten bestreiten entweder jede Schuld, insbesondere den ihnen zur Last gelegten gemeinschaftlichen Diebstahl. Der Angeklagte Ihle behauptet bezüglich des Betrugs ferner, Ch. habe ganz im Gegenteil den betreffenden Personen angegeben, daß er sich in Not befindet und nicht weiter könne. Ch. habe Geld aus der Heimat erwartet und eine Rückzahlung der Darlehen versprochen, aber seine bestimmte Zeit genannt. Im Laufe der Verhandlung stellte das Gericht fest, daß Ihle zweimal wegen Diebstahl vorbestraft ist. Es liegen infolgedessen bei ihm die strafhärtesten Voraussetzungen des Rückfalls diebstahls vor. Das Schöffengericht erklärt sich aus diesem Grunde für unzuständig und verweist die Sache zur Aburteilung an die Staatsanwaltschaft. Der Franzose Chiffion beschwerte sich über seine Behandlung in der Untersuchungshaft. Man habe ihm keine guten Bücher gegeben, wie er verlangt hatte. Der Vorsitzende verweist ihn an die Gefangenenspermalung.

Unerlaubte Selbsthilfe. Die Ehefrau des Fleischergesellen Friedelich Wilhelm Klaus unterhält mit dem Arbeiter Pritsche eine Liebesverhältnis. P. ist selbst verheiratet und seine Frau leidet unter seiner Untreue ebenso sehr, wie Klaus unter der falschen Ehefrau. Frau Pritsche kam weinend zu Klaus und bat ihn um seine Unterstützung bei der Wiedergewinnung ihres Mannes. Kl. wendete nun zur "Rettung" seines Nebenbuhlers ein zu radikales Mittel an. Er nahm das P. einmal vor und verordnete ihm nach allen Regeln der Kunst mit einigen Beulen am Kopf, die ihn zwei Tage arbeitsunfähig machten schickte Klaus den P. zu seiner Frau zurück. Da Kl. bei einem Spaziergang verunreinigte, hatte er sich wegen gesichtlicher Schweißverlebung zu verantwoorden. Dem Angeklagten waren, nach Rücksicht auf seine berechtigte Erregung über P. und auf seine ausländischen, die er mit der Prozedur beschloß, in weitestem Maße berücksichtigende Umstände zugestimmt worden, wenn er nicht schon ein Mal wegen Schweißverlebung vorbestraft gewesen wäre. Im W. betracht all dieser Verhältnisse erkannte das Gericht auf 1 Woc

Zweckelhaft war die Schuld des Gärtnereibüfleins Anton Kilia der sich wegen Diebstahls zu verantworten hatte. Der bisher nicht vorbereitete Angeklagte soll beim Wechseln seiner Stellung einen Gärtnereiklempner die Arbeitskasse im Werte von 150 M. gestohlen haben. Er bestreitet den Diebstahl und will die Höhe nur aus Weichen mitgenommen haben. Für seine Behauptung sprechen verschiedene Argumente. So hat er dem Schuhmann gegenüber die gleichen Angaben sofort gemacht, als dieser bei ihm bausuchte und hole stand. Das Gericht hielt das Verständigungsverbringen des Angeklagten aber für eine Ausrede und verurteilte ihn zu 3 Tagen Gefängnis.

Mehr Würdigung der gewerkschaftlichen Arbeit

Und was die Hauptfache ist: Unsere ganze Aufklärungs- und Agitationarbeit muß von der Käficht beherrschend sein, um Verständnis für die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes zu werben und eine objektive Würdigung seiner Ergebisse zu gewährleisten, damit die Organisationen nicht gerade dann verfangen, wenn von ihrer Seite nicht mehr oder nur alles abhängt.

seit nicht weniger als alles abhangt.

„Nun würde man aber doch sehr gehen, wenn man glaubte, die jene Verfehlung des gewerkschaftlichen Wesens, in der ich die Sachen der zerrüttenden Disziplinloskeiten sehe, nur bei den Gewerkschaftsmitgliedern zu suchen wäre, die erst seit kurzer Zeit organisiert sind oder die im gewöhnlichen Lauf der Dinge abschiss vom Organisationsleben ließen. Jeder Praktiker weiß, daß die Träger und Führer jener Disziplinlosigkeit nicht selten solche Mitglieder sind, denen beides nicht guttut, die vielmehr eine langjährige Tätigkeit in den Gewerkschaften hinter sich haben. Man muß schon weit-

in der Arbeiterbewegung hinter sich haben. Man muss nun noch ausholen, wenn man hierfür eine Erklärung finden will.

In der Arbeiterbewegung, soweit sie dem Geiste des Klassenkampfes beherrscht wird, vollzieht sich seit Jahren eine geistige Umwandlung. Wenn man früher, im Regierungskreise des ersten Erkennens, das natürliche Ziel der Arbeiterbewegung, die Aufhebung der Klassenherrschaft, in kurzer Zeit, vielleicht durch eine gewollte Kraftentfaltung, zu erreichen glaubte, so erkennt man nun, und ganz in um so größerem Maße, als man die gegnerischen Kräfte in ihrer Realität unmittelbar vor sich sieht und sich mit dem Willen abmüht, den sie uns entgegensetzen, daß die Errichtung dieses Ziels mit dem Ergebnis einer Entwicklung sein kann, die sowohl durch unser tätiges Wirken wie durch das Prinzip des ökonomischen Fortschritts in der Gesellschaft bestimmt wird. Diese geistige Umwandlung geht aber nur sehr langsam vor sich und erfordert nachgemäß zweck die Kräfte, die in dem ökonomischen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit eine leidende Tätigkeit ausüben und infolgedessen die Entwicklungslinien dieses Kampfes erkennen und geistig verarbeiten. Andererseits zwinge die Festigkeit der sozialen Tatsachen die Organisationen, ihre Einrichtungen und ihre Praxis den realen Verhältnissen anzupassen. So kommt es, daß diese geistige Umwandlung innerhalb der Arbeiterbewegung weit mehr in der den Rotfrontkämpfern folgenden Praxis der Organisationen als im Bewußtsein der Organisationsmitglieder zum Ausdruck kommt. In der Praxis dient wie fest, dauerhafte Organisationen, rechnen wie nüchtern auf Zeiträume mit der Fortdauer der bestehenden Wirtschaftsordnung: in Statuten unserer Verbände ist die Steigerung der Unterstüzung auf zweijährige Jahre voraus berechnet, in der jetzt in der Bildung "Arbeitsgemeinschaften" rechnen wir mit Menschenaltern; aber

artisten „Wolfsfürsorge“ kommen wir mit Menschenwürde, aber Bewusstsein fehlt großer Mitgliederkreise liegt der große Tag längsten Gerichts und der endgültigen Erledigung sozusagen in Aussicht — eine große Massenaktion, und der Klassenstaat liegt am Boden. Die Kämpfer formen sich freilich durch eine ihnen

seine Trümmer aber formen sich zugleich, durch eine neuen wohnende Kraft bewegt, zur neuen Gesellschaft zusammen.
Dieser Übergangsraum zwischen der Auflösung einer gliederteile von der Neugestaltung des sozialen Wesens einer und der uns durch die tatsächlichen Zustände anderseits aufgenötigte Brücke ist der Grund, auf dem die meisten Konflikte entstehen. Erfüllt verständlich bedarf es dazu eines materiellen Anlasses. Die Mitglieder leben, doch das Ergebnis der Bewegung ihre Schwierigen nicht befriedigt. Ihre Ansprüche nicht oder nicht voll erfüllt. Sie hören wohl die Beteuerungen der leitenden Kollegen, daß Fortführung der Bewegung an diesem Ergebnis nichts zu Gunsten andern würde; aber sie glauben dem nicht, weil sich

starkes Bedürfnis nach einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen gegen diese Annahme straubt. Sie vernehmen den Rat der leitenden Kollegen, die wertvollen Kräfte der Organisation nicht zwecklos auf Spiel zu legen, weil man sie noch anderweitig oder zu anderer Zeit brauche; aber sie lehnen diesen Rat ab, weil er ihnen in Unbetracht ihrer möglichen Lage ungerechtfertigt erscheint. So ist es natürlich, daß materielle Bedürfnisse der Mitglieder, daß der Annahme des vorliegenden Ergebnisses widerstrebt, aber — und das ist das entscheidende — daß materielle Bedürfnisse nicht hier als eine durch feine Erwägungen der praktischen Vernunft berechelte, rohe Kraft, die darum gegen sich selbst wirkt, die gesetzet, statt positive Werte schafft. Die Ungesriedenheit mit dem Gegenwärtigen, dieser alte Wunderstab der Menschheit, an dem sie Stufe um Stufe emflossen, muß gelenkt werden durch das vernünftige Abwagen, wie weit die Kräfte reichen durch die Erkenntnis, daß auch der weiteste Weg aus einzelnen Schritten besteht. Die Vernunft muß verhindern, daß sich die Neuerungen der Ungesriedenheit gegen die eigene Organisation richten, denn sie ist für uns die Quelle aller Kraft.

Wer die Neugestaltung des sozialen Wesens in jenem wirtschaftlichen Richte sieht, kann die gewerkschaftliche Arbeit nicht ihrer nördlichen Bedeutung entsprechend würdigen. Er sieht in ihr eine Arbeit des Tages für den Tag, die bald durch die große allgemeine Erlösung überflüssig geworden sein wird. Er sieht in ihr nicht das unablässige Schichten von Stein auf Stein, das in seiner Mehrung die Macht des Proletariats die notwendige Voraussetzung der sozialen Umgestaltung ist. Er sieht in der gewerkschaftlichen Organisation lediglich ein Hilfsmittel für die bald überflüssig werdenden Lohnbewegungen, nicht die hohe Schule des Proletariats, in der es sich die Fähigkeiten zur Verwaltung des öffentlichen Wesens aneignet, man es sich übt in der Vertätigung eines edlen Solidarismus, damit gleichsam neue Menschen schaffend, wie sie eine neue Gesellschaft verlangen. Er sieht in dem Vertragstreten nur eine Sicherung gegen den Wortsbrauch der Unternehmer, die darum überflüssig wird, sobald wir durch die Kunst des Arbeitsmarktes das Heft in den Händen haben; aber er sieht in ihm nicht die neue Form des Arbeitsvertrages, die den Arbeitsvertrag aus einer Sache der Einzelindividuen zu einer Angelegenheit des organisierten Werks macht und damit das Prinzip des sozialen Rechts in die Wirklichkeit einführt; er sieht nicht, wie durch die Ausbreitung des Tarifvertragswesens ein großartiger Prozeß der gewerkschaftlichen Organisation eingeleitet wird, der die kapitalistische Willkür und Anarchie verdrängt und Zwischenmenschlichen und Planmäßigkeit in die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen treibt. Er sieht in der errungenen materiellen Verbesserung nur die Augenblickliche — manchmal auch nur die Unterkünfte für eine rechnerische „Nachweis“ der Sisyphusarbeit —, aber nicht das Bleibende, das Jahr um Jahr wiederkehrt und die materiellen, intellektuellen und ethischen Kräfte des Proletariats steigert.

Man braucht sich nur die hier zwar in aller Knappheit, aber doch hervorragend deutlich gegenübergestellten Auffassungen vor Augen zu führen, um einzusehen, daß eine Vertiefung unserer gesamten Ausbildung- und Agitationsarbeit in dem hier skizzierten Sinne den Ausdauer und Geschick den Erfolg haben müßte, um die Uebertreibung der so schwer empfundenen und gefährlichen Niedel zu erleichtern. Wobei ich jedoch gleichzeitig bemerke, daß ich durchaus nicht der Meinung bin, alles gefragt zu haben, was zu der von der Redaktion im Rahmen eingeschloßnen Frage zu sagen wäre. Es ist nur ein Verlust zur Klärung beizutragen — nichts weiter.

Die vom Genossen Winnig besprochenen Tatsachen beleuchtet in interessanter und nach unserer Meinung durchaus zutreffender Weise die Ursachen mancherlei Konflikte in der Gewerkschaftsbewegung und eine Diskussion dieser Fragen in allen beteiligten Kreisen ist der Arbeitersinnung nur von Nutzen sein können.

Was die allgemeine gegen die politische Arbeiterpresse erhoben
Vorwürfe anlangt, so müssen wir deren Bedeutung, soweit uns
Blatt in Frage kommt, entschieden ablehnen. Wie glauben Anspu-
daraß machen zu können, zu den auslauchenden gewerkschaftlichen
Progen stets in der ob' elstiven Weise Stellung genommen zu haben?
Wir haben auch den Gewerkschaften, ihrer Meinung, ihre Zahl
und ihren Einrichtungen stets volle Gerechtigkeit widerfahren lassen.
Allerdings haben wir wiederhol't, und werden das auch im
Kunst tun, die Erscheinungen und Vorzüglichkeiten im Gewerkschaftsgebiet
die nach unserer Ansicht den Interessen der allgemeinen
Arbeiterbewegung entgegenstehen oder die
schädigen, in zwar sachlicher aber feindseligster Weise besprucht
und ebenso kritisirt. Wie gestehen dieses Recht selbstverständl.
im entgegengesetzten Fall den Gewerkschaften und ihrer Presse eben

Elfter Verhandstag der Dachdecker

16. März

1. Nürnberg, 16. April

Am heutigen zweiten Verhandlungstage wurden die Befehle über die Taxisverträge eingegangen. Reichstagsabgeordneter Genoss Hoch-Hanau sprach als erster Redner die juristische Seite des Taxisvertrages. Er verwies auf die sich vielfach widersprechenden Rechtsprechung und die Widersprüche in der Gesetzgebung selbst. Bereits konnten die Taxisverträge in der Gesetzgebung noch wenig bestmöglich werden. Die Entwicklung der Taxisverträge ist im ständigen Fluss, und es wäre in diesem Stadium der Entwicklung gar nicht einmal ratsam, wenn die Gesetzgebung einzelnen würde. Erstens von den heutigen Mehrheitsparteien kaum zu erwarten, daß sie Greifenden Arbeitern zum Nutzen gereichen würde, und zum anderen ist die Frage für die Gesetzgebung noch viel zu wenig geklärt, als daß sie schon jetzt allen gerechten Ansprüchen nachkommen könnte. Diese mit der größten Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall aufgenommene Befehle folgte ein weiteres des Kollegen Bierbaumring-Röder über die Taxisbewegung der letzten zwei Jahre. Diese Ausführungen waren insofern interessant, als sie den Beweis erbracht, daß auch für das Nachbedienwesen der Reichsbahn näher gerichtet ist, als man im allgemeinen anzunehmen pflegt. Röder wendet sich besonders gegen die Allarbeiter und zeigte in treffenden Ausführungen die bei der Taxisbewegung zu beobachtende Taktik. Die Diskussion darüber geht sich mehrere Stunden bis in den späten Nachmittag hin. Wie ein großer Hader zog sich durch die Aussprache der Unruhe über die ungünstigeren rechtlichen Verhältnisse der Taxisverträge, die jede gewisse Hoffnung vermissen lasse. Dann folgte ein Befehl des Verbandsvorstandes Kollegen Diehl-Frankfurt über die Lohnbewegungen und Streiks in der Berichtszeit. Ueber die Ausspruch im Jahre 1910 kommt der Redner berichten, daß das Resultat geradezu vorzüglich gewesen ist. Der Verband ist gestärkt aus dem Kampfe hervorgegangen, in einer Fülle von Einzelfällen weist der Verbandsvorsitzende nach, daß die veränderte Taktik im Unternehmerlager auf Seiten der Arbeiter erhöhte Aufmerksamkeit erfordert und die Kollegen zur größten Vorsicht anspornen müsse. Aus den Erfahrungen der abgeschlossenen Bewegungen gibt er wertvolle Fingerzeige für die Zukunft. Die ganze Taktik der Lohnbewegungen und Streiks werde immer mehr zu einer Kunst des Kriegsführers, die Zeit der Patsche müsse für immer vorbei sein, ebenso die Zeit der nicht genügend vorbereiteten Bewegungen. Es habe sich gezeigt, daß dort am meisten Erfolge erzielt wurden, wo man die Überrumpelungstaktik nicht anwandte, und ebenso sicher ergeben sich, daß die Bewegungen, die ohne Arbeitsteilungen erledigt wurden, nicht nur rein rechnerisch, sondern auch in Bezug auf die Beteiligten erzielten Erfolge die besten waren. Daraus habe die Funktionäre aber die Schlußfolgerung zu ziehen, daß sie unter

Das Rennen in Dresden macht
Tymians Thalia-Theater
Görlitzer Str. 6 Telefon 4394 Linien 6 und 1
Am 1. u. 15. Februar Programmwechsel. Sonntag von 11-1 Uhr
Fidelier Frühstückspause ab Vormittag bis 8.00 P.M. Nachmittag 4 Uhr
Kaffeehaus-Denkmal-Denkmal-Kaffeehaus-Vorstellung

Neues aus aller Welt.

Wo ist Gregor Rasputin?

Aus Petersburg wird geschrieben: Jeder Tag bringt eine andere Nachricht über den Aufenthaltsort Gregor Rasputins, des allmächtigen Glücksbringers der Frauen und des Hofs. Bald heißt es, daß er wegen der jüngsten Bloßstellungen vom Kaiser vertrieben sei, bald soll er nach seinem Dorfe abgereist sein, bald aber soll man ihn gar in der Armee gesehen haben. Richtig wie vor bleibt er die größte Sensation Russlands, so daß jede Botschaft über ihm das grösste Interesse der Öffentlichkeit erweckt. Weiß aber noch das Interesse einflussreicher persischer Meister. Als es neuerdings in einer Balziger Zeitung hieß, Rasputin komme nach Polen, da wurde sofort nach so bestürzt, daß der Hotelbesitzer sich kaum mehr zu helfen wußte und von den endlosen Belästigungen nur durch Strohdecken zu beschützen vermochte.

Warum Rasputin sich zeitweilig im Verborgenen hält, ist klar. Die Rasputin-Glücksgeschichte ist dem Hofe und den Höflingen nicht unbedeutend geworden. Solange über den Standort nur prahlend geschwärzt und gewickelt wurde, ging es noch an. Seitdem aber die Tumulte das Thema Rasputin in beispielhafter Weise beherrschen, geniert man sich ein wenig bei Hofe; wenigstens verlautet jetzt keine bestimmte Nachricht mehr über Rasputins Beziehungen zum Hofe. Wer weiß aber, ob die Slepjilow nicht doch recht behalten werden, die da behaupten, daß Rasputin Rolle feineswegs ausgespielt sei, daß er nach langer Frist wiederum als außergewöhnlicher Favorit durch das Schloß nach Schlesien wandern, mit dem Ziel, wie bisher häufig den Tod einzunehmen und über Rasputin-Glücksgeschichten mit seinem Vaterverstande entscheiden, ja selbst über Gewährung oder Nichtgewährung von Audienzen an Minister und andre Hochwürden tröger auch fücherhin bestimmen wird?

Ein sozialdemokratischer Redner hat erläutert, daß Rasputin-debatte den Abgeordneten des dritten Duma zugestanden, daß seine Partei mit dem Aufsuchen und Emparolieren eines Rasputin nur zufrieden sein könne, da diese Errscheinung am prächtigsten das herrschende Regime widerspiegle. Niemand von den Männern, die im russischen Parlament Trumpf haben, hand darauf die entsprechende Antwort. Noch charakteristischer ist es aber für den Dünkel des Hofes, daß er sagt, da er sich durch das Treiben Rasputins dermaßen blamiert sieht, den Herrn nicht einmal mit Anstand abschütteln vermag. Darum gibt es nicht nur Wohlwollende, sondern ernste Männer, welche meinen, daß der verschollene Schon jetzt bei Hofe noch aufzuhalten und dort alle noch gewohnter ist in einem tollen Zaume vertrete.

13 Schüler an Gasvergiftung erkrankt.

Mit. 16. April. Aufgrund Ausströmens von Kohlengas aus dem unbedacht geöffneten Heizofen erkrankten heute in Bay während der Eröffnungsfeier in der Villa des dortigen Gymnasiums 13 Schüler weisslich. Seiterne und Caius. Die Anfälle wurden in die Wohnung des Nebels geschafft, wo die Kinder bald zur Stelle waren; Lebensgefahr besteht bei keinem der erkrankten Schüler.

Geflüchtete Angländer im Eisenbahnhaus.

Karlsruhe, 16. April. Heute früh wurde in einem Frauenabteil 2. Klasse des aus Stuttgart einziehenden D-Zuges ein Student von der gleichen Hochschule und eine Professorin aus Stuttgart tot aufgefunden. Der Student hat sich seine Geliebte und dann sich selbst durch Revolverschüsse getötet.

Drei Menschen verbrannt.

Kemnitz, 16. April. Bei einem durch nach ausgedrohten Brande starb drei Menschenleben vernichtet worden, und zwar ein Ehepaar und dessen 10jähriger Sohn. Das Feuer ist anscheinend durch Unachtsamkeit entstanden.

Zusammenfassung.

Reutlingen, 16. April. Auf der Station Weidental sind in der vergangenen Nacht zwei Güterzüge zusammengestoßen. Dem Wagenwärter Weber aus Wasserblauern wurden beide Beine zerstört. Der Zugführer und der Lokomotivführer sind verletzt. Der angerichtete Sachschaden ist sehr bedeutend.

Ein unheimlicher Gast
Sind an der badisch-württembergischen Grenze aufgetreten: die Rosen. Sie sind in Kühnleiter auch beobachtet worden und haben sich bis nach Singen (Amt Ulrich) weit verbreitet. Die Träger dieser Blätter sind polnische Arbeiter, die von dem großen Regelunternehmen (Wetter-Ulmheim) als Null auf den in jener Gegend etablierten Regelbrennereien beschäftigt sind. Eine Zeite die vor Schmutz und Unordnung ein Leben des Dienstes führen und vereinigten Kapitalisten aus Ulrichen und Karlsruhe die Dienstenden liefern, während sie kein anderes Hemd am Herde tragen und durch einen unverhältnismäßigen Arbeitsübertrag von den Männern an den Platz gehoben sind. Man hat teilweise den Verdacht mit den Ereignissen verbreitet, die dort wohnende Deute von der Mutterung und Kontrollversammlung festgestellt. — Die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Kammer bringt am Dienstag die Gefahr zur Sprache.

Schiffsausammensturz.

Wiesbaden, 16. April. Der französische Schoner St. Goës ist Sonnabend nach mit dem österreichischen Boot Swanen zusammengestoßen. Der Schoner ist mit 12 Mann der Besatzung des Bootes hier eingetroffen. Das Schiff des Swanen und seiner übrigen Besatzung von 11 Mann ist unbekannt.

Der Kermessaal von einer Fliegerin gestört.

Worls, 16. April. Die amerikanische Fliegerin Cuimby, die heute früh um 5 Uhr 36 Minuten in Doser aufgeschlagen war, ist um 1254 Uhr bei Boulogne gelandet; sie ist die erste Fliegerin, die allein den Kermessaal überfliegen hat.

Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren in Dresden

Räbers Bezeichnung	Preise für 1/2 kg		
	14. April 1912	15. Mai 1912	16. Mai 1912
Rindfleisch			
Brust	70—120	70—120	70—120
Bauch	70—90	70—90	70—90
Bratenfleisch, Reis	90—130	90—130	90—130
Schok	100—200	100—200	100—200
Ende, unangereichert	80—150	80—150	80—150
Ende, ausgekämmt	120—250	120—250	120—250
Kalbfleisch			
Schnitzfleisch	140—240	130—240	140—240
Keule	90—130	85—130	80—130
Kotelett	70—100	70—100	70—100
Ledige Teile	80—120	70—120	70—120
Schweinfleisch			
Keule	80—120	80—120	70—120
Karree	90—120	90—120	90—140
Bauch	70—90	65—90	60—85
Knodel	80—70	80—70	80—70
Hausfleisch	90—180	90—180	90—140
Schinken, im ganzen Stück	100—150	100—150	100—150
Schinken, im Aufschnitt	140—240	140—240	140—240
Speck, geräuchert	75—120	75—120	80—120
Speck, roh	70—90	70—90	60—100
Schweinefleisch	90—120	90—120	90—120
Kinderfleisch			
Kinderfleisch	60—80	60—80	50—80
Blutwurst	50—140	50—140	50—140
Leberwurst	60—140	60—140	60—140
Servelatwurst	120—240	120—240	120—240

Anmerkung. Es versteht sich: Der niedrigste Preis für Fleisch mit Rinde, der höchste Preis für Fleisch ohne Rinde.

Butter billiger! Butter billiger!

Heutiger Preis meiner

Allerfeinsten Tafelbutter 140
das Pfund Mr.

Gernprecher 19 282 und 9 069

das Pfund Mr.

Dresden, Pillnitzer Str. 1, am Amalienplatz, Leipziger Str. 87 und Löbau, Kesselsdorfer Str., neben Kaufhaus Hoffmann.



Pillnitzer Str. 14, Tel. 3102
Vielmarstr. 13, Tel. 4162
Eingang Lindenaustraße
Römerstraße 12, Tel. 3306
Eingang Strieicher Straße
Karlbor. Str. 14, Tel. 409
Klaunstraße 4, Tel. 2257
Bleinerstraße 11, Tel. 4871

Kontore und Lagerhallen: Wölfleinstrasse 1, Tel. 1684.

Preis von den Dampfern wieder eingetragen:
Große grüne Makrel-Heringe 5 Pf. 70
zum Braten, Rothen u.

Rabljau, ohne Kopf
in extra großen, dicken Stücken 15
Seelachs, ohne Kopf
sehr grob, sehr mardhafte Stücke 15

Schellfisch, "Helg."
je nach Größe 28
Rabljau, "Helg."
1/2, bis 5', pfändige Brathälften 24

Feinste neue Riesen-Bratheringe 2 St. 15
Pf. 70

8 Pf. Dose mit etwa 20 St.
Bei 25 Dosen 105 Pf.
10 110
5 115
eine Dose 120

Nett Versand prompt gegen Nachnahme!

= Man verlangt jetzt =
die Biere der
Genossenschafts-Brauerei
e. G. m. b. H. Niederpeyritz
In Niederpeyritzer
Genossenschafts-Böhmisches
H. Lager

Einsatz, hell und dunkel.
Sie sind vorzüglich
und gut bekennlich.

Echt Münchner
Eberl-Bräu
in Halbliter und
Elfer-Flaschen

mit
Prämien-Bonus
die im Januar 1912 eingetragen
als erste beg. sind

Eberl-Brause
mit alkoholfreiem Linsengummi
ohne Zusatz von falschen

Eberl-Sprudel
im Milch-Tafelwürste
L. H. 15

Brautleute
waren toll und billig bekannt
lich bei

Musik-Instrumente
aller Art
kauft und tauscht

Ziegelstrasse 13
DVR Otto Friebe 13
Eckhaus Steinstrasse.

Praktischer Ratgeber für den Sächsischen Steuerzahler.

Ersäuerung des Einkommensteuer-Gesetzes und Anleitung zur richtigen Deklaration und Reklamation

Mit zahlreichen Beispielen, Formularen und der neuen Steuertabelle
von Emil Nitsche.

Sechste Auflage. — Preis 30 Pfennig.

zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Dresden, Maximilianstr. 14



Trabant-Fahrräder

mit reeller Garantie, von 23 Mr.
o. G., komplett montiert, an
Gummimotif n. Wohl. Zubehör
billig. Katalog gratis u. frankt.

Ludwig Philipp sohn
Scheffelstrasse 18, I.

Frauen

gebunden bei Störungen
Perioden-Pulver

Stadtteilstr. 2, 50 Mr. Praspak gratis.

Frau Henning, Am See 24

Geübte Zigaretten-Handarbeiterinnen

Gebüte

Zigaretten-Handmaschinenarbeiterinnen

wurden sofort gesucht.

Georg A. Jasmatzi Akt.-Ges., Schandauer Strasse 68.

Zur Rosenbleiche

empfiehlt:
ungebleichten Barchent
Nessel
Stangenleinen
Bettdecken.
Gitter Rostor von
Barchent, Hemdentuch,
Blaubrock, Satin,
Schürzenzugen usw.
nach Gewicht oder Meter.
ein Meter, deshalb sehr billig!

Webware-Niederrage in Potschappel

Dresdner Str. 39b, I. Et.

Die von mir gegen Bräutlein
Eila, geb. Wirtgen, Hohen-
holzstrasse 20, II., ausgesprochene
Selbstbindung nehme ich mit dem
Ausdruck des größten Bedauerns
auf und erkläre die Behauptung
für unwahr.

Maria Schreytag, Burgstr. 4, I.

Nicht, Schneidergasse

teiner Arbeiter, auf Städte oder

pro Woche 30 Pf. gefüllt.

Herr. Melchior, Klein-Baudorf

(Amtshauptmannschaft Dresden).

Köpplerinnen

In Gold- u. Silbersplitten eingeschlossen
in Gelegenheit für gut lohnende
Arbeit geboten. Röhres 5. Frau
Eichner, Dickerstr. 14, Ob. I.

SLUB
Wir führen Wissen.

5. Klasse 161. A. S. Landes-Lotterie.

Alle Gewinne, Preis wertes des Gewinns vertheilt. Es fahrt mit 200 Städten
gegenüber. (Eine Stunde im Abendlicht. — Ruhig und ruhig.)

Sziehung am 16. April 1912.

500000 R. 44911. Werk Bors. Dresden.
10000 R. 4242. Werk Krüger, Berlin L. Sc.
1000 R. 10442. Werk Bors. Dresden.

0242 62 309 200 2 720 563 968 237 891 721 663 230 425
778 714 172 1858 817 975 279 60 494 670 701 471 31 944 710
2420 714 397 959 707 748 623 196 546 679 837 719 251 146
3979 769 518 541 202 326 (2000) 505 205 344 800 347 306 530
524 457 939 344 151 216 96 895 313 4653 121 14 848 169
757 765 808 588 875 583 498 408 460 168 420 412 127 456
534 196 846 208 708 91 205 169 847 195 89 383 848 (3000)
248 891 672 638 220 568 956 954 519 562 312 487 554 411 623
30 331 566 26 580 715 165 889 928 (1000) 554 656 47 716 624
724 7900 229 (500) 281 158 57 944 (1000) 658 709 382 249
44 500 96 (1000) 386 404 (1000) 44 (1000) 6224 227 848 825
999 874 (1000) 448 944 554 826 777 445 109 (1000) 587 780
431 847 948 457 859 542 753 961 255 844 (3000) 649 756
89 107 219 9 4 (500) 993 184 141
10474 589 (500) 526 662 580 817 548 659 (500) 981 515
588 410 816 653 682 928 300 (3000) 959 905 838 11 806 704
417 141 681 758 788 427 440 797 457 78 304 911 8-0 (3000)
754 277 450 433 (500) 729 12338 981 (1000) 282 (500) 683 940
507 122 443 13443 515 78 167 582 415 178 645 (500) 460 966
183 612 36 661 19 421 180 445 278 (500) 955 736 974 1-048
203 589 53 212 831 -65 306 853 907 (1000) 841 495 112 52 91
240 1 516 818 523 874 276 555 442 356 689 283 192 987 1 6503
977 168 201 578 814 889 254 699 560 856 772 611 533 415 629
25 263 298 519 538 558 (1000) 1781 519 102 248 615 460 628 358
501 497 160 848 (200) 643 506 12 763 11 1-157 395 (1000)
324 197 733 880 342 662 962 19 15 108 121 (500) 64 50 870
415 103 866 1 1930 961 (1000) 560 512 739 319 247 (500) 186
355 747 5 742 271 623 138
24038 486 854 742 303 384 676 818 906 109 761 (500) 907
211 43 (1000) 578 344 1-267 768 590 813 (1000) 477 (1000) 177
578 768 555 (500) 223 338 59 895 875 626 131 663 703 (3000)
317 24753 27 (3000) 294 658 947 460 903 437 583 97 581 949
217 955 732 401 (3000) 272 (2000) 575 954 260 287 (500) 384 506
206 382 655 707 117 285 57 (1000) 998 260 881 525 716 577 769
24-263 298 (2000) 945 925 534 294 174 816 269 732 281 594
601 811 1-8 851 894 604 25655 598 62 499 278 866 733 947
397 725 343 (3000) 26328 782 (3000) 900 317 886 928 636
241 988 912 501 800 230 27509 (500) 546 535 55 399 809 691
220 738 563 172 888 855 (3000) 974 490 406 876 481 259696
468 240 (1000) 856 752 630 99 721 868 783 196 386 130 674
30430 44 644 278 530 661 285 596 146 446 141 616 816
78 476 375 825 427 (1000) 362 647 370 811 314 843 245 988
138 995 801 873 581 555 863 864 31 515 (1000) 676 (500)
32562 (1000) 176 181 868 19 369 306 126 826 124 185 417 58
166 24 128 308 6 451 907 795 888 515 (1000) 213 730 33984
68 400 115 (500) 869 338 507 126 738 435 249 571 610 876
924 141 3-4067 585 753 820 (1000) 821 9 133 563 571 504 65
1500 257 380 584 35459 941 558 285 87 913 788 994 793 909
98 85 455 500 226 46 301 811 29 20 929 811 (1000) 3-6549
740 841 88 837 536 295 714 575 655 953 422 83 005 3-7176
354 102 152 898 258 16 832 41 701 45 811 373 882 378
445 740 91 348888 63 680 705 (200) 557 806 110 510 811 160
87 457 738 552 593 409 3979 571 30 578 630 892 581 517
548 759 829 925 37 110 715 558 807 825 (500)
40 835 25 413 484 841 500 428 163 857 971 85 875 370
335 4 1002 616 919 221 24 654 663 232 664 204 175 128 374
740 276 715 40 549 748 402 373 587 439 229 458 42090 (1000)
505 (5000) 672 84 265 981 123 528 511 (1000) 44 267 872 859
151 10 1 109 895 379 514 889 261 891 43 6364 127 133 273
265 (500) 165 (1000) 428 (1000) 744 115 209 226 415 385
(1000) 891 918 469 767 216 857 4-4311 757 203 886 898 861
9-8 43 538 646 1 202 578 73 826 911 (500) 627 769 932
1500 220 491 4-5922 693 978 788 (1000) 590 588 644 143 765
118 471 503 (500) 858 3-8 4-6707 420 593 928 16 888 14 268
4-4 (500) 314 961 561 608 604 908 372 473 832 279 366 285
714 54 636 119 534 3-8 377 325 945 361 795 168 728 547 740
897 930 9-6 757 946 403 336 4-8889 871 322 612 906 796 590
680 615 173 832 47 184 452 827 578 380 448 (500) 115 49047
6 186 128 21 491 897 (500) 673 414 (500) 708 661 290 700 39
498 106 247 520 770 430
5-9048 269 454 518 541 921 297 187 138 400 839 920 58
88 892 365 77 732 878 649 690 688 863 9-9 506 884 5 1-5889
893 994 67 181 443 517 381 9-1 288 215 213 861 17 274 419
299 329 5-988 370 782 246 21 576 (1000) 645 978 966 678
906 613 62 862 14 423 5-6 806 524 4-1 139 873 494 188 5-8501
194 224 458 368 811 846 879 1-4 313 306 245 302 869 288 976

54769 54 773 828 968 736 148 269 321 99 598 428 620 147
545 3-8 55387 659 948 447 320 317 877 378 9-6 552 944 101
594 905 514 658 179 92 260 57 472 12 561 51 526 56-01 42
444 150 564 482 92 296 205 685 948 439 294 570 677 (500) 58
332 5-7749 557 (500) 944 196 (1000) 235 688 561 758 937 963
231 343 848 176 826 554-681 199 (500) 290 (1000) 222 327 2-0
222 761 686 5 964 649 82 209 600 (1000) 604 270 246 456 660
667 297 636 70 59003 702 506 104 116 797 176 806 378 507
213 31 7-8 878

Reform-Zahn-Praxis

Gr Zwinglerstr. Nr. 12
Johannstadtstraße 23 b
(Pirnaischer Platz)
Blasewitz, Schillerplatz 2
Wochentags von 9—12 Uhr;
Sonntags von 9—12 Uhr.

Zähne 180 M.

Platte einberechnet,
Guter Sitz und Bruchfreiheit
garantiert.

Sohlenleder-Ausschnitt

und Schuhmachartikel

Max Börner, Lederhandlung

Schäferstraße 2, Filiale Löbtau: gegenüber dem Rathen.

Herren

welche Wert auf elegante
und gute Garderobe legen,
die sie sich Gelegenheit, in der
Zeit.

Reinigungs-Anstalt

Schloßstraße 4, I.

mit neuer sowie von Herrn
Idioten wenig gebrauchter
Garderobe verliehen. &c. &c.

Maß-Anzüge

10, 15, 20 M. u. m.

Maß-Paletots

8, 12, 18 M. u. m.

Der befürdete Vorzug unserer
Garderoben besteht darin,
dass dieselben nur chemisch ge-
reinigt zum Verkauf gelangen.

Reinigungs-Anstalt

Schloßstraße 4, I.
neben Café Central.

Auf Kredit!

abzukaufen.

Hüte, Polsterwaren

Moderne Hüte

Einzelfertige Hüte sowie
ganzes Einrichtungen
Haus- und Geschäftszimmer.

Otto Fietze

vom. S. Gottlob.

2 Gruner Str. 2

I. Etage, direkt zu
F. P. P. P.

Auf Kredit!

Federzirk. 1 M.

Tischdecke, Gardinen,

Bett- und Leibwäsche,

Uhren, Stühle, Schirme

Kinderwagen usw.

Vornehm

wirft ein artiges, reines Gesicht, tol-
lige & jugendliche Aussehen, welche
komfortable Raum u. ein schön. Zeit.
Hier wird erzeugt die allein edle
Steckenspeck-Gitternicht-Groß-
a. Et. 50 Pf. ferner macht der

Gaba-Cream

reine und rüffige Haut in einer Recht
weich u. feucht. Tüpfel 50 Pf. bei:

Bergmann & Co., Röhrig-Johann-Str.

Hermann Koch, Elmarstr. 6.

Weigel & Zoch, Marienstraße 12.

G. F. Vogt, Hof-, Rosenblattstr. 8.

C. G. Klepperlein, Strausstraße 8.

L. Klemm, Am See 55.

Neustadtmarkt in Schlossberg 2.

B. Hartig, Rosenstraße 24.

B. Baumann, Röhrig-Johann-Str. 8.

F. Teichmann, Stresemannstraße 24.

Wittelsbach, 1. Stock.

Wittelsbach, 1. Stock.

Wittelsbach, 1. Stock.

Wittelsbach, 1. Stock.

Reichstag.

22. Sitzung. Dienstag, den 16. April, nachmittags 2 Uhr.
Um Sünderatölich: Präsident des Reichsgerichtsbeamtes
bedankt.

Baden-Baden **Baden-Baden** **Baden-Baden** **Baden-Baden**

Präsident Dr. Knemps: Gebot wir in die Tagesordnung einzuladen, glaube ich dem Schmerze darüber Ausdruck geben zu müssen, ob ein großes Schiffung Unglück Hunderte von Menschenleben, ja vielleicht mehr als Tausend verschlungen hat. Der Dampfer "Titanic", der englischen White Star-Linie gehörig, ist untergegangen und hat viele Menschenleben in seinem Schiffbruch hingezogen. Wir sprechen unser schmerzigstes Bedauern aus über das Unglück, das in erster Linie das englische Volk betroffen hat, in zweiter Linie alle die Nationen, die Angehörige auf dem Schiffe waren. Sind wir doch nicht sicher, daß nicht auch unsere Nation unter dem Unglück schwer zu leiden hat. Ich danke Ihnen für den Ausdruck des Bedauerns und des Schmerzes, den Sie dadurch bestreiten haben, daß Sie sich von den Plänen erhoben haben.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushalts. Sie steht ein mit der Beratung des

Reichseisenbahnamt.

Abg. Ulrich (Bog.):

Naheru 500 000 R. sind für dieses Amt angefordert. Es lohnt sich daher, die Frage aufzuwerfen, was das Institut des Reichseisenbahnamtes eigentlich leistet. Es gibt Kreise, die es für ein abgeholztes Kind halten. Eigentlich ist es in Wirklichkeit ein Amt ohne Amt, eine Behörde, die sehr wenig tun kann, weil sie ihre Aufgaben zu engbegrenzt aussetzt. Ich siehe auf dem Standpunkt, daß es Reichseisenbahnamt entsprechend den Bestimmungen der Verfassung eigentlich eine Behörde mit ganz besonderer Initiative sein sollte, die dahin wirken müßte, daß wir Reichseisenbahnen im weitesten Sinne des Wortes erhalten, und daß ihr Aufsichtsrecht in jeder Hinsicht ausgebildet wird. Sicher hat das Amt zur Entwicklung eines Reichseisenbahnwesens so gut wie nichts getan. Das ist am deutlichsten in die Erscheinung getreten in der Zeit, wo mit den verschiedenen Einzelstaaten über die Frage einer Bierbäumittelgemeinschaft und der dann gänzlich aufzuhende gebrachten

Büterwagengemeinschaft verhandelt wurde. Damals hätte der Riser der Behandlung der Eingelstaaten durch Preußen durch das Eingreifen des Amtes ein Ende gemacht werden können, aber davon hat man nichts vernommen. Das völlige Erfolgen des Amtes scheint mit ein Symptom dafür zu sein, daß seitens der im Frage stehenden Beamten überhaupt keine Neigung besteht, den durch die Reichsverfassung festgelegten Gedanken des Reichseisenbahnbundesend zu propagieren. Man stellt dem großen Bruder Preußen die kleinen Brüder einzeln gegenüber und sucht so für Preußen ganz ungünstige Vorteile herauszuholen. Ich halte diese Entwicklung für eine recht ungünstliche. Besonders bei dem Abschluß der Eisenbahnverträge mit Hessen und Württemberg hat die Absicht vor gebericht möglichst eine Einheit in der Richtung der preußischen

Buffaltung herbeizuführen. Um schlechtesten ist dabei Hessen weggekommen. Aber Versuch des preußischen Geheimrats Kirchhoff, in seinem Buche „Die deutsche Eisenbahngemeinschaft“ das zugelassenen scheitern an den bestehenden Differenzen und daran, daß man nun in Hessen selbst anfängt zu begreifen, daß dieser erste Vertrag, den Preußen mit einem Kleinstaat abgeschlossen hat, für Hessen außerordentlich ungünstlich gewesen ist, nicht bloß in der Richtung, daß man die Hoheitsrechte nicht genügend gewahrt hat, das wäre uns höchst gleichgültig, sondern weil Hessen fast jeden Einfluß auf die Gestaltung des Eisenbahnsystems innerhalb seiner Landesgrenzen verloren hat. Der ganze verkehrspolitische Einfluß des Landes ist so gut wie eliminiert, und man fühlt in Hessen, daß der dominierende Faktor der Gemeinschaft sich sehr wenig um die Interessen des hessischen Volkes kümmert. Zum preußischen Abge-

ordmeyerhouse hat man sich über die Klagen Hessens beschwert. Aber die Klageleuten haben wohl noch das Recht, darüber zu klagen, daß das Wehr gut zu schwach ist und den Flasen versuchen, etwas mehr Menschlichkeit zu üben. (Heiterkeit.) Hier sollte das Reichseisenbahnamt dem Kleinstaat zu Hilfe kommen. (Sehr wahrs.) bei den Sozialdemokraten, vor allem angehoben der großen finanziellen Belastung, die Hessen aus diesem Vertrag erwachsen ist. Das Eingreifen des Amtes ist um so notwendiger, weil durch die Klagen Hessens die anderen Staaten davon abgehalten werden sind, sich der preußisch-hessischen Gemeinschaft anzuschließen, so daß es zu einer allgemeinen Betriebsmittelgemeinschaft nicht gekommen ist. Der preußisch-hessische Vertrag muß geändert werden. Wenn man behauptet, der Vertrag könne überhaupt nicht gefündigt werden, so muß das Amt darauf sehen, daß diese Ewigkeitsdauer der seitig wird, die einfach gegen die guten Sitten verstößen würde. Interessant ist, daß der später abgeschlossene Vertrag mit Baden tatsächlich dem entgegenkommt, was in Hessen seit Jahrzehnten fordert worden ist. Dieser Vertrag ist der hessischen Zweiten Kammer erst durch die Veröffentlichung des Geheimen Reichs-Kirchoff bekannt geworden. (Hört! hört!) Die Geheimhaltung des Vertrages läßt sich nur so erklären, daß man damals schon die Unhaltbarkeit des hessischen Vertrages erkannt hatte. Das Reichseisenbahnamt sollte daher eingreifen, um das, was für Baden möglich gewesen ist, auch für Hessen zu erreichen. (Sehr richtig!) Das Reichseisenbahnamt darf nicht vom Reichseisenbahnamt selbst vorgeschlagen werden. Es muß dafür sorgen, daß eine einheitlich arische Betriebsmittelgemeinschaft für das ganze Reich durchgesetzt wird auf Grund der Gleisübereignung aller Kontrollen. Einzelne Eisenbahnen müssen von sich emanzipieren, schon im Interesse einer einheitlichen den ganzen Gesamtverkehrsregelung. Das wäre sehr wohl durchzuführen, wenn wir nur einiges ablassen wollten von den Ausgaben für Marine und Kolonien. Eine weitgehende Erhöhung der Personen- und Gütertarife wäre auch nur möglich, wenn der gesamte Verkehr vom Reich geregelt würde. Das Reichseisenbahnamt muß sich an die Spitze der deutschen Eisenbahnverkehrsbehörden stellen und darf sich sorgen, daß auf den Standpunkt der Gleisübereignung aller Eisenbahnen bestehenden Bundesstaaten gemeinsam einheitlich geordnet wird im Interesse der Nation. (Weifall bei den Sozialdemokraten.)

Udo Schwabach (natL): Gegen eine Aufhebung des Reichseisenbahngesetzes hat sich seinerzeit auch der Abgeordnete Singer sehr energisch ausgesprochen. Gewiss, die Befreiung, die wir dem Amte wünschen, hat es nicht, aber der Kreis seiner Aufgaben ist doch noch ein recht bedeutamer. Ich möchte fragen, wie weit die Verhandlungen geblieben sind über eine Vereinheitlichung des Verfassungs- und Gesetzverfahres. Dringend notwendig ist eine Vereinheitlichung der Abfertigungsgewichtlichkeiten beim Postverkehr. Es soll eine Vereinbarung sehr herausgekommen sein, die mit einem großen Teil der jüngsten Postplaketteien aufzuhängt. Medina befürwortet weiter einen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die Dienst- und Ruhezeit des deutschen Eisenbahnpersonals rechtsgerichtet getroffen wird, und wünscht eine Eisenbahngemeinschaft.

Abg. Schirmer (R.) stimmt der nationalsozialistischen Resolution bez. die Dienste und Ruhezeit der Eisenbahner zu.
Abg. Dr. Heß-Nartruhe (Sp.): Das Reichseisenbahnamt hat keine Gewaltsoberhoheit, die Führung der allgemeinen Verkehrs-

hat seine Hauptaufgabe, die Wahrung der allgemeinen Verkehrsinteressen, nicht erfüllen können. Gegen den Konkurrenz Kampf zwischen den beiden Eisenbahnen mühte das Amt jedenfalls Front machen. Der Eisenbahnwagenverband hat sich vorzüglich behauptet, für den Verkehr genügen aber zwei Städte. Eine Reichseisenbahn-Gemeinschaft ließe sich wohl durchführen. Von allem mühte das Amt dafür sorgen, daß die Lokomotivführer einen wieselflinken Aufmarsch in der Nachfrage haben. Das Amt würde sich damit ein großes Verdienst

bestand die Kornmenge in den Wäldern eng zusammen. Unbedenklich kommt die Verpflichtung auf diesem Gebiete vorbildlich hervor, dem Staate zu. Durch die Elsenhauß wird ein großer Teil der Vogel vernichtet. In einer naturwissenschaftlichen Zeitschrift wurde füglich ausführlich berichtet, daß durch die Schnelljagd grobe Massen von Vogeln vernichtet werden. Es wäre natürlich verhindert die Entwicklung der Verkehrsverbindungen entgegenzuwirken zu wollen, aber man kann doch den Verlust durch Maßnahmen auf der anderen Seite entgegenwirken. Man sollte insbesondere an den Bahndämmen Rücksichten anbringen, auch wird zu erwarten sein, ob nicht durch eine Veränderung des Jagdgesetzes die in Sachsen am meisten bedrohten Vogel gefangen werden können. Auch durch die Reichsgesetzgebungen steht noch mehr als bisher geschehen. Durch die Jagdgesetzgebung können natürlich auch aus ganz anderen Gründen, die Einführung ausländischen Vieches verboten werden, ebenso gut könnte doch auch die Einführung von Vogelfedern verboten werden. Dadurch würde der Vogelmord im Auslande am besten gedämpft werden. Was die Auswirkung der Frauenmode anbelangt, so wird mit Vehemenz wenig erreicht werden. Wenn die Damen ohne Federfischmad nicht auszukommen glauben, dann werden Hänselfeder und Brautfischmad auch genugend durch internationale Vereinbarungen löst sich auch noch manches einzelchen, aber die Schwierigkeiten, die sich hier entgegenstellen, sind nicht zu überwinden.

Abg. Dr. Schanz (cons.): Am Namen meines politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir dem Gedanken, der zur Einbringung der Unterbebauung geführt hat, außerordentlich sympathisch gegenüberstehen. Die Anbringung von Rüststädten am Eisenbahndamm scheint aber nicht ratsam, da dann die Bögel erst recht den Schmelzöfen zum Opfer fallen würden.

Abg. Dr. Höhnel (cons.) hält nicht bloß einen nationalen, sondern auch einen internationalen Vogelschutz für notwendig.

Abg. Brodul (fortsch. Volksp.) erklärt seinem politischen Freunde die volle Übereinstimmung mit den Ausschüttungen des Abgeordneten Schanz.

... Intervallanten. In Italien sei der Vogelsang derart eingebürgert, daß sein Verbot eine Revolution heraussufen würde.

— Es folgt die Interpellation C. A. S. A. und Genossen (Soz.) über den Bericht des Streitpunktstechens in Plauen.

Was bedeutet die Königliche Staatsregierung zu tun, um diesen Zustand zu beseitigen?

Minister des Innern Graf Blüthgen erklärt nun auch für fortwährend Beantwortung dieser Interpellation bereit.

Abg. Minister (Soz.) begründet die Interpellation. Die Entwicklung aller Erziehungsmittel und die Verbesserung des Lebensunterhaltes bedingen, dass auch die Arbeiterschaft bestrebt sein muss ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Dieses Bestreben ist sehr lobenswert, aber der Staat hat ein Interesse daran, dass seine Bewohner gute Einkommensverhältnisse haben. Deshalb sollte man meinen, dass der Staat derartige Bestrebungen unterstützt, versucht man aber die Stellungnahme der Regierung so findet man gerade das Gegenteil. Die Regierung hat die Arbeiterschaft in ihren Betriebsungen nicht reaktiv unterstützt, sondern sich sogar direkt hindern in den Weg gestellt. Ein organisierte Arbeiterschaft ist von den früheren Sozialkämpfen her gewohnt, dass die Regierung und die ihr untergeordneten Behörden vorvariativisch voraussetzen. Alles bisher Dagewesene ist jedoch durch Verhalten der Polizeibediensteten in Blauen bei dem legitimen Taxisabsturz und Tambourleiterverschulden übertrroffen worden. Vom ersten Tage der Sozialbewegung an hat die Blauensehe Polizei die Interessen des organisierten Unternehmens und einzelner Unternehmer vertreten. Deshalb rätseln wir die Anfrage an die Regierung, ob sie das Verbot geben, der Polizei in Blauen kennt es billig und gar unterstützend mit ihrer Zustimmung dest.

Wie 1903 und 1905 beim Maurer-

Präsident des Reichsbahnenbundes Wasserzapp: Die Tätigkeit des Amtes wird sehr unterschätzt, da sie wenig nach außen in die Erscheinung tritt. Weber von Bremben noch von Hessen ist darüber die Anregung an das Reich gelangt, vermittelnd einzutreten. (Hört hört redet.) Über den internationalem Reiseverkehr ist ein neues Vereinbarungen geschlossen. Ein Entwurf zur Regelung der Haftpflicht für Frachtabholen liegt vor. Ein Bedürfnis zu einer reichsgesetzlichen Regelung der Ruhezeit der Beamten kann ich nicht annehmen. Dass keine Gefährdung der Betriebsicherheit vorliege habe ich im vorigen Jahre statistisch nachgewiesen. Die Mitteilungen aus Beamtenkreisen beweisen nichts für eine Lehrförderung. Vom Schichten kommen nur bei leichtem Dienst vor. Solche Mitteilungen müssen also durch die Mitteilung der Dienstpflichten ergänzt werden. Die meisten Illusione kommen sogar in den ersten vier Dienststunden vor. Durch eine reichsgesetzliche Regelung würde man die notwendige ständige Fortbildung sehr erschwert werden. In der Schweiz ist man mit der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit weniger zufrieden. Die Betriebsicherheit ist dort schlechter geworden. Die Regelung des Dienstes auf den deutschen Bahnen ist bestreitend; Erleichterungen können allerdings erfolgen. Die Verkürzung der Dienstzeit um nur eine Stunde würde aber die beteiligten Verwaltungen 45 Millionen kosten.

Den Befreiungen auf Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens steht das Amt mit großem Interesse gegenüber; aber die deutschen Eisenbahnen besitzen schon jetzt eine weitgehende Einheitlichkeit in den Betriebsleistungen. Vor allem wird zu prüfen sein, welche Richtlinien bei weitergehenden Einigungsversuchungen zu gelten haben. zunächst werden diese von den beteiligten Bundesstaaten selbst aussehen müssen, zumal sie wichtige Hoheitsrechte dabei aufzugeben müssen. Welches große Ziel der vollen Zusammenvereinigung der deutschen Bahnen in gustavsthilfender Weise erreichen will, kann es nur in der Weise, daß es auf den schärfsten Plan des Fürsten Bismarck zurückgreift und für die Übergabeung der Bahnen auf das Reich eintritt. (Hörtl hört! Warum das unmöglich sein soll, vermag ich nicht einzusehen.) Hörtl hört recht! Zu Gunsten des Reiches würden die Bundesstaaten eher auf ihre Hoheitsrechte verzichten können, wie das bei verschiedenen Verwaltungsbereichen bereit geschehen ist. Aber Sie wissen alle, aus welchen Gründen der Bismarckische Plan seinerzeit gescheitert ist. Dass es heute mit Aussicht auf Erfolg wieder aufgenommen werden könnte, muß ich entschieden befürworten.

Abg. Bill (El.): Dass die größte Sorge der Insassen in die ersten Stunden der Dienstzeit fällt, bemerkt nichts gegen die Beobachtung, dass das Betteloperario überbordet sei, sondern spricht vielmehr dafür. Nach der zu kurzen Ruhepause sind die überbürdeten Geamtien noch nicht genügend ausgeruht, und erst wenn wieder eine Gewöhnung an den Dienst eingetreten ist, kommen weniger Unfälle vor. Die 45 Millionen, welche eine Stunde Dienstzeitentzerrung kosten würden, können die Eisenbahnverwaltungen bei ihren großen Überschüssen recht wohl tragen. (Sehr richtig!)

Abg. Behrendt (Wirtsh. Vg.): Die Bestimmung, daß, wenn ein Monarch führt, neben dem Hofkomödienführer immer ein "gieriger Gesetzgeber" stehen muß, sollte beseitigt werden. Im kaiserlichen Automobile fahrt ja auch kein höherer Beamter neben dem Chauffeur. Dennoch tragen auf reichsgerichtliche Regelung der Dienst- und Ruhezeiten des Personals hinzu wir zu. Die Löhne sollten wenigstens im gleichen Wirtschaftsbereich gleich sein. Gleichheit muß auch über den Umfang geschaffen werden, in welchem eine Einschränkung des Streit- und Koalitionsrechtes zugestanden werden kann. Doch in einem Echtstaatshaushalt deshalb, weil es für die Eisenbahnen Kraft und Licht liefert, das Koalitionsrecht eingeschränkt werden darf, kann ich persönlich nicht billigen, ich bitte aber um eine Erklärung der Verwaltung.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr verlegt.
(Herausgabe des Reichsjustizamtes.)

• 2005-06 All

1909 beim Streitstreit, so hat auch diesmal die Blauenische Polizei Streitpostenstehen verboten. Diesem Verbot ist auch seitens unteren Polizeigebäude durchaus Beachtung getragen worden. Dadurch ist es den Streitenden, die in Wahrnehmung der Bevölkerung stehen geblieben sind, unmöglich gemacht worden, sich zu überzeugen, welche Arbeitsswillige es gibt, und diese zu belehren, daß sie in Reihen der Streitenden gehören. Der Polizeidat Weißig in Blau hat zwar schließlich auf Vorlesung der Organisation mehrere Streitpostenstehen erlaubt, doch das Streitpostenstehen nicht verboten, daß aber die Wegweisung der Streitposten aus der Nähe der eingetragenen Betriebe auf Grund von § 173 der Blauenischen Verfassung unmöglich ist. Die unteren Polizeibeamten haben auf Befragen jedesmal erklärt, Anweisung zu haben, jeden Streitposten von der Straße zu weisen. Dementsprechend ist auch vorgetan worden. Sich irgend jemand halbwegs wie ein organisierte Streitender aus, so durchsetzt sich nicht mehr auf der Straße sehen lassen. Die organisierte Arbeitsschafft wendet sich mit einer Eingabe an die Kreishauptmannschaft Blau zu dem Zweck, eine Rettung vor polizeilichen Maßnahmen zu verhindern. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten und besagte, daß eine derart allgemeine Anweisung an die Polizeiorgane nicht ergangen sei, sondern daß die Beamten nur angewiesen seien, die Streitposten dann wegzuweisen, wenn das Streitpostenstehen eingelassen hätte geziert sei, die öffentliche Ordnung zu stören. Polizeiamt in Blau habe also die Grenzen seiner Verhältnisse überschritten. Die Beschwerdeführer hätten auch nur allgemeine Entschuldigungen vorgetragen und keine Einzelfälle angeführt. Dem aber in Wirklichkeit nicht so. Es wurde deshalb Beschwerde bei Ministerium eingerichtet unter Zugrundelegung der markantesten Fälle des polizeilichen Unrechtens gegen Streitposten. Es wurde zur Anführung einzelner Fälle und unter Nennung der betreffenden Schreiber mitgeteilt, daß Streitende kurzhand führet würden, auch wenn sie sich mutterseelenallein auf der Straße befinden, daß die Polizei die einzelnen Leute gar nicht mehr frage, ob sie Streitposten sind, es genüge, wenn die Streitenden als solche den Polizeibeamten known wären. Ein Schuyemann hat auf Befragen einem Streitenden erklärt, er sei ihm als Streitender bekannt und er werde ihm nächstmal ohne ihn erst aufzufordern, wegzugehen, einfach hören (hört, hört! bei dem Soz.) Das ist nicht bloß Streitenden passiert, sondern auch den Verbandsbeamten, die sich zu Verhandlungen mit Unternehmern in einen Betriebstreff begaben. (Verhaftete Großfirma bei den Soz.) Den Verhaftungen und Verleidigungen, die die Streitposten seitens der Unternehmer ausgeübt waren, hat Polizei aber mit verschleinten Namen zu. Diese Fälle sind im Ministerium unterbreitet worden, es ist aber ebensoviel darauf gegangen wie die Kreishauptmannschaft. Tadel hat die Regierung das Recht und die Pflicht, die Befreiung zu schützen, wenn sie von untergeordneten Organen verletzt werden. Das Ministerium hat nämlich die Entscheidung in der Sache sehr leicht gemacht, indem die Eingabe zur Erledigung an das Polizeiamt in Blau gerichtet also an die Behörde, die angeklagt wurde. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist jedenfalls ein sehr sonderbares Verfahren! Das Polizeidat hat schließlich erklärt die vollgellichen Maßnahmen hätten ihren Grund darin, daß am 14. März durch das auffällige Gebaren von Streitposten ein Auslauf von 400 bis 500 Personen verursacht worden war. Tatsächlich ist das nichts anderes, als eine leere Fassade! Die weise liegen vor mir, daß schon in den Tagen vor dem 14. März zahlreiche Verhaftungen von Streitposten erfolgt sind. In Blau scheint gewissermaßen eine Arreststation gegen die Ausübung des Sozialstrafrechts eingerichtet worden zu sein. Wenn es überhaupt jemals zu einem Auslauf kommen soll, so nicht durch die Streitposten, sondern durch das sonderbare Gebaren der Polizei selbst. Die Blauenische Polizei hat in einem einzigen Fall antreten können, in dem sich die Befürchtung eingesetzt, ein Auslauf entschieden begründet erwiesen hätte.

an Promofällen nach dieser Richtung hin nicht gefehlt hat. Gleichzeitig ist eine befannige Zeitschrift, doch sich der Verleger dort am ruhigsten

schönsten abwinkt, wo die Polizei häßlich zu Hause bleibt. Wir erfüllen die Staatsregierung dringend, daß sie sich die Sache als wieder so leicht macht, wie mit der Eingabe des Gauleiters Kreisel, das sie nicht bloß die Polizei zur Neuerung auffordert, sondern auch die andere Seite hält. Im anderen Hause kann die Arbeiterschaft zur Regierung kein Vertrauen mehr haben. Wir haben ein System Mensch, eine Kera Bürger gehabt, in dem es auch als berechtigt galt, einen Arbeiter einmal zu Unrecht zu bestrafen. Es würde sich dann eine Kera Wirkung anschließen, die die Polizeiemaßnahmen der Blauenischen Polizei deckt.

Präsident Dr. Vogel ruft die Bemerkung des Redners, daß unter den Kera Bürger ein Arbeiter auch zu Unrecht bestraft worden sei, als ungültig. (Verbotene Sprüche auf der außerordentlichen Sitzung: Das sind doch Tatsachen!)

Abg. Winkler (Soz.): Fortsetzung: Sorgt der Staat nicht selbst dafür, daß hier ein Wandel eintrete, daß die Recht und Gerechtigkeit von der Stelle gefordert wird, die dazu berufen ist, dann wird die Zeit kommen, wo sich die Organisationen stadt ihres Zusammen schließes ihr Recht selbst suchen werden. (Bravo! bei den Soz.)

Minister des Innern Oskar Bischoff münkt, daß die Polizeibehörden entsprechend der bestehenden Gesetzesgebung das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer ebenso wie das Koalitionsrecht der Arbeitgeber respektieren und sich grundsätzlich jedes einheitlichen Eingreifens in die Zivilkämpfe enthalten. Aus diesem Grunde würde ich dem etwaigen Ersuchen der Arbeitgeber, sie bei Streiks und Auseinandersetzungen einzufügen zu untersagen und das Streikpostulat grundsätzlich zu verbieten, entgegen treten. Die Polizeibehörden muß sich darauf befreien, dafür zu sorgen, daß die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten bleibt. Dazu gehört allerdings auch, daß die Arbeitswilligen nicht öffentlich bedroht, beleidigt oder gefährdet werden. Soweit hier einzelne Streikposten nach dieser Art Uebergriffe ausüben können lassen, ist ein Einschreiten der Polizei geboten; die Polizei hat dafür zu sorgen, daß der freie Verkehr der Arbeitswilligen sich ungehindert abwickeln kann. (Sehr richtig und in der Mitte.) Nach dem Ergebnis der Erörterungen habe ich nun nicht die Ueberzeugung, daß die Blauenischen Polizei bzw. der Arbeiterschaft gelegentlich gewollte Koalitionsrecht unterdrücken hat. Es ist nicht die Meinung ergangen, das Streikpostulaten unter allen Umständen zu verbieten, sondern nur, wenn im einzelnen Falle die Erfüllung der öffentlichen Ordnung zu befürchten stand. (Abg. Müller [Soz.]: Dann sind Sie nicht unterschiedlich!) Diese Anweisung kann ich nur billigen. Man mag denken, daß die früheren Zivilkämpfe in Plauen mit besonders Ehrlichkeit geführt worden sind, so doch auch diesmal mit Ausdrückungen Streikende zu unterdrücken. Der Minister verzerrt dann eine Ansicht vor, in denen Arbeitswilligen von Streikenden bedroht und bedroht, ja sogar geschlagen worden sein sollen, und fügt hinzu, die Streikleitung hätte sogar verlangt, daß sich der Staatsbeamte der Streikleitung unterordnete. Das seien denn doch Dinge, die mit dem gesetzlich gewollten Koalitionsrecht nichts mehr zu tun haben. (Sehr richtig und in der Mitte.) Das Ministerium könne auch nur prüfen, ob die allgemeine Anwendung zweckmäßig und berechtigt war, nicht aber, ob der einzelne Polizeibeamte sich danach gerichtet habe. Das zu tun, sei Sache des Polizeiamts. Solche Verhölder sind auch eingegangen und vom Polizeiamt entschieden worden, ohne daß dagegen ein Rechtsruck eingefordert worden wäre. Auch eine Bewilligung einzelner Streikende sei unter gewissen Umständen zulässig. Es müsse deshalb nach altem die Vollstreckung abnehmen: Der Regierung ist nicht bekannt, daß die Polizeibehörde in Plauen das gesetzlich gewollte Koalitionsrecht der Arbeiterschaft durch körperliche Mohnahmen und unangemessene Gewalt und Strafe gegen die Streikenden eingreifen. (Bravo! richtig und in der Mitte.)

Auf Antrag des Abg. Sandermann (Soz.) wird die Befreiung der Interpellation beschlossen.

Abg. Winkler (Soz.): erklärt, die Streikfrage nicht allgemein behandeln zu wollen. Die Streik sei mit Rechtsfragen, die gewerkschaftlichen Organisationen wölken sich. In den sozialdemokratischen Zeitungen ist jetzt erläutert worden, daß man wieder einmal Leben in die Bude bringen will. (Spruch: Wo das geschehen?) Sehr oft steht es auf der inneren Notwendigkeit zum Streik. Die Gewerkschaftsbüro werden aber, die Söhne nicht los, so machen Ihnen über den Kopf. (Zwischenrufe bei den Soz.) Es sind oft entgegen dem Willen der Verhandlungstreiber Streiks produziert worden, nur weil die Mitglieder wieder einmal etwas von den geleisteten Beiträgen zurückholen. (Alau! Gelächter bei den Soz.) Der Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften hat sich mit der Zeit zu einem Zustande etabliert, der „... Unrechtsfreiheit“ erzeugt. Daß die Streikposten nicht die Sache der Arbeitswilligen feststellen wollen, liegt auf der Hand, das beweist am besten der letzte Berichtsbericht im Südbund, der circa 2000 Fälle Streikprozesse im Gefolge hat. Der mit dem Kummerhaushalt schwere Stadtschuldt fallt in jedem Gerichtssaal eine Kasse. (Große Unruhe und ergebnislose Prozeßsitzungen bei den Soz.) Abg. Müller: Ja, bei den Arbeitern ist selbst erläutert worden, daß man wieder einmal Leben in die Bude bringen will. (Spruch: Wo das geschehen?) Sie (zur außerordentlichen Sitzung) wissen eben nicht mit dem Begriff Freiheit umzugehen. (Vorfall rechts und in der Mitte; lärmisches Gelächter bei den Soz.) Mit dem Streikpostulaten wollen Sie nur die Arbeitswilligen beeinflussen. (Sehr richtig! bei den Soz.); nun, da Sie ja eins und da werden Sie auch unseren Standpunkt verstehen, der sich mit dem des Staatsministers deckt. Wir verlangen gleiches Recht für alle, auch für die Arbeitswilligen; wir wollen einen ungetrennten Zustand einer Vorkultur unterziehen. Sehen Sie sich doch das Land Ihren Träume an: in Amerika (Bachen bei den Soz.) ist das Streikpostulat überhaupt verboten. Mit unserem Standpunkt glauben wir der Arbeiterschaft zu dienen, die sich nicht pur sozialdemokratie bekannt. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Ochs (Kons.): Wir stehen vollständig auf dem Standpunkt der Staatsregierung. Die Blauenische Polizei hat nicht nur innerhalb ihres Rechts, sondern sogar ihrer Pflicht gehandelt. Mit der heutigen Debatte will nur leeres Stroh geoworfen. (Sehr richtig rechts; Spruch: Und Sie drücken mit, Darauf große Delikte!) Dabei ist unsere Zeit sehr knapp bemessen. Wenn ich auch Ihnen Vorwurf gegen die Mitglieder dieses Hauses richten will, dann zweifellos beschuldigt uns diesmal eine grobe Reihe wichtiger Gesetzesentwürfe, so erhebt es doch immerhin fraglich, ob aller Fleiß immer an der richtigen Stelle angebracht worden ist. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte; Zwischenrufe natürlich Alkoholschule!) Keine Debatte ist aber jedenfalls so unstrichbar gewesen als die heutige. (Beifall rechts.)

Abg. Müller (Soz.): Wenn der Abg. Ochs behauptet hat, daß viel leeres Stroh in diesem Hause gedroschen worden ist, so mag dies schon so weit zutreffen, als die Rotkopps-Debatte, die Beratungen über die Auflösung von Gewerkschaften und verschwindender anderer Gewerkschaft in Frage kommen. (Herrlichkeit!) Wir sind jedenfalls nicht schuld, daß sich die Verhältnisse zwischen Unternehmen und Arbeiterschaft derart zugespitzt haben, wie es jetzt der Fall ist, und sind auch nicht schuld an dem sonderbaren Verhalten der Regierung. Der neue Oberbürgermeister von Plauen will ein schwieriges Stück Arbeit haben, ehe er die dortigen Polizeiverteilungen wieder in normalem Zustand bringen wird. Bei allen Zivilkämpfen in Plauen hat sich bisher die Polizei in einer Weise eingemischt, die nach außen den Charakter einer lächerlichen Komödie macht. Der Terrorismus, den die freien Gewerkschaften treiben, ist ein Kinderspiel gegen den Terrorismus in Ihren Reihen. Sonderbarweise scheint der Minister von dem Terrorismus in den Unternehmensreihen keine Ahnung zu haben. Die Regierung erkennt zwar das Koalitionsrecht an, nur ausdrückt, daß es der Arbeiter nicht, man sagt dem Arbeiter gleich, er soll sich in Acht nehmen, daß er nicht mit der Verhandlung in Aktion gerät. Die Polizeiverwaltung in Plauen hat sich jahrelang der Arbeiterschaft gegenüber brutal benommen.

Sekretär Anders (nati.): der in Vertretung der drei abwesenden Präsidenten die Leitung der Verhandlungen übernommen hat, den Redner unterdrückt: Ich kann nicht dulden, daß Sie das Verhalten einer Behörde brutal nennen.

Abg. Müller (Soz.): Das tut mir leid!

Sekretär Anders: Dann rufe ich Sie zur Ordnung!

Abg. Müller (Soz.): Ich muß das Kind beim rechten Namen nennen. — Der Abg. Winkler hat heute wieder einmal eine Art Reichsverbandsrede gehalten. Ist es aber kein Terrorismus, wenn Streikposten von Blauenischen Firmen entlassen werden mit dem Befehl, dies aus Sumpfzelle für die Firmen Lang tun zu müssen? Leiderlich ist die Sozialdemokratie für wirtschaftliche Kämpfe genau wenig verantwortlich zu machen, wie dies bezüglich jeder anderen politischen Partei der Fall ist. Der Abg. Winkler hat behauptet, es käme oft zu Streiks, weil die Verbandsmitglieder ein paar kleinige Heizkörper zerstören wollten. Welcher Stiel hat ihm denn das gesagt? (Große Heiterkeit; Abg. Kleinheimpel: Da gibt es sehr viele!) Ihre Stellung, Herr Kollege Kleinheimpel, ist Streik als Gemeindevorstand so definiert; Sie haben als solcher aber eine neutrale und objektive Haltung eingenommen!

Abg. Kleinheimpel (nati.): Das habe ich auch getan!

Abg. Müller (Soz.): So etwas ist ein Skandal! Präsident Dr. Vogel ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

Abg. Kleinheimpel (nati.): erklärt, daß im Gemeinderat von Plauen von sozialdemokratischer Seite beantragt worden sei, den streikenden Arbeitern die Steuern zu spenden. Er habe sich aber dagegen ausgesprochen, weil erstens der Antrag gar nicht auf der Tagesordnung stand, und zweitens, weil ein solcher Beschluss einer Unterstützung der Streikenden gleich gewonnen wäre.

Abg. Niem (Soz.): Die vom Minister angeführten Einzelfälle von Ausbreitungen Streikenden haben sich lediglich auf die Angelegenheiten des Polizeiamts gestützt. Man sollte uns aber doch nicht zumuten,

diese als bare Münze hinzunehmen auf Grund der Erfahrungen, die schon mit Polizeidienstleistungen gemacht worden sind. Der beste Beweis hierfür ist doch der Meissener Prozeß, wo durch einen unumstößlichen Zeugen festgestellt worden ist, daß Schuleute an den Unruhen gänzlich unbestreitbare Frauen hätten geschimpft haben, wo ein dirigenterischer Rechtsanwalt aus Verhältnissen der Polizei ein solches bezeichnete, daß ihm ein Stiel überkommen sei. Also große Unterschiede zwischen dem Berliner und den Blauenischen Polizei dürften kaum bestehen, mindestens nicht zwischen einzelnen Mitgliedern dieser beiden Behörden. Zur Abschließung ist es wohl zu einer großen Zahl von Streikprozessen gekommen, aber trotz des guten Willens der Gerichte, hat zu bestreiten, ist in den meisten Fällen nicht viel herausgeprungen. Und zwar deshalb, weil sich meist die Angaben der Polizei als nicht wahr herausstellen. Das ganze Gebaren der Arbeiterschaft geht darauf hinaus, nach dem Vorzeichen des Vieles zu handeln, der, wenn er erfolgt wird, aufhält den Dienst, um die Auswirksamkeit vom eigenen Ertriben abzulenken. Die Regierung hat sogar die Zivilgemeinschaft der Buchdrucker diskreditiert; ein solches Verhalten ist schwer zu vertretenbar mit den Worten des Ministers, daß das Koalitionsrecht noch beiden Seiten gewahrt werden soll. Das Gesetz vom Terrorismus der Arbeiter hat nur den einen Zweck, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu rechts und in der Mitte. Das Ministerium könnte auch nur prüfen, ob die allgemeine Anwendung zweckmäßig und berechtigt war, nicht aber, ob der einzelne Polizeibeamte sich danach gerichtet habe. Das zu tun, sei Sache des Polizeiamts. Solche Verhölder sind auch eingegangen und vom Polizeiamt entschieden worden, ohne daß dagegen ein Rechtsruck eingefordert worden wäre. Auch eine Bewilligung einzelner Streikende sei unter gewissen Umständen zulässig. Es müsse deshalb nach altem die Vollstreckung abnehmen: Der Regierung ist nicht bekannt, daß die Polizeibehörde in Plauen das gesetzlich gewollte Koalitionsrecht der Arbeiterschaft durch körperliche Mohnahmen und unangemessene Gewalt und Strafe gegen die Streikenden eingreifen. (Bravo! richtig und in der Mitte.)

Auf Antrag des Abg. Sandermann (Soz.) wird die Befreiung der Interpellation beschlossen.

Abg. Winkler (nati.): erklärt, die Streikfrage nicht allgemein

behandeln zu wollen. Die Streik sei mit Rechtsfragen, die gewerkschaftlichen Organisationen wölken sich.

In den sozialdemokratischen Zeitungen ist jetzt erläutert worden, daß man wieder

einen Antrag in die Bude bringen will. (Spruch: Wo das geschehen?)

Abg. Müller (Soz.): Ich habe mich nach oben gewandt, die mit dem

Koalitionsrecht noch beiden Seiten gewahrt werden soll. Das Gesetz vom Terrorismus der Arbeiter hat nur den einen Zweck, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu rechts und in der Mitte. Das Ministerium könnte auch nur prüfen,

ob die allgemeine Anwendung zweckmäßig und berechtigt war, nicht aber, ob der einzelne Polizeibeamte sich danach gerichtet habe. Das zu tun, sei Sache des Polizeiamts. Solche Verhölder sind auch eingegangen und vom Polizeiamt entschieden worden, ohne daß dagegen ein Rechtsruck eingefordert worden wäre. Auch eine Bewilligung einzelner Streikende sei unter gewissen Umständen zulässig. Es müsse deshalb nach altem die Vollstreckung abnehmen: Der Regierung ist nicht bekannt, daß die Polizeibehörde in Plauen das gesetzlich gewollte Koalitionsrecht der Arbeiterschaft durch körperliche Mohnahmen und unangemessene Gewalt und Strafe gegen die Streikenden eingreifen. (Bravo! richtig und in der Mitte.)

Auf Antrag des Abg. Sandermann (Soz.) wird die Befreiung der Interpellation beschlossen.

Abg. Winkler (Soz.): Ich habe mich nach oben gewandt, die mit dem

Koalitionsrecht noch beiden Seiten gewahrt werden soll. Das Gesetz vom

Terrorismus der Arbeiter hat nur den einen Zweck, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu rechts und in der Mitte. Das Ministerium könnte auch nur prüfen,

ob die allgemeine Anwendung zweckmäßig und berechtigt war, nicht aber, ob der einzelne Polizeibeamte sich danach gerichtet habe. Das zu tun, sei Sache des Polizeiamts. Solche Verhölder sind auch eingegangen und vom Polizeiamt entschieden worden, ohne daß dagegen ein Rechtsruck eingefordert worden wäre. Auch eine Bewilligung einzelner Streikende sei unter gewissen Umständen zulässig. Es müsse deshalb nach altem die Vollstreckung abnehmen: Der Regierung ist nicht bekannt, daß die Polizeibehörde in Plauen das gesetzlich gewollte Koalitionsrecht der Arbeiterschaft durch körperliche Mohnahmen und unangemessene Gewalt und Strafe gegen die Streikenden eingreifen. (Bravo! richtig und in der Mitte.)

Auf Antrag des Abg. Sandermann (Soz.) wird die Befreiung der Interpellation beschlossen.

Abg. Winkler (Soz.): Ich habe mich nach oben gewandt, die mit dem

Koalitionsrecht noch beiden Seiten gewahrt werden soll. Das Gesetz vom

Terrorismus der Arbeiter hat nur den einen Zweck, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu rechts und in der Mitte. Das Ministerium könnte auch nur prüfen,

ob die allgemeine Anwendung zweckmäßig und berechtigt war, nicht aber, ob der einzelne Polizeibeamte sich danach gerichtet habe. Das zu tun, sei Sache des Polizeiamts. Solche Verhölder sind auch eingegangen und vom Polizeiamt entschieden worden, ohne daß dagegen ein Rechtsruck eingefordert worden wäre. Auch eine Bewilligung einzelner Streikende sei unter gewissen Umständen zulässig. Es müsse deshalb nach altem die Vollstreckung abnehmen: Der Regierung ist nicht bekannt, daß die Polizeibehörde in Plauen das gesetzlich gewollte Koalitionsrecht der Arbeiterschaft durch körperliche Mohnahmen und unangemessene Gewalt und Strafe gegen die Streikenden eingreifen. (Bravo! richtig und in der Mitte.)

Auf Antrag des Abg. Sandermann (Soz.) wird die Befreiung der Interpellation beschlossen.

Abg. Winkler (Soz.): Ich habe mich nach oben gewandt, die mit dem

Koalitionsrecht noch beiden Seiten gewahrt werden soll. Das Gesetz vom

Terrorismus der Arbeiter hat nur den einen Zweck, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu rechts und in der Mitte. Das Ministerium könnte auch nur prüfen,

ob die allgemeine Anwendung zweckmäßig und berechtigt war, nicht aber, ob der einzelne Polizeibeamte sich danach gerichtet habe. Das zu tun, sei Sache des Polizeiamts. Solche Verhölder sind auch eingegangen und vom Polizeiamt entschieden worden, ohne daß dagegen ein Rechtsruck eingefordert worden wäre. Auch eine Bewilligung einzelner Streikende sei unter gewissen Umständen zulässig. Es müsse deshalb nach altem die Vollstreckung abnehmen: Der Regierung ist nicht bekannt, daß die Polizeibehörde in Plauen das gesetzlich gewollte Koalitionsrecht der Arbeiterschaft durch körperliche Mohnahmen und unangemessene Gewalt und Strafe gegen die Streikenden eingreifen. (Bravo! richtig und in der Mitte.)

Auf Antrag des Abg. Sandermann (Soz.) wird die Befreiung der Interpellation beschlossen.

Abg. Winkler (Soz.): Ich habe mich nach oben gewandt, die mit dem

Koalitionsrecht noch beiden Seiten gewahrt werden soll. Das Gesetz vom

Terrorismus der Arbeiter hat nur den einen Zweck, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu rechts und in der Mitte. Das Ministerium könnte auch nur prüfen,

ob die allgemeine Anwendung zweckmäßig und berechtigt war, nicht aber, ob der einzelne Polizeibeamte sich danach gerichtet habe. Das zu tun, sei Sache des Polizeiamts. Solche Verhölder sind auch eingegangen und vom Polizeiamt entschieden worden, ohne daß dagegen ein Rechtsruck eingefordert worden wäre. Auch eine Bewilligung einzelner Streikende sei unter gewissen Umständen zulässig. Es müsse deshalb nach altem die Vollstreckung abnehmen: Der Regierung ist nicht bekannt, daß die Polizeibehörde in Plauen das gesetzlich gewollte Koalitionsrecht der Arbeiterschaft durch körperliche Mohnahmen und unangemessene Gewalt und Strafe gegen die Streikenden eingreifen. (Bravo! richtig und in der Mitte.)

Auf Antrag des Abg. Sandermann (Soz.) wird die Befreiung der Interpellation beschlossen.

Abg. Winkler (Soz.): Ich habe mich nach oben gewandt, die mit dem

Koalitionsrecht noch beiden Seiten gewahrt werden soll. Das Gesetz vom

Terrorismus der Arbeiter hat nur den einen Zweck, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu rechts und in der Mitte. Das Ministerium könnte auch nur prüfen,

ob die allgemeine Anwendung zweckmäßig und berechtigt war, nicht aber, ob der einzelne Polizeibeamte sich danach gerichtet habe. Das zu tun, sei Sache des Polizeiamts. Solche Verhölder sind auch eingegangen und vom Polizeiamt entschieden worden, ohne daß dagegen ein Rechtsruck eingefordert worden wäre. Auch eine Bewilligung einzelner Streikende sei unter gewissen Umständen zulässig. Es müsse deshalb nach altem die Vollstreckung abnehmen: Der Regierung ist nicht bekannt, daß die Polizeibehörde in Plauen das gesetzlich gewollte Koalitionsrecht der Arbeiterschaft durch körperliche Mohnahmen und unangemessene Gewalt und Strafe gegen die Streikenden eingreifen. (Bravo! richtig und in der Mitte.)

Auf Antrag des Abg. Sandermann (Soz.) wird die Befreiung der Interpellation beschlossen.

Abg. Winkler (Soz.): Ich habe mich nach oben gewandt, die mit dem

Koalitionsrecht noch beiden Seiten gewahrt werden soll. Das Gesetz vom

Terrorismus der Arbeiter hat nur den einen Zweck, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu rechts und in der Mitte. Das Ministerium könnte auch nur prüfen,

ob die allgemeine Anwendung zweckmäßig und berechtigt war, nicht aber, ob der einzelne Polizeibeamte sich danach gerichtet habe. Das zu tun, sei Sache des Polizeiamts. Solche Verhölder sind auch eingegangen und vom Polizeiamt entschieden worden, ohne daß dagegen ein Rechtsruck eingefordert worden wäre. Auch eine Bewilligung einzelner Streikende sei unter gewissen Umständen zulässig. Es müsse deshalb nach altem die Vollstreckung abnehmen: Der Regierung ist nicht bekannt, daß die Polizeibehörde in Plauen das gesetzlich gewollte Koalitionsrecht der Arbeiterschaft durch körperliche Mohnahmen und unangemessene Gewalt und Strafe gegen die Streikenden eingreifen. (Bravo! richtig und in der Mitte.)

Auf Antrag des Abg. Sandermann (Soz.) wird die Befreiung der Interpellation beschlossen.

Abg. Winkler (Soz.): Ich habe mich nach oben gewandt, die mit dem

Koalitionsrecht noch beiden Seiten gewahrt werden soll. Das Gesetz vom

Terrorismus der Arbeiter hat nur den einen Zweck, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu rechts und in der Mitte. Das Ministerium könnte auch nur prüfen,

Dresden-Cotta

Erscheint 3 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Dresden-Stadt.

Untersuchende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Landsbrück

Hildegard, Fisch., Nahr., Rep., P. Schneider, Fleckern, Wollwar.

Leubsd

A. Müller, Fahrrad-, Nähmasch., A. Weinhold, Blechhandlung, Oswald Saal, Fleisch- u. Wurst, Alwin Stegk, Fleisch- u. Wurst, O. Brütschneider, Dr. J. Kiesew., H. Engel, Bäckerei, Tapas, Möbel-

Leubnitz-Neg-Ostra

Franz Hofmann, Bäckereimaster, Rudolf Klinberg, Brot- u. Weißbrot, Max Braun, Fleischermesser, Adolf Claus, Kolonialwaren, Victor Feller, Möbelgeschäft, F. W. Exner, Schnitt- u. Wollwaren.

Laußwitz

Joh. Becker, Schnitt- u. Wollw., Brauerei Laußwitz, F. Julius, Brot- u. Weißbrot, Th. Kutschmidt, Brot- Weißbrot, Otto Gersten Drogen, Wein, O. Ließner, Möbelmag., Polsterei,

Lockwitz

H. W. Werner, Schuh-, Pant-Hersteller, Hasslitz

Rudolf Seidel, Bäckermann, B. Brückner, Fleck.-Brot, Grillfest-Schl., Max Erler, Fleischermesser, Gust. Jentsch, Möbelgeschäft, B. Ehrlich, Brot- u. Fleckerei, J. Richter, Blasenstück, Bäckerei, A. Richter, Blasenstück, Möbel-

Löschwitz

K. Ichnabel, Schleißperre 21, Stadt Gambrinus, Postplatz, Georg Stoeber, Fleckerei, M. Wachsmuth, Löschperre 32, A. vere, Wald, Altenstr. 6, Zum Löwen, Fließstr. 2,

Rößelschleicher

Bretschneider, Fröbelgasse 22, Freibergsweiz, F. L. Cotta, Fischer, Schirm., Stöcke, Tabpt., A. Hobusch, Webergasse 4, Schirm., Stöcke, Kastenherr, H. Hoffmann, Schuh- u. Schuhw.

Niederbässlich

E. Schumann, Kolon.- u. Schnitt., Niedersedlitz

Neustadt

Webers Brot- u. Weißbrot, Brot, Papadof, Gummieruster, Bismarckstr. 23

Max Otto Erste Strasse, Gotth. Feistner, Fleisch., Dorfz., Günther, Fr. Eisau, Käse, Fleisch.

F. Wenzel Pratzen, Brot, Käse, H. Schneiders, Edeka-Laden, H. Kirsten, Herrenartikel

Kaufhaus Eckstein Wirtschafts- u. Geschäftskittel, Spezialwaren, Dresdenstr. 23

Central-Theater Sämtl. Sorten, Yellastr. 17, H. Spörke, Kolonial- u. Manufaktur, F. Löbner, Karbo., Kinderw., E. Uhlig, Meckes, Schuh., Waff.

Apotheke zu Potschappel Robert Schmid, Bäckerei,

Rudolf, Brot, Lederwaren, C. Götsche, Leder, Galant.

Radeburg Apotheke zu Radeburg, Georg Hippo, Cigaren, Max Heilm, Käse, Wurst, Käse, Clara Moscheke, Fräulein, Bäder, I. Kraskow.

Radeberg

Otto Weiß, Brot- u. Weißbrot, F. Täubert, Käse, Kinderw., Max Müller, Uhr, Goldw., Gramm.

Rähnitz

A. Rehbein, Brot- u. Weißbrot, Käse, Wurst, Käse, Wurst, F. Schmidgen, Fleisch, Butterw.

Schmiedsberg

Otto Weiß, Brot- u. Weißbrot, F. Täubert, Käse, Kinderw., Max Müller, Uhr, Goldw., Rep., Friede verw., Winkler, Salzgitter.

Tharandt

E. Thiele, Fahr., Nahr., Rep., Stetsch

Otto Simon Konzern, Bäcker, Schöberl, Käse, Kondit., M. Hentschel, Fleischer, Wurst, Max Renger, Fleischerei, Rich. Schöberl, Fleischerei, E. Morgenstern, Käsebutter, Wagner, Käsebutter, Arno Winkler, Butterhandlung.

Weissig

Dampfbrauerei Weissig, Richard Haase

Wilsdorf

Eduard Haase, Bäckerei, Nahr., Rep., Kindergerberei, C. Platte, Brot- u. Knabengard.

Wurgwitz F. Nake, Fleiter- u. Möbelgesch.

Zaukerode

E. Prüfer, Brot- u. Weißbrot, M. Röger, Brot- u. Knabengard.

Matrapas

Alkoholfreie Getränke

Brillenlättor, Stahlque, etc.

Wilhelm Kirsch, Pillnitzerstr.

Apotheken

Adler-Apotheke, Schäferstr. 1.

+ Annen-Apotheke +

Gitterbahnstr. 10, Annenstr.

Lieferant sämtl. Krankenkassen.

Apotheke zum Storch +

Ecke Pillnitz- u. Marienbergstr.

Bez. sämtl. Krankenkassen.

Barbara-Apotheke, Gitterbahnstr. 17.

Eck-Geschenkallee

Ecke Dürer- u. Marienbergstr.

Deutsche Elbe, Ecke Lippische- u.

R. Fischer, Bäckerei, Blumenstr. 22.

P. Göttsche, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

E. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

F. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

G. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

H. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

I. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

J. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

K. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

L. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

M. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

N. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

O. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

P. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

Q. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

R. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

S. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

T. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

U. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

V. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

W. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

X. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

Y. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

Z. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

A. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

B. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

C. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

D. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

E. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

F. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

G. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

H. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

I. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

J. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

K. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

L. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

M. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

N. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

O. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

P. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

Q. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

R. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

S. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

T. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

U. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

V. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

W. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

X. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

Y. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

Z. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

A. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

B. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

C. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

D. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

E. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

F. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

G. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

H. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

I. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

J. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

K. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

L. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

M. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

N. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

O. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

P. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

Q. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

R. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

S. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

T. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

U. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

V. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

W. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

X. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

Y. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

Z. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

A. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

B. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

C. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

D. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

E. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

F. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.

G. Hartung, Bäckerei, Marienbergstr. 17.



EXTRA-VERKAUFS-TAGE

WILSDRUFFERSTR. 11/13. MESSOW & WALDSCHMIDT

Donnerstag den 18., Freitag den 19., Sonnabend den 20. April

Gummi-Gürtel	
mit schönen Schleifen	Stück 75 und 48 Pf.
Samt- und Gold-Gummigürtel	
Stück 95	75 Pf.
Damen - Handtaschen und Pom-	
padours aus Brosat, Seide und Spinn-	
stoffen	Stück 3.20, 2.90,
Kopf-Sehals aus reiner Seide, in weiß, 2 Meter	1.90
lang	Stück 95 Pf.
aus Stricklin, in farbig, 2 Meter lang	Stück 1.25

Reinseidenes Taffetband			
ca. 11 cm breit, in ca. 50 modernen Farben, Meter	35 Pf.		
Schwarzes Samtband mit Atlasrücken			
ca. 8/4 cm	4/4 cm	5 cm	6 cm
Meter 42 Pf.	52 Pf.	58 Pf.	68 Pf.
Die grosse Mode: Taffetband, glacé			
in den schönsten Farbenstellungen, ca. 18 cm br.			
besondere schöne Qualität	Meter 75 Pf.		

Zöpfe aus garantierter edlem Haar, nur 5 cm	
Kordel	Stück 1.45 und 95 Pf.
Zöpfe , große Auswahl, ca. 50-70 cm lang	
Stück 8.50, 6.75, 5.75 und 2.75	
Zöpfe aus seinem weichen Export- und Schmied-	
haar	Stück 10.50, 12.00 bis 28.00
Haarunterlagen für Turban und Schleif,	
aus Mohair u. Wollcrepe,	
Stück 1.50, 80, 70 und 50 Pf.	
Haarunterlagen u. Haarcrepe	
vom Stück Meter 1.20 und 68 Pf.	

Ca. 10 000 Paar	
Damenstrümpfe u. Herrensocken	
zu staunend billigen Preisen	
Damenstrümpfe, englisch lang, schwartz und lebhaft	35 Pf.
Damenstrümpfe, echt Malz, englisch lang, schwartz und lebhaftfarbig	52 Pf.
Damenstrümpfe, prima Malz, in schönen Durchbruch-	
mustern, schwarz, braun und lebhaftfarbig	75 Pf.
Flor Petinet-Strümpfe, engl. lang, schwarz u. lebhaft, in schönen Dessins	58 Pf.
Mousseline-Strümpfe, engl. lang, schwarz u. lebhaft, in Doppell. u. Hochfertig für	48 Pf.
Schweiss-Socken, grau meliert, nahtlos Paar 28	28 Pf.
Herren-Socken, neue Pariser Farben	35 Pf.
Füßlinge, schwarz und lebhaftfarbig	16 Pf.
Füßlinge,	95 Pf.

Wie alljährlich:	
Ca. 40 000 Meter	
Valencienne-Spitzen und Einsätze	
wie Klöppel-Imitation, zum großen Teil rein Leinen, in weiß, creme, ecru, ca. 2 bis 14 cm breit, in modernen Dessins	
2, 4, 6 Meter	
Tüllstoffe, weiß und creme, moderne Muster	Meter
Tüllstoffe, Kunstoffleiste gestickt, farbig	Meter
Stickerei-Stoffe, moderne Muster, 45 cm br. Meter	Meter
Ein kleines Quantum Valencienne- und Filet-Stoffe	Meter
in weiß, creme und ecru	Meter

Schreibwaren	
50 Bogen Briefpapier	12 Pf.
50 Bogen Briefpapier, lin. 17 Pf.	
50 Bogen Leinenpapier	35 Pf.
50 Bogen Leinenpapier	50 Pf.
50 Bogen Oktavpap. limitiert und farvert	22 Pf.
50 Bogen Kanzelpap. 50, 40, 30 Pf.	
50 Bogen Konzeptpap. 40, 30, 20 Pf.	
10 Bogen Leinenpapier	10 Pf.
10 Kuverts i. Rappen 10 Pf.	
100 St. Geschäftskarten 20 Pf.	
100 St. Kuverts, Billiet 30 Pf.	
100 St. Papier-Servietten mit farbigem Rand 65 Pf.	
100 St. weißgeholzt. Serv. 50 Pf.	
Engl. Lesezpapier in weiß u. farbig, groß, Bogen 6 Pf.	
Schulbleistifte, Dgb. 50, 40, 30 Pf.	
Federhalter, Stifd. 5 und 3 Pf.	
Schulgummie Apec. St. 14, 7, 4 Pf.	
Schulleder, gem. Gros 28 Pf.	
Federn in Blechholz, 10 St. 7 Pf.	
Rundschreibleder in allen Größen vorräufig, Dgb. 18 Pf.	

2 besonders vorteilhafte Posten	
Einseitige Jabots	
in Satin u. Tüll, mit reicher Spitze, garnitur	Stück 58 Pf.
Aeroplan-Schleifen	
große, mod. Form, in gutem Tüll, Stück 42 Pf.	
Spachtelkragen , runde und Matrosenform	Stück 1.75, 1.25, 75 Pf.
Tüll- und Spachtelkragen	Stück 95 Pf.
Stickereikragen , runde und Matrosenform	Stück 85, 75, 58, 48 Pf.
Batistkragen in angeleiter Blümchenstille, Stück	95 Pf.
Tüll-Jabots , weiß, mit schwarzerem Blümchenstille	85 Pf.
Damen-Selbstbinder in allen mod. Farben	22 Pf.
Damen-Schleifen , schöne Farben	48 Pf.

Seifen und Parfümerien	
Blumen - Seifen	
8-Stück-Satin	35 Pf.
Messow's Feiselseife, Stifd	8 Pf.
Blumen-Seife, verschieden	8 Pf.
Gerüche	8 Pf.
Glyzerin-Seife, Stifd	11 Pf.
Medizin. Feiselseife	
110-Gramm-Städt	14 Pf.
Buttermilchseife, Marke "Semmerin"	18 Pf.
Landschaftsseife, Marke "Smarich"	18 Pf.
Lavendelseife, die beste	20 Pf.
Seife d. Haush. Stifd	20 Pf.
Konkurrenz-Seife, Stifd	15 Pf.
Handel-Seife, Riegel	15 Pf.
ca. 180 Gramm	19 Pf.
Glyzerin-Seife, Riegel	19 Pf.
ca. 155 Gramm	19 Pf.
Haushaltseife, Riegel ca. 270 Gramm	45 Pf.
Notensachet bei Stiel	15 Pf.
gegen Motten	15 Pf.
Kleidspapier	6 Pf.
6 große Rollen	65 Pf.
Butterbreipapier	100-Gramm-Rolle 19 Pf.
100-Gramm-Rolle	19 Pf.
Bay - Rum	
Wäsche 65 und 48 Pf.	
Brillantin, verschiedene	42 Pf.
Gerüche, Flasche 28 u. 12 Pf.	
Kleisterwarselli	25 Pf.
Wandwasser, antiseptisch	25 Pf.
Wasser, 50 und 90 Pf.	
Parfüm, Großeckflaschen von Reiter z. Gesell, Al.	50 Pf.
Barwiches	18 Pf.
Puderpapier in gelb	18 Pf.
rot, weiß, 70 Blatt	18 Pf.
Zahnsoother, 100 Stück 4 Pf.	
Frottier - Handschuhe	9 Pf.
Luff-Schwamm	9 Pf.
Schuh-Creme, Verfett	12 Pf.
Dose 12 Pf.	
Verbandswatte nach Professor Bruns	15 Pf.
50-Gramm-Halbe	15 Pf.
Damenbinden, bogensicht	40 Pf.
Bindend	25 Pf.
Zahnbürste, 4 reihig	18 Pf.

Herrenartikel — Trikotagen	
Garnituren (Manchetten und Servietten) in farbig, in neuemst. Mustern	52 Pf.
Servietten, weiß und bunt	Stück 68, 58, 48, 38 Pf.
Bodenwälder, prima Gummi	Paar 85, 55, 38 Pf.
Siehkragen, garantiert vierfach	Stück 88, 8 Pf.
Ein Paar Herren-Krawatten, Selbstbinder, Negatief u. Diplomaten, in rot, Qual. , aperte Dessins, Stück 98	52 Pf.
Herren-Trikot-Beinkleider u. -Hosen, ech. Malz	Stück 1.95, 1.65
Kinder-Sweatshirts, halbfritz, m. 1, Sermelin, in schön. Farb	68 Pf.
Größe 4-90 Pf., Größe 3 88 Pf., Größe 2 75 Pf., Größe 1 68 Pf.	
Ein Paar Herren- und Kinder-Sweatshirts, weit unter Preis	58 Pf.
Herrengrößen 95 Pf., Kindergrößen 58 Pf.	

Frackkorsetts, grau Satin, mit Spiralfedern	Stück 1.60

<tbl_r cells="2" ix="5" maxcspan="1" maxrspan="1" usedcols="